



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie



# Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht März 2015

## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Redaktionsteam „Schlaglichter der  
Wirtschaftspolitik“

### Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

### Redaktionsschluss:

23. Februar 2015

### Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

### Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/  
Bergmann (S. 2), BMWi (S. 5), benjaminolte – Fotolia (S. 6),  
sqback – iStockphoto (S. 7), Sky Designs (S. 9), Yuri\_Arcurs –  
iStockphoto (S. 12), NotarYES – Shutterstock (S. 14),  
racorn – Shutterstock (S. 16), hohl – iStockphoto (S. 18),  
dp Photography – Shutterstock (S. 20), Eunika Sopotnicka –  
Shutterstock (S. 21), Nick Fox – Shutterstock (S. 23),  
Population SASI Group (University of Sheffield) and  
Mark Newman (University of Michigan) United Nations  
Populations Prospects 2012 (S. 24), Kai Krause (S. 26), Milles  
Studio – Fotolia (S. 27), donvictorio – Shutterstock (S. 28),  
nmann77 – Fotolia (S. 29), Kzenon – Fotolia (S. 30),  
zimmytws – Shutterstock (S. 31), liveostockimages –  
Fotolia (S. 33), Peter Fuchs – Shutterstock (S. 34),  
Superingo – Fotolia (S. 38), Deutsche Energie-Agentur  
GmbH (dena) (S. 39)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des  
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.  
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum  
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung  
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen  
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder  
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und  
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für  
seine familienfreundliche Personalpolitik  
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von  
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der  
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



**Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:**  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmwi.de

### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721  
Bestellfax: 030 18102722721

# Inhalt

Editorial .....	2
<b>I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen .....</b>	<b>4</b>
Auf einen Blick .....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage .....	10
Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug.....	12
Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen .....	20
Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme.....	29
Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern.....	38
<b>II. Wirtschaftliche Lage .....</b>	<b>41</b>
Internationale Wirtschaftsentwicklung .....	42
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	44
<b>III. Übersichten und Grafiken .....</b>	<b>57</b>
1. Gesamtwirtschaft .....	58
2. Produzierendes Gewerbe .....	66
3. Privater Konsum .....	74
4. Außenwirtschaft .....	76
5. Arbeitsmarkt .....	78
6. Preise .....	80
7. Monetäre Entwicklung .....	84
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse .....	86
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben .....	88

# Editorial



## Liebe Leserinnen und Leser!

In diesen Tagen und Wochen wird in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft intensiv über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (TTIP) diskutiert. Dabei liegen die Meinungen über die Möglichkeiten und Grenzen sowie Chancen und Risiken des Handelsabkommens zum Teil sehr weit auseinander.

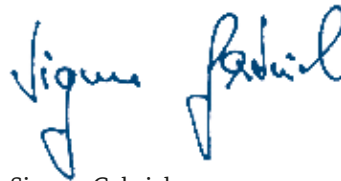
Ich begrüße die Debatte, die zum Teil auf einem hohen Niveau und mit einer beachtlichen Sachkenntnis geführt wird, außerordentlich. In diesem Zusammenhang ist mir besonders wichtig, dass wir die Sorgen und Ängste jener Bürgerinnen und Bürger, die von dem Handelsabkommen bislang nicht überzeugt sind, sehr ernst nehmen. Das erfordert unter anderem eine Auseinandersetzung mit der häufig vorgetragenen Befürchtung, dass sich Großkonzerne durch TTIP über nationale Gesetzgebung hinwegsetzen könnten, indem sie internationale Schiedsgerichte anrufen. Gemeinsam mit anderen europäischen Handelsministern habe ich deshalb Vorschläge erarbeitet, wie wir hier zu Verbesserungen gelangen können. Dabei geht es vor allem darum, aus den bisher häufig mit Anwälten besetzten Schiedsgerichten öffentlich-rechtliche Handelsgerichtshöfe zu machen: mit Berufsrichtern, transparenten Verfahren und Berufungsinstanzen. Die Europäische Kommission wird unsere Vorschläge berücksichtigen und auf dieser Grundlage ihre Verhandlungsposition mit den EU-Mitgliedstaaten abstimmen. Es kommt jetzt darauf an, gemeinsam erhebliche Verbesserungen im Investitionsschutz und bei Investor-Staat-Schiedsverfahren zu erreichen. Zudem gilt: Die endgültige Entscheidung darüber, ob Investitionsschutzbestimmungen überhaupt in das Abkommen aufgenommen werden, wird erst im Anschluss an ein Verhandlungsergebnis und nach einer Evaluierung durch die Mitgliedstaaten getroffen.

Gelegentlich wird auch behauptet, dass die fortlaufenden TTIP-Verhandlungen massiv von Lobbyisten gesteuert würden. Um diesen Vorwurf wirksam zu entkräften, hat die EU-Kommission mit Unterstützung der Bürgerbeauftragten der Europäischen Union dafür gesorgt, dass über alle Kontakte, die hochrangig oder auf Arbeitsebene im Zusammenhang mit den TTIP-Verhandlungen mit Industrievertretern und Vertretern der Nicht-Regierungsorganisationen wahrgenommen werden, ein Register geführt wird. Grundsätzlich bedarf es während der gesamten Verhandlung der TTIP einer größtmöglichen Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit und der Parlamente. Deshalb hat die Bundesregierung, vertreten durch das Bundeswirtschaftsministerium, – zusammen mit der Europäischen Kommission und anderen Mitgliedstaaten – durchgesetzt, dass das EU-Verhandlungsmandat zu TTIP veröffentlicht wurde. Darüber hinaus führt das Bundeswirtschaftsministerium schon seit vielen Jahren im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen, die die EU für die EU-Mitgliedstaaten verhandelt, Anhörungen der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände sowie Informationsgespräche mit Nichtregierungsorganisationen durch. Außerdem habe ich im Mai 2014 einen TTIP-Beirat eingesetzt, in dem Vertreter von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie des Kulturbereichs über die TTIP-Verhandlungen beraten und zur deutschen Positionierung beitragen. Nun sollten weitere Schritte folgen. Insbesondere sollen der Bürgerdialog verstetigt und eine Zugangsmöglichkeit zu den konsolidierten Verhandlungstexten für Abgeordnete des Deutschen Bundestages eingerichtet werden.

Schließlich verweisen einige TTIP-Kritiker darauf, dass das Handelsabkommen zu einem Abbau von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Standards führe. Richtig ist: Mit TTIP können und wollen wir ein klares Bekenntnis zu hochwertigen Regeln, einem fairen Wettbewerb und Umwelt- und Sozialstandards abgeben und damit als Vorbild dienen für weitere Handelsabkommen, die weltweit verhandelt werden. Die wirtschaftlichen Vorteile des Zollabbaus, des Zugangs zu öffentlicher Beschaffung und der regulatorischen Zusammenarbeit liegen auf der Hand. Ich werde mich daher auch weiterhin für ein ambitioniertes und ausgewogenes Handelsabkommen einsetzen, das eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung liefert und eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Umwelt, der Verbraucher und der Arbeitnehmer fördert.

Ein wichtiges Anliegen ist übrigens, dass wir bei der Ausgestaltung des Abkommens auch die möglichen Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer im Blick haben. Eine Studie des ifo Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat kürzlich festgestellt, dass in dieser Hinsicht nur geringe negative Effekte zu erwarten sind. Dennoch müssen wir hier achtsam sein und gegebenenfalls gegensteuern. Der Fokus sollte darauf liegen, dass möglichst viele Entwicklungs- und Schwellenländer durch einen vertieften transatlantischen Handel mittelfristig ebenfalls profitieren. Eine von vielen Stellschrauben ist dabei sicher die Intensivierung der gegenseitigen Investitionsbeziehungen. Ein Beitrag in diesem Monatsbericht zeigt zum Beispiel ganz konkret, wie das Bundeswirtschaftsministerium deutsche Unternehmen bei ihrem erfolgreichen Markteintritt in Subsahara-Afrika unterstützt.

Auch bei der Lektüre der übrigen wirtschaftspolitischen Beiträge und Analysen wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

# I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen



# Auf einen Blick

## Gedankenaustausch über die Bereitstellung kommunaler Infrastruktur



Staatssekretär Dr. Sontowski (vorne Mitte) beim Erfahrungsaustausch mit kommunalen Finanzverantwortlichen

Die seit längerer Zeit insgesamt relativ verhaltene öffentliche Investitionstätigkeit in Deutschland ist vor allem geprägt durch die Schwäche der kommunalen Investitionen: Während sich die Bruttoinvestitionen der Kommunen und jene von Bund und Ländern kurz vor der Jahrtausendwende in etwa die Waage hielten, lag der Anteil der Städte, Gemeinden und Landkreise an den gesamten öffentlichen Investitionen im letzten Jahr nur noch bei gut einem Drittel. Obwohl am aktuellen Rand eine leichte Verbesserung zu verzeichnen ist, deutet diese Entwicklung auf einen über viele Jahre aufgestauten Investitionsbedarf in vielen Kommunen hin.

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr erste Maßnahmen eingeleitet, um Kommunen finanziell zu entlasten und öffentliche Investitionen zu stärken. Darüber hinaus prüft die Bundesregierung derzeit neue Konzepte zur Verbesserung der Beschaffung und Finanzierung öffentlicher Infrastruktur. Dabei geht es sowohl um die Frage, wie die öffentliche Finanzierung von kommunalen Investitionen gestärkt werden kann, als auch um Möglichkeiten und Grenzen der Einbindung von privatem Kapital bei der Infrastrukturbereitstellung.

Bundesminister Sigmar Gabriel hat im August 2014 eine Expertenkommission zum Thema „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ einberufen, die unter anderem an Handlungsoptionen zu diesen Themen arbeitet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie legt großen Wert darauf, dass in diesem Prozess auch die Stimmen von Finanzverantwortlichen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen gehört werden. Vor diesem Hintergrund folgten Kämmerinnen, Kämmerer und andere kommunale Finanzverantwortliche aus ganz Deutschland am 12. Februar einer gemeinsamen Einladung von Staatssekretär Dr. Rainer Sontowski, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages, um über verschiedene Aspekte der Bereitstellung kommunaler Infrastruktur zu diskutieren.

Bei dem Gedankenaustausch wurden spezifische Probleme und Lösungsansätze im Bereich kommunaler Investitionen erörtert. Staatssekretär Dr. Sontowski informierte über den Stand der Überlegungen des BMWi zur Steigerung der Investitionsdynamik und den weiteren Zeitplan der Expertenkommission, die ihren Abschlussbericht im Rahmen eines Investitionskongresses am 21. April an Bundesminister



Gabriel überreichen wird. Die Zeit bis zur Veröffentlichung des Kommissionsberichtes wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für eine deutschlandweite Online-Befragung von kommunalen Finanzverantwortlichen nutzen. Ziel ist es, ein noch klareres und repräsentatives Bild der Hemmnisse und bisherigen Erfahrungen mit der Beschaffung und Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu erhalten.

Weitere Informationen zum Thema „Investitionsstrategie“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie finden Sie unter:



[http://bit.ly/BMWi\\_Investitionsstrategie](http://bit.ly/BMWi_Investitionsstrategie)

Kontakt: Dr. Bastian Alm  
Referat: Finanzpolitik und konjunkturpolitische Koordinierung

## Investitionsinitiative für Europa („Juncker-Plan“)

Investitionen sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Sie sind ein Schlüssel zu Wohlstand und besserer Lebensqualität der Menschen in Deutschland und Europa. Die Bundesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, private und öffentliche Investitionen in Deutschland und Europa zu stärken. Sie unterstützt nachdrücklich den im Herbst 2014 auf Initiative ihres neuen Präsidenten Juncker lancierten Vorschlag der Europäischen Kommission, in den nächsten drei Jahren in Europa zusätzliche Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro anzustoßen. In Verbindung mit den weiterhin notwendigen Strukturreformen und der Sicherung solider öffentlicher Finanzen kann die Initiative der Europäischen Kommission zur wirtschaftlichen Erholung Europas entscheidend beitragen.

Die Initiative beinhaltet drei Elemente:

- ▶ Zunächst soll ein Europäischer Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) eingerichtet werden. Hierfür hat die Europäische Kommission im Januar bereits konkrete Vorschläge vorgelegt. Eine entsprechende Verordnung soll bis Juni dieses Jahres verabschiedet werden. Der

Fonds wird sich mit 16 Milliarden Euro aus EU-Haushaltsmitteln sowie mit fünf Milliarden Euro aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank speisen. Ziel des EFSI ist es, Investitionsrisiken abzusichern und dadurch der Europäischen Investitionsbank (EIB) neuartige Investitionen zu ermöglichen. Insgesamt soll mithilfe des Fonds, der EIB, nationaler Förderbanken und privater Kofinanzierung eine Investitionstätigkeit von insgesamt über 300 Milliarden Euro angestoßen werden. Der Fonds soll unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank angesiedelt werden und konkrete Investitionsprojekte über Kredite und – in geringem Umfang – Beteiligungen kofinanzieren.

- ▶ In einem weiteren Schritt geht es darum, rentable Projekte zu identifizieren, die einen europäischen Mehrwert aufweisen. Damit der Fonds tatsächlich einen Zusatzbeitrag leistet, wird der Fokus auf Projekten liegen, die aufgrund ihrer Risikostruktur Schwierigkeiten mit einer Marktfinanzierung haben. Wünschenswert wäre auch eine Konzentration auf Bereiche, die zu mehr Wachstum beitragen und den Wettbewerb stärken können. Dazu gehören beispielsweise Mittel für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, den gemeinsamen Energiemarkt oder Energieeffizienz-Projekte.



- Schließlich ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für private Investitionen in Europa zu verbessern. Durch bessere Rechtsetzung und die Arbeiten zur langfristigen Finanzierung von Projekten lassen sich hier Fortschritte erzielen.

Die Bundesregierung wird die Initiative der Europäischen Kommission über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) flankieren. Auf Initiative der Bundesminister Gabriel und Dr. Schäuble wird die KfW hierfür einen Kreditrahmen von acht Milliarden Euro bereitstellen und so einen signifikanten Beitrag zur Finanzierung der Investitionstätigkeit in Europa leisten. Die KfW wird diese Mittel in Form von Globaldarlehen, Beteiligungsfinanzierung und Projektfinanzierung einbringen. Sie wird dabei intensiv mit dem EFSI zusammenarbeiten.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie setzt sich dafür ein, den rechtlichen Rahmen des Fonds schnell zu verabschieden, damit die Europäische Investitionsbank noch in diesem Jahr Projekte auf Grundlage des Fonds unterstützen kann. Denn Deutschland und Europa profi-



tieren davon, wenn jetzt investiert wird und Wachstumsimpulse gesetzt werden, die den Bürgern in Europa möglichst rasch zugutekommen.

Kontakt: Dr. Felicitas Hoch  
Referat: Europa 2020, Aspekte der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bund-Länder

### „Transparenzinitiative“ der Europäischen Kommission: EU-Mitgliedstaaten überprüfen Regelungen des Berufszugangs

Für die Ausübung bestimmter Berufe ist der Nachweis von Qualifikationen erforderlich. Bis 2016 werden alle Berufe in der Europäischen Union, die in diesem Sinne „reglementiert“ sind, einer Überprüfung unterzogen. Die Europäische Kommission hat diese „Transparenzinitiative“ im Oktober 2013 eingeleitet. Dabei soll festgestellt werden, ob die Reglementierung notwendig ist oder ob sie eine verzichtbare Beschränkung des Wettbewerbs im Binnenmarkt darstellt.

Im Zentrum der Initiative stehen aus deutscher Sicht das meisterpflichtige Handwerk und die Freien Berufe. Zur Meisterpflicht in den Handwerksberufen hat der Deutsche Bundestag am 19. Dezember 2014 eine Entschließung verabschiedet. Er hat darin u. a. die Ausbildungsleistung des meisterpflichtigen Handwerks besonders hervorgehoben.

Ziel der „Transparenzinitiative“ ist es, das Recht der Mitgliedstaaten auf ihre Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Das heißt, die Berufszugangsregelungen müssen diskriminierungsfrei, für die Erreichung der vorgetragenen Zwecke geeignet, erforderlich und schließlich verhältnismäßig im engeren Sinne sein.

Die Europäische Kommission überprüft damit die Sinnhaftigkeit und ökonomische Wirkung der Reglementierung im Dienstleistungsbereich, um gegebenenfalls eine Lockerung oder Aufhebung der Berufszugangsregelungen zu thematisieren. Schon seit längerer Zeit fordert die Europäische Kommission, dass Deutschland und andere Mitgliedstaaten ihren Dienstleistungssektor liberalisieren. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert darzulegen, warum sie Berufe reglementieren. Das bewirkt im Ergebnis eine Umkehr der „Beweislast“.

Die Überprüfung der Reglementierung wird zunächst von jedem Mitgliedstaat für sein eigenes nationales Recht durchgeführt. In einem zweiten Schritt können sich die Mitgliedstaaten zu den Reglementierungen anderer Mitgliedstaaten äußern. Bestimmte Berufe stehen zudem besonders im Fokus und werden in Diskussionsgruppen der Mitgliedstaaten in Brüssel mündlich erörtert. Es ist zu erwarten, dass die Europäische Kommission demnächst einen ersten Zwischenbericht zur „Transparenzinitiative“ vorlegen wird.

Kontakt: Joachim Garrecht und Dr. Gilan Tober  
Referat: Handwerk, Industrie- und Handelskammern

## Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

<b>März 2015</b>	
02./03.03.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Brüssel
05.03.	Energierat in Brüssel
05.03.	Auftragseingang in der Industrie (Januar)
06.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
09./10.03.	Eurogruppe / ECOFIN in Brüssel
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
19./20.03.	Europäischer Rat in Brüssel
24./25.03.	Informeller Handelsministerrat in Riga
26./27.03.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat
31.03.	Deutsch-Französischer Ministerrat
Ende März	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>April 2015</b>	
08.04.	Auftragseingang in der Industrie (Februar)
09.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
14.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.04.	Informeller Energierat
17.04.	Treffen der G20-Finanzminister
21.04.	Investitionskongress „Handlungsoptionen zur Stärkung von Investitionen in Deutschland und Europa“ im BMWi
22.04.	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung
24./25.04.	Informeller ECOFIN
Ende April	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>Mai 2015</b>	
05. – 07.05.	Steuerschätzung in Saarbrücken
07.05.	Handelsministerrat in Brüssel
07.05.	Auftragseingang in der Industrie (März)
08.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
11./12.5.	Eurogruppe / ECOFIN in Brüssel
13.5.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
28./29.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Brüssel
Ende Mai	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

### In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:  
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

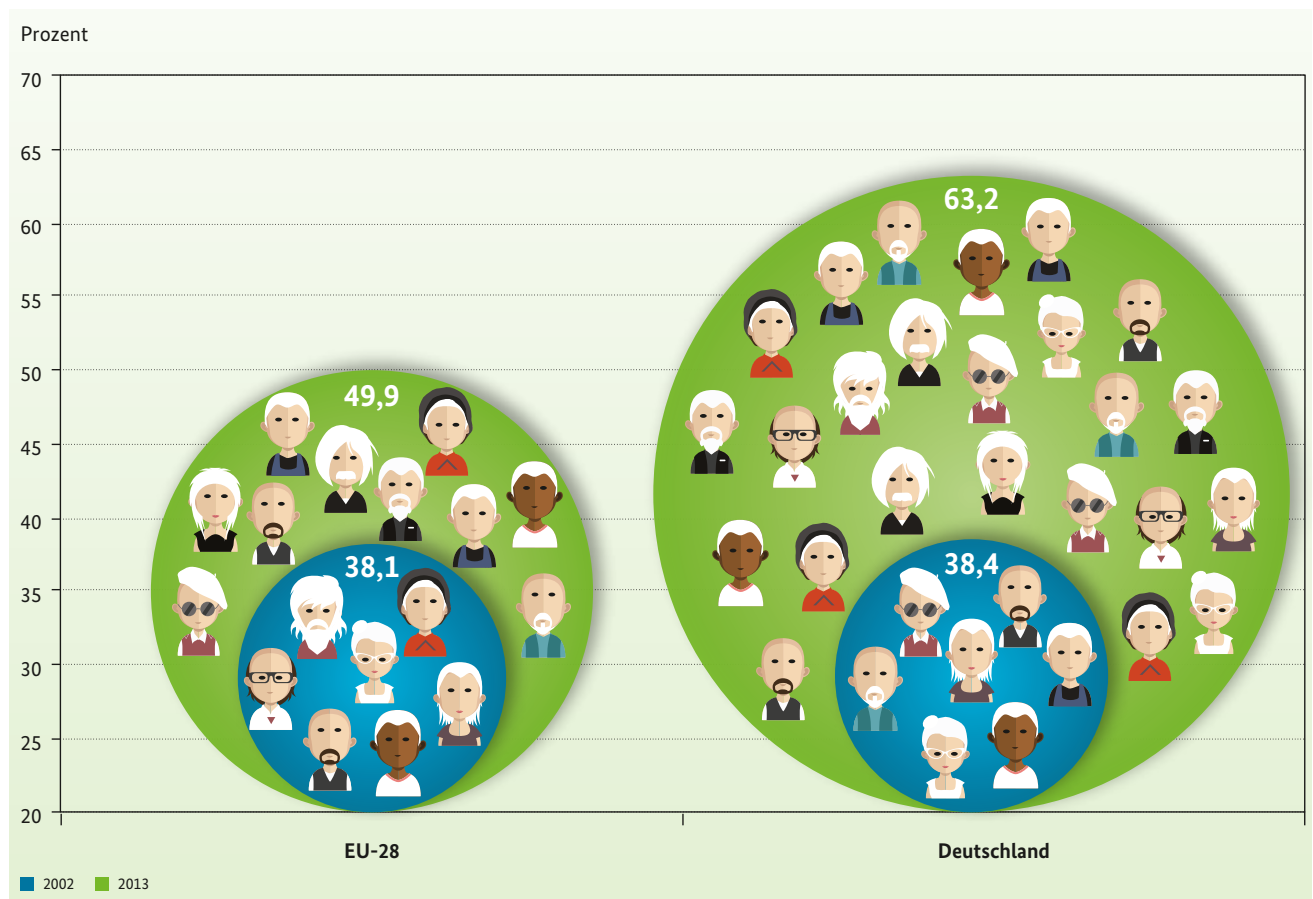


## Grafik des Monats

### Die Erwerbstätigenquote Älterer ...

... ist in Deutschland nicht nur im europäischen Vergleich ausgesprochen hoch, sie ist auch in den letzten Jahren merklich gestiegen. Das ist angesichts des demografischen Wandels eine gute Nachricht. In der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen lag der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe sowohl in Deutschland als auch in den EU-28 im Jahr 2002 bei lediglich 38 Prozent. Im Jahr 2013 erreichte die Erwerbstätigenquote Älterer in Europa annähernd 50 Prozent. In Deutschland stehen mittlerweile sogar fast zwei Drittel der Menschen in dieser Altersgruppe in Beschäftigung.

#### Erwerbstätigenquoten in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen



Quelle: Eurostat

# Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft hat zum Jahresende 2014 wieder Fahrt aufgenommen. Die konjunkturelle Schwächephase des letzten Sommers ist überwunden.
- ▶ Die konjunkturellen Perspektiven haben sich aufgehellt. Die Auftragseingänge in der Industrie sind im vierten Quartal gestiegen und die Stimmung in den Unternehmen verbesserte sich.
- ▶ Die positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt halten an. Dies sorgt für steigende Einkommen und stützt den privaten Konsum.
- ▶ Allerdings bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld schwierig. Die Entwicklung des Ukraine-Konflikts birgt ebenso wie die politische Entwicklung in Griechenland Unsicherheiten. Positive Impulse kommen vom niedrigen Ölpreis und dem schwachen Euro.

Deutschland hat seine konjunkturelle Schwächephase überwunden.<sup>1</sup> Nachdem die Wirtschaft im letzten Sommer mehr oder weniger stagnierte, nahm die Konjunktur im Jahresschlussquartal 2014 wieder überraschend kräftig Fahrt auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich um 0,7%<sup>2</sup> gegenüber dem Vorquartal.<sup>3</sup> Im Gesamtjahr 2014 nahm das BIP um 1,6% zu. Zum Jahresende kamen die Nachfrageimpulse hauptsächlich aus dem Inland. Vor allem die privaten Konsumausgaben, aber auch die Investitionen in Ausrüstungen – erstmals nach zwei Quartalen – und in Bauten trugen zum Wachstum bei. Die im vierten Quartal überraschend positive Entwicklung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sowie das sich deutlich aufhellende Geschäftsklima in der Wirtschaft signalisieren, dass die Schwächephase auch nachhaltig überwunden ist. Der schwächere Eurokurs und der äußerst niedrige Ölpreis dürften ihren Beitrag dazu geleistet haben. Zudem entwickelt sich der Arbeitsmarkt weiter positiv. Hohe Beschäftigung, steigende Realeinkommen und niedrige Zinsen ermöglichen eine hohe Konsumnachfrage. Insgesamt rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr daher mit einem soliden Wachstum von 1,5%, das hauptsächlich durch die

Binnennachfrage getrieben wird. Gleichwohl bleiben mit Blick auf die Ukraine, auf die politische Entwicklung in Griechenland, aber auch auf die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte konjunkturelle Risiken bestehen.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin wenig dynamisch. Im November 2014 lag die Weltindustrieproduktion lediglich 2,5% über dem Vorjahresniveau. Vor allem das Wachstum der Schwellenländer bleibt vergleichsweise verhalten. Für China erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) in diesem Jahr eine weitere Abschwächung des BIP-Wachstums. Die russische Wirtschaft steht aus verschiedenen Gründen vor einer tiefen Rezession. Von den Industriestaaten wachsen lediglich die USA und das Vereinigte Königreich mit kräftigen Raten. Die japanische Wirtschaft hat sich in den letzten Monaten wieder etwas gefangen, dynamisches Wachstum ist aber nicht zu erwarten. Gleichzeitig bleibt die Erholung im Euroraum zögerlich. Die EU-Kommission rechnet in ihrer jüngsten Winterprognose für 2015 mit einem Wachstum von 1,3%. Andererseits könnte der niedrige Ölpreis für eine etwas stärkere Belebung der Weltwirtschaft sorgen. Insgesamt erwarten IWF und EU, dass die Weltwirtschaft im laufenden Jahr wenig beschleunigt um etwa 3,5% bzw. 3,6% wachsen wird.

Das deutsche Auslandsgeschäft entwickelt sich dennoch positiv. Im vierten Quartal stiegen die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen<sup>4</sup> nach einem starken Dezemberergebnis um 1,7% an. Die Wareneinfuhren nahmen mit 1,6% trotz sich abschwächender Einfuhrpreise im Jahreschlussquartal etwa im gleichen Umfang zu. Im vierten Quartal sind sowohl die Auslandsumsätze als auch die Auslandsbestellungen in der Industrie spürbar gestiegen. Zudem haben sich die Exporterwartungen für die kommenden Monate weiter aufgehellt. Dazu dürfte auch die Euroabwertung beigetragen haben, die zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern außerhalb der Eurozone führt.

Die deutsche Industrie hat ihre Schwächephase überwunden. Ihre Produktion stieg im Dezember kräftig um 0,5% und damit bereits den vierten Monat in Folge. Für das gesamte vierte Quartal ergab sich ein Plus von ebenfalls

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Februar 2015 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

3 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2014 vom 13. Februar 2015.

4 Saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

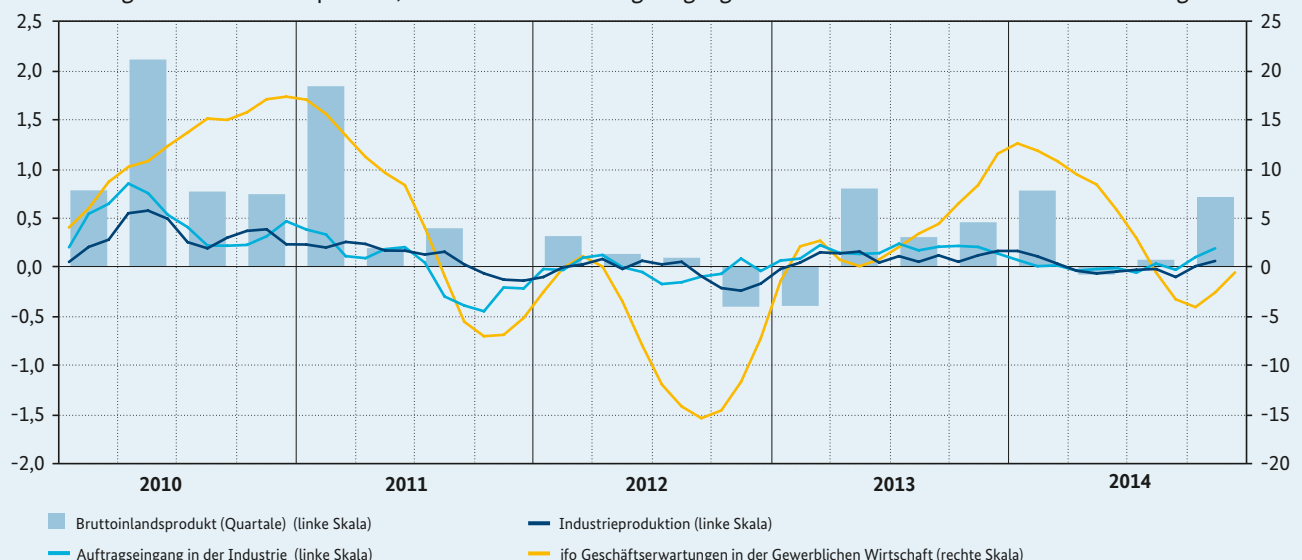
0,5%. Zuwächse waren insbesondere im Bereich der Vorleistungs- und Konsumgüter zu verzeichnen, aber auch die Erzeugung von Investitionsgütern stieg wie im Vorquartal leicht an. Positiv entwickelten sich auch die Industrieumsätze, die im Schlussquartal um 0,7% zunahmen. Sowohl das Inlands- als auch insbesondere das Auslandsgeschäft konnten gesteigert werden. Zudem erhielt die Industrie im Dezember so viele Neuaufträge wie seit über sechs Jahren nicht mehr. Im gesamten vierten Quartal lag das Bestellvolumen durch die zusätzliche Nachfrage aus dem In- und Ausland um 1,8% über dem des Vorquartals. Die wichtigsten Stimmungsindikatoren wie das ifo Geschäftsklima oder die ZEW-Konjunkturerwartungen hellten sich weiter auf. Insgesamt sprechen die Indikatoren dafür, dass sich die Industriekonjunktur weiter beleben wird. Dagegen zeichnet sich in der Baubranche noch keine Trendwende ab. Die Bauproduktion ging auch im vierten Quartal zurück. Dies war der Entwicklung im Ausbaugewerbe geschuldet. Die Erzeugung im Bauhauptgewerbe entwickelte sich dagegen im vierten Quartal insgesamt positiv und die Bauinvestitionen fielen im Vergleich zum Vorquartal höher aus. Allerdings hat sich die Bestellfähigkeit im Bauhauptgewerbe seit letztem Frühjahr schwach entwickelt. Sie scheint sich nach Anstiegen im Oktober und November aber stabilisiert zu haben. Gleichwohl bewegt sich die Stimmung im Baugewerbe angesichts der grundsätzlich guten Rahmenbedingungen auf hohem Niveau.

Der private Konsum bleibt eine wichtige Stütze der Konjunktur. Im letzten Jahr sind die privaten Konsumausgaben real um 1,1% gestiegen und haben damit kräftig zum Gesamtwachstum beigetragen. Die positive Entwicklung der Beschäftigung führt weiterhin zu einem merklichen Anstieg der verfügbaren Einkommen, der sich dank einer sehr moderaten Preisentwicklung in einen spürbaren Kaufkraftgewinn übersetzt. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) sind daher im vierten Quartal kräftig um 1,5% gestiegen. Im Januar hellte sich die Stimmung unter den Einzelhändlern zudem spürbar auf und das Konsumklima bewegt sich weiterhin auf Rekordniveau. Aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen rechnet die Bundesregierung daher damit, dass die privaten Konsumausgaben im Jahr 2015 nochmals beschleunigt um real 1,6% ansteigen werden.

Der Arbeitsmarkt setzt seine positive Entwicklung auch im neuen Jahr fort. Jahreszeitlich bedingt stieg die Zahl der Arbeitslosen zwar wieder leicht über die 3-Millionen-Marke, ging aber saisonbereinigt um weitere 9.000 Personen zurück. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im November saisonbereinigt erneut kräftig um 45.000. Die Erwerbstätigkeit legte im Dezember saisonbereinigt um 22.000 Personen zu. Nach Ursprungszahlen waren knapp 43 Mio. Personen im Inland erwerbstätig, gut 400.000 mehr als vor einem Jahr. Da sich auch die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt eher etwas aufhellten, dürften sich die günstigen Entwicklungen in den kommenden Monaten fortsetzen.

### Konjunktur auf einen Blick\*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



\* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut



# Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug

## Aktuelle Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik

Ein Beschäftigungsstand auf Rekordniveau, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren und zunehmende Attraktivität für Arbeitskräfte aus dem Ausland dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt Herausforderungen zu bewältigen gilt: Sie bestehen insbesondere darin, Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen und die Qualität der Beschäftigung zu verbessern.



### Der deutsche Arbeitsmarkt ist in guter Verfassung ...

Im internationalen, aber auch im langjährigen Vergleich steht der deutsche Arbeitsmarkt derzeit überaus gut da:

- ▶ 2014 gab es 42,7 Millionen Erwerbstätige – so viele, wie nie zuvor. Das waren 3,3 Millionen Erwerbstätige mehr als 2005, dem Jahr, als die Hartz IV-Reformen eingeführt wurden.
- ▶ Über 70 Prozent der Erwerbstätigen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt: 30,2 Millionen im Jahr 2014, 3,9 Millionen mehr als 2005. Auch das ist ein Rekordwert.
- ▶ Deutschland schöpft sein Erwerbspotenzial viel besser aus als früher: Die Erwerbstätigenquote ist seit 2005 von 69,7 Prozent auf 78,1 Prozent im vergangenen Jahr (jeweils drittes Quartal) gestiegen und liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt (69,8 Prozent).
- ▶ Besonders stark war der Anstieg der Erwerbsbeteiligung bei den Frauen: Ihre Erwerbstätigenquote erhöhte sich zwischen 2005 und 2014 (jeweils drittes Quartal) um 10,3 Punkte auf 73,4 Prozent.<sup>1</sup> Innerhalb der EU liegt Deutschland damit nach Schweden und noch vor Finnland und Dänemark auf dem zweiten Platz.
- ▶ Die Arbeitslosigkeit erreichte 2014 mit im Jahresdurchschnitt 2,9 Millionen Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 6,7 Prozent ihren niedrigsten Stand seit 1991. In Ostdeutschland lag die Arbeitslosenquote mit 9,8 Prozent erstmals seit über 20 Jahren wieder unter der Zehn-Prozent-Marke.
- ▶ Die positive Entwicklung der Arbeitslosenzahlen hängt auch mit einem verbesserten Marktausgleich zusammen: Der Arbeitslosenbestand reagiert besser auf die Änderung der Arbeitskräftenachfrage. Das zeigt sich in einer Linksverschiebung der so genannten Beveridge-Kurve (siehe Abbildung 1). Seit Ende 2013 strebt die Kurve außerdem fast ununterbrochen nach links oben – mit steigendem Stellenangebot sinkt also die Arbeitslosigkeit.

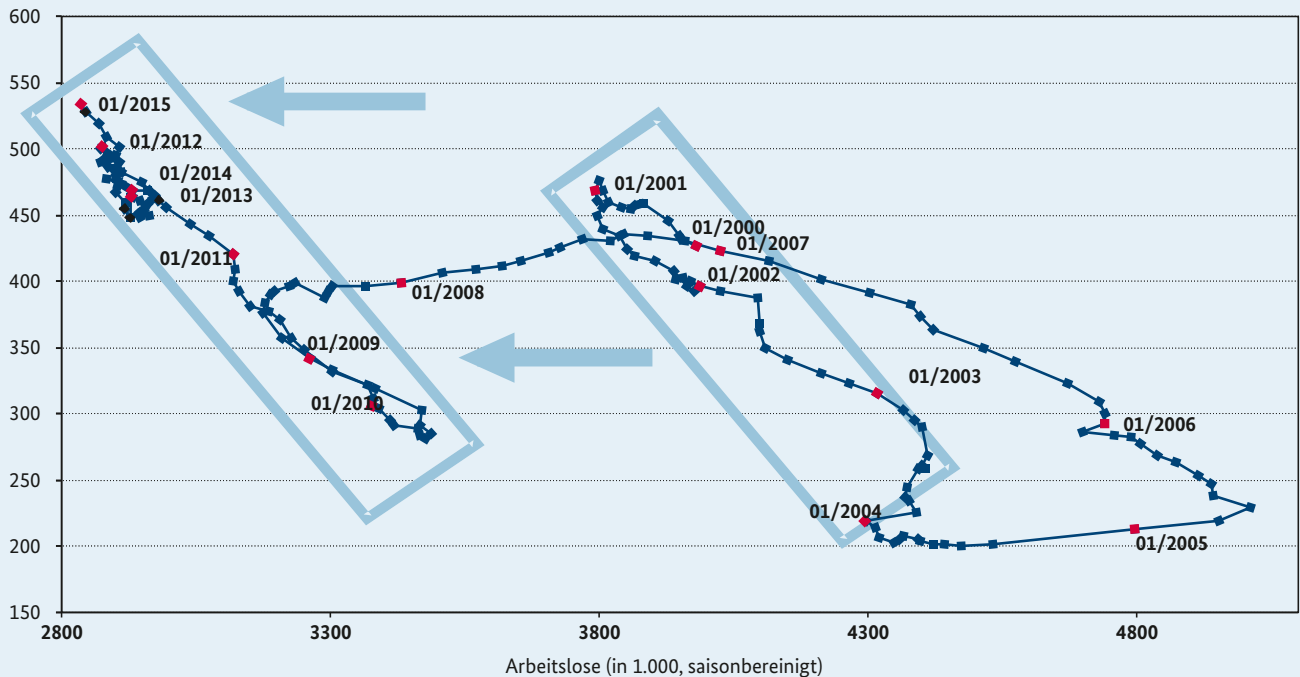
<sup>1</sup> Zum Vergleich: Die Erwerbstätigenquote der Männer stieg im gleichen Zeitraum um 6,6 Punkte und betrug im dritten Quartal 2014 82,8 Prozent.



**Abbildung 1: Beveridge-Kurve**

Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten Stellen

gemeldete Stellen (in 1.000, saisonbereinigt)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

- ▶ Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften entwickelt sich positiv: Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA), der die saisonbereinigte Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage am ersten Arbeitsmarkt abbildet, erreicht neue Höchststände und lag Ende 2014 bei 181 Punkten, 20 Punkte über dem Vorjahreswert.<sup>2</sup>
- ▶ Im europäischen Vergleich hat Deutschland (neben Österreich) die geringste Arbeitslosigkeit: Die für Deutschland von EUROSTAT ausgewiesene Erwerbslosenquote lag 2014<sup>3</sup> mit 5,0 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der EU-28 (10,2 Prozent) und auch unter der Quote der USA (6,2 Prozent). Deutschland verzeichnete 2014 zudem die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU (7,7 Prozent, EU-Durchschnitt: 22,1 Prozent).

**... steht aber vor großen Herausforderungen**

Diese positiven Signale auf dem deutschen Arbeitsmarkt dürfen aber nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. Auch wenn sich die Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf und im internationalen Vergleich positiv entwickelt hat und die Beschäftigung wächst, gibt es strukturelle Probleme. Ein Arbeitslosenbestand von 2,9 Millionen ist zudem unter sozialen, aber auch unter ökonomischen und fiskalischen Aspekten immer noch zu hoch.

**Kosten der Arbeitslosigkeit**

Im Jahr 2013 verursachte die Arbeitslosigkeit bei einem Bestand von 2,95 Millionen Arbeitslosen direkt zurechenbare fiskalische Kosten in Höhe von 56 Milliarden Euro.<sup>4</sup>

2 Der saisonbereinigte Stellenindex BA-X umfasst die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten ungeforderten Arbeitsstellen sowie die gemeldeten Stellen für Freiberufler, Selbständige und aus der privaten Arbeitsvermittlung. Basiswert ist der auf 100 normierte Jahresdurchschnitt 2004.

3 Bei den Durchschnittswerten für 2014 handelt es sich um vorläufige EUROSTAT-Daten.

4 IAB (2014): Aktuelle Daten und Indikatoren: Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 in Deutschland.

Das entspricht etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zurechenbare Kosten sind Ausgaben für Transferleistungen (Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II) sowie Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Größter Ausgabeposten ist das Arbeitslosengeld II (19,1 Milliarden Euro einschließlich Sozialgeld und Kosten der Unterkunft), gefolgt von den Mindereinnahmen der Sozialversicherung (15,2 Milliarden Euro).<sup>5</sup>

Kaum zu beziffern sind jedoch weitere volkswirtschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit. Dazu gehören z. B. Kosten, die durch nicht genutzte Ressourcen, also brachliegende Kenntnisse entstehen. Zudem entstehen Kosten aus der Dequalifizierung von Arbeitslosen oder aus den gesundheitlichen oder sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit.

2014 dürften sich die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit etwa auf gleichem Niveau wie 2013 bewegt haben. Zwar lag der Arbeitslosenbestand leicht unter Vorjahresniveau, gleichzeitig stiegen aber die Pro-Kopf-Leistungen durch steigende Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und durch höhere Ansprüche in der Arbeitslosenversicherung aufgrund gestiegener Arbeits-einkommen.

### Langzeitarbeitslosigkeit

Nicht nur der Gesamtbestand der Arbeitslosigkeit, sondern auch ihre Struktur machen deutlich, wo Handlungsbedarf besteht. Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Langzeitarbeitslosigkeit.

Im Jahresdurchschnitt 2014 gab es nach Daten der Bundesagentur für Arbeit 1,1 Millionen Langzeitarbeitslose, also Arbeitslose, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet waren. Das sind zwar 660.000 Langzeitarbeitslose (37,9 Prozent) weniger als 2007<sup>6</sup>. Allerdings stockte der Rückgang in den letzten Jahren.

Auch der Europäischen Kommission „bereitet die Langzeitarbeitslosigkeit [in Deutschland] weiterhin Sorge“<sup>7</sup>: Die Kommission bezieht ihre Aussage auf den Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen (2013: 45,9 Prozent nach



EUROSTAT-Daten). Diese Kennzahl ist zwar für Vergleiche im Zeitablauf fragwürdig, weil bei insgesamt sinkender Arbeitslosigkeit die Langzeitarbeitslosigkeit statistisch ein höheres Gewicht bekommt. Die Kommission weist aber darauf hin, dass dieser Anteil in Deutschland über dem Niveau anderer Länder mit niedriger Arbeitslosigkeit wie Österreich oder den Niederlanden liegt.

Dass offensichtlich nur ein Teil der Arbeitslosen von der Dynamik auf dem Arbeitsmarkt und von wachsender Beschäftigung profitiert, zeigt sich auch bei der Betrachtung der Arbeitslosenstruktur nach Rechtskreisen: Der Arbeitslosenbestand im Rechtskreis SGB III ist 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent zurückgegangen. Dabei geht es um die Arbeitslosen, die sich z. B. unmittelbar nach einer Beschäftigung bei der Arbeitsagentur arbeitslos melden. In der Grundsicherung für Arbeitslose gab es dagegen nur einen Rückgang um 0,8 Prozent. Dies betrifft die Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen, die bei den Jobcentern registriert sind.<sup>8</sup>

Diese Daten machen deutlich, dass Wirtschaftswachstum und eine damit einhergehende hohe Arbeitskräftenach-

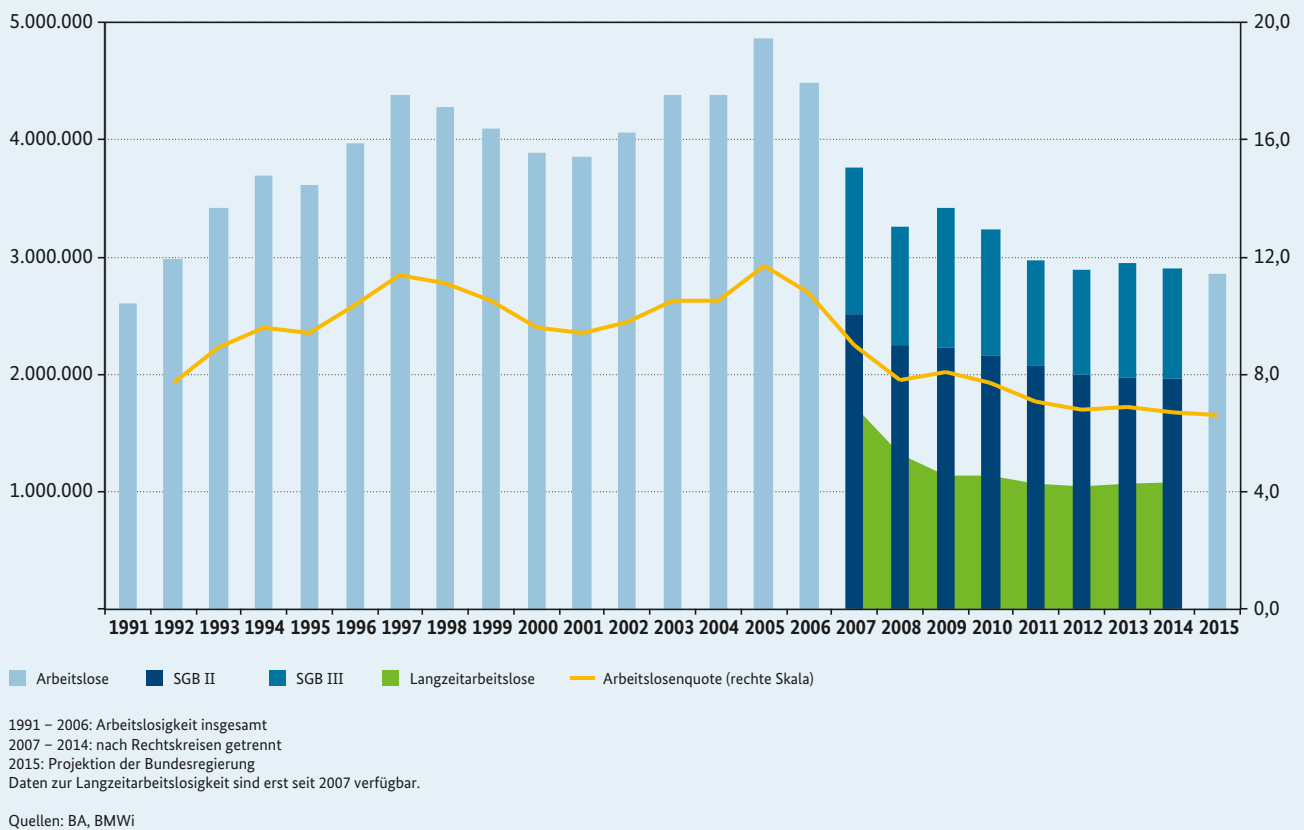
5 Hinzu kamen 2013 Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Höhe von 10,7 Milliarden Euro, die aus systematischen Gründen aber nicht den gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit zugerechnet werden.

6 Die Daten der BA-Statistik zur Langzeitarbeitslosigkeit reichen nicht weiter zurück.

7 Europäische Kommission (2014): Bewertung des nationalen Reformprogramms und des Stabilitätsprogramms Deutschlands 2014.

8 Insgesamt waren bei den Jobcentern 2,0 Millionen, bei den Arbeitsagenturen 0,9 Millionen Arbeitslose gemeldet.

Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosigkeit



frage allein nicht ausreichen, um alle Personengruppen gleichermaßen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Schon im vergangenen Jahr nahm die Erwerbstätigkeit deutlich stärker zu (+371.000), als die Arbeitslosigkeit abnahm (-52.000). Gleiches erwartet auch die aktuelle Projektion der Bundesregierung für 2015 (+170.000 bzw. -40.000).

Die steigende Arbeitskräftenachfrage wird verstärkt durch eine erhöhte Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und durch Zuwanderer befriedigt und nur zum Teil durch den Abbau von Arbeitslosigkeit. Grund dafür ist offensichtlich, „dass ein Teil der arbeitslosen Personen in berufsfachlicher, qualifikatorischer und regionaler Hinsicht nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passt“ (Jahreswirtschaftsbericht 2015).

Damit ist das Bild aber noch nicht vollständig: Es reicht nicht aus, möglichst viele Arbeitslose in den Arbeitsmarkt

zu integrieren und den Beschäftigungsstand rein quantitativ weiter zu erhöhen. Daneben kommt es auch darauf an, die Qualität der Beschäftigung im Blick zu behalten. Im Vordergrund stehen dabei die atypische Beschäftigung und der Niedriglohnsektor.

### Atypische Beschäftigung

Nach Mikrozensus-Daten befanden sich 2013 21 Prozent aller Erwerbstätigen<sup>9</sup> und 24 Prozent aller abhängig Beschäftigten in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis. Dazu gehören die befristete oder geringfügige Beschäftigung, Teilzeit mit weniger als 20 Wochenstunden oder die Arbeitnehmerüberlassung.<sup>10</sup> Der Anteil an der Erwerbstätigkeit ist seit 2005 weitgehend stabil. Die atypische Beschäftigung hat demnach mit wachsender Erwerbstätigkeit ebenfalls zugenommen.

9 Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung oder einem Wehr-/Zivil- sowie Freiwilligendienst.

10 Auf Grundlage von Arbeitsverhältnissen statt Erwerbstätigen sowie mit anderen Datenquellen kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung für 2013 auf einen Anteil der atypischen Beschäftigung an allen Beschäftigungsverhältnissen von 43,3 Prozent.



- ▶ Die größte Gruppe der atypisch Beschäftigten sind die **Teilzeitbeschäftigten**: Von allen abhängig Beschäftigten waren 2013 laut Mikrozensus rund neun Prozent in Teilzeit über 20 Wochenstunden und 16 Prozent unter 20 Wochenstunden beschäftigt. Auch das Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (von 2005 bis 2014 um 14,7 Prozent auf 30,2 Millionen Beschäftigte) geht nach Daten der BA vor allem auf das Konto der Teilzeitbeschäftigung: Hier gab es ein Wachstum von über 60 Prozent, während die Vollzeitbeschäftigung lediglich um rund vier Prozent zulegte.

Bei Berücksichtigung der Teilzeitquote relativiert sich auch die im europäischen Vergleich hohe Erwerbsquote von Frauen: Im Jahr 2014 waren nach EUROSTAT rund 47 Prozent der Frauen in Deutschland teilzeitbeschäftigt. Das ist die zweithöchste Quote nach den Niederlanden. Dabei gaben 2013 rund 14 Prozent der teilzeitarbeitenden Frauen an, unfreiwillig eine Teilzeitbeschäftigung auszuführen.<sup>11</sup> Dies entspricht einer Einschätzung des Statistischen Bundesamts, wonach sich 2013 1,3 Millionen teilzeitbeschäftigte Frauen eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit wünschten.

- ▶ Das stärkste Wachstum unter allen atypischen Beschäftigungsformen verzeichnete jedoch die **Arbeitnehmerüberlassung**: Gab es nach BA-Daten 2005 im Jahres-

durchschnitt noch rund 440.000 Leiharbeiter, waren es 2013 rund 840.000. Das entspricht einem Anstieg von circa 90 Prozent. Der Anteil der Leiharbeiter an allen Erwerbstätigen lag in den letzten Jahren regelmäßig um die zwei Prozent.

- ▶ Nach BA-Daten gab es auch bei den **Minijobbern**, also den geringfügig Beschäftigten (7,8 Millionen im Juni 2014), einen Zuwachs. Er ist vorwiegend auf die im Nebenjob geringfügig Beschäftigten (2,5 Millionen) zurückzuführen, während die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (5,3 Millionen) zuletzt rückläufig war. Die geringfügige Beschäftigung konzentriert sich auf wenige Branchen: Während sie in der Industrie kaum eine Rolle spielt, ist fast jeder vierte Minijobber im Einzelhandel oder in der Gastronomie tätig.
- ▶ Von **befristeter Beschäftigung** waren 2013 nach EUROSTAT 11,5 Prozent aller Arbeitnehmer im Alter zwischen 20 und 64 Jahren betroffen. Diese Quote ist in den letzten Jahren leicht rückläufig<sup>12</sup> und liegt unter dem EU-28-Durchschnitt (12,8 Prozent). Laut IAB-Betriebspanel 2012 sind zudem die Übernahmekoten befristeter Beschäftigter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis im Vergleich der letzten Jahre gestiegen. Auffällig ist, dass der Anteil befristeter Einstellungen im Bereich Erziehung und Unterricht bei Organisationen ohne

11 Als unfreiwillig teilzeitbeschäftigt gilt, wer angibt, deshalb in Teilzeit zu arbeiten, weil keine Vollzeitstelle zu finden war.

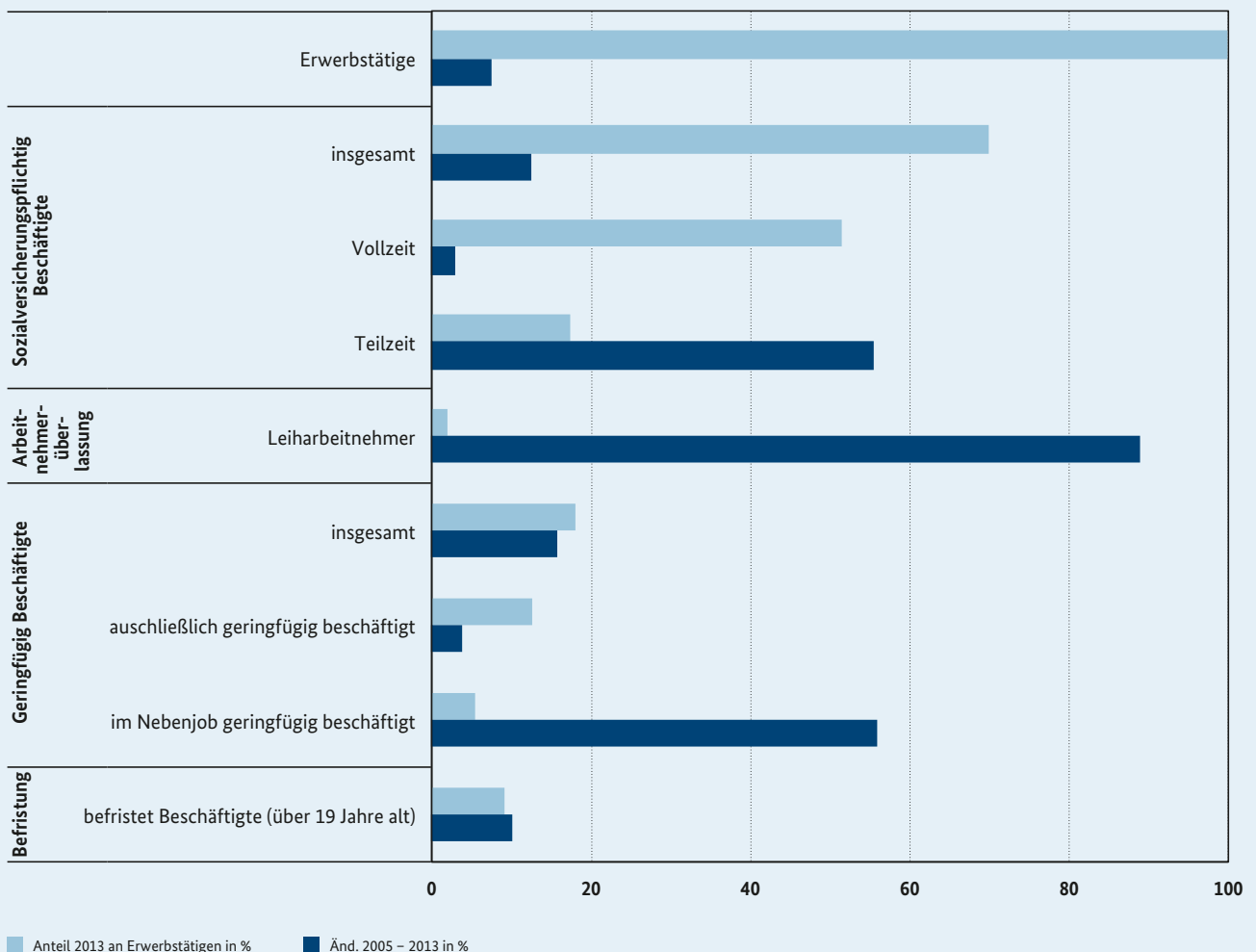
12 Dies bestätigen auch Mikrozensus-Daten.

Erwerbscharakter<sup>13</sup> und in der öffentlichen Verwaltung besonders hoch und hier zugleich die Übernahmequote relativ niedrig ist.

- ▶ Neben den bereits genannten atypischen Beschäftigungsformen kann auch der Verbreitungsgrad von **Werkverträgen** ein Kriterium für die Qualität von Beschäftigung sein. Allerdings liegen über Entwicklung und Umfang, aber auch über die Zielsetzung und Auswirkungen des Einsatzes von Werkverträgen auf dem Arbeitsmarkt keine validen Daten vor. Der Grund liegt darin, dass der Werkvertrag in seiner originären Bedeutung kein Vertragsverhältnis nach arbeits- oder sozialrechtlichen Regelungen ist und somit nicht von

Sozialversicherungsträgern bzw. in der Arbeitsmarktstatistik erfasst wird. Dabei ist seine Anwendung sehr heterogen: Sie reicht von der projektbezogenen Beauftragung hochspezialisierter Ingenieurbüros über das komplette Outsourcing von Produktions- oder Dienstleistungen bis zur Tätigkeit von Handwerkern in Privathaushalten. Auch diese Vielfalt erschwert eine statistische Erfassung von Werkverträgen und der davon betroffenen Arbeitnehmer. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) will deshalb mit einem Forschungsvorhaben Verbreitung, Nutzung und mögliche Probleme von Werkverträgen erkunden lassen.

Abbildung 3: Struktur der Beschäftigung 2013



Die genannten Anteile sind nicht überschneidungsfrei. Zu den Erwerbstätigen gehören außerdem noch Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte u. a.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, EUROSTAT, eigene Berechnungen

13 Dazu gehören Kirchen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche, politische und im Erziehungswesen tätige Organisationen, Interessenvereinigungen, Kammern, Sportvereine u. a.



## Niedriglohnsektor

Die Niedriglohngrenze folgt einer international verwendeten Definition und liegt bei zwei Dritteln des Medianverdienstes, also des mittleren Verdienstes aller Beschäftigten. Aus der letzten Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamts ergibt sich, dass 2010 jeder fünfte Beschäftigte (20,6 Prozent) für einen Niedriglohn arbeitete.<sup>14</sup> 2006 lag diese Quote noch bei 18,7 Prozent.<sup>15</sup> Besonders hoch ist die Niedriglohnquote bei den atypisch Beschäftigten: Hier lag sie 2010 bei 49,8 Prozent, darunter am höchsten bei Minijobbern mit 84,3 Prozent. Von den regulär Beschäftigten erhielten dagegen 10,8 Prozent einen Niedriglohn.

Ein weiterer Hinweis auf niedrige Löhne ergibt sich aus der Zahl der Aufstocker. Aufstocker sind Erwerbstätige, deren Arbeitseinkommen nicht dazu ausreicht, den Lebensunterhalt zu decken, und die deshalb ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen. Im Juni 2014 gab es 1,3 Millionen Aufstocker. Das entspricht 29,7 Prozent der 4,4 Millionen Arbeitslosengeld II-Bezieher. Von den Aufstockern waren 44,7 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 46,5 Prozent waren als Minijobber und 9,7 Prozent selbständig tätig.

Von den 586.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Aufstockern übten zwei Drittel eine Teilzeit- und ein Drittel

eine Vollzeitbeschäftigung (einschließlich Ausbildung) aus. 44.000 Aufstocker mit Vollzeittätigkeit lebten in einer so genannten Single-Bedarfsgemeinschaft, mussten also keine Familie versorgen. Bei allen anderen Aufstockern ist davon auszugehen, dass neben der Lohnhöhe auch die Haushaltssituation und/oder der Arbeitsumfang Ursache für die Bedürftigkeit sind. Die Zahl der Aufstocker ist im Vorjahresvergleich rückläufig. Eine Ausnahme bilden Aufstocker mit Kindern in einer sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung. Dies lässt vermuten, dass die verbesserte Betreuung von Kindern zunehmend die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung erlaubt, auch wenn diese nicht bedarfsdeckend ist.

## Herausforderungen meistern

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die aktuelle Herausforderung am Arbeitsmarkt besteht nicht darin, einer wachsenden Arbeitslosigkeit begegnen zu müssen. Auch die früher für den deutschen Arbeitsmarkt typische und über viele Konjunkturzyklen hinweg beobachtbare Hysterese (also der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit in jeder Wirtschaftskrise und die Stagnation im nachfolgenden Aufschwung auf einem höheren Niveau) konnte nicht zuletzt dank der Agenda 2010 durchbrochen werden.<sup>16</sup>



14 Je nach Datengrundlage gibt es jedoch unterschiedliche Ergebnisse für die Größe des Niedriglohnsektors: So errechnete das IAB mit EUROSTAT-Daten für 2010 eine Niedriglohnquote von 24,1 Prozent – eine höhere als in 15 der insgesamt 17 verglichenen Länder, darunter Großbritannien, Österreich, Frankreich oder Italien [Rhein (2013): Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich (IAB-Kurzbericht 15/2013)].

15 In der Erhebung des Statistischen Bundesamts werden nur Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten berücksichtigt.

16 Vgl. auch Klinger/Rothe/Weber (2013): Makroökonomische Perspektive auf die Hartz-Reformen: Die Vorteile überwiegen (IAB-Kurzbericht 11/2013).



Jetzt geht es vor allem darum, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Qualität der Beschäftigung zu verbessern. Weitere Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik im Zusammenwirken mit anderen Politikbereichen betreffen die Fachkräftesicherung, den demografischen Wandel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Entgeltgleichheit, die Zuwanderung, die Förderung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes und die Digitalisierung. Die Bundesregierung hat diese Herausforderungen erkannt und mit dem Koalitionsvertrag Grundlagen für entsprechende Maßnahmen geschaffen.

So setzt das BMAS ein Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit um. Dieses sieht u. a. organisatorische Maßnahmen in Gestalt von Aktivierungszentren, Programme zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und zur öffentlich geförderten Beschäftigung sowie den verbesserten Zugang von Langzeitarbeitslosen zu Prävention und Gesundheitsförderung vor. Langzeitarbeitslose sollen damit noch individueller betreut und entsprechend ihrem sehr heterogenen Bedarf bei der Integration in den Arbeitsmarkt begleitet werden.

Ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Qualität der Beschäftigung ist der seit Anfang des Jahres geltende allgemeine gesetzliche Mindestlohn. Da er nur wenige Ausnahmen enthält, kann er eine große Breitenwirkung entfalten. Davon werden insbesondere auch atypisch Beschäftigte – wie z. B. Minijobber – profitieren. Allerdings sollte man den Mindestlohn nicht mit Erwartungen überfrachten. In erster Linie ist der Mindestlohn eine Mindestgrenze auf dem Arbeitsmarkt vereinbarter Preise, um Arbeitnehmer vor generell als unangemessen anzusehenden Niedriglöhnen zu schützen.

Der Mindestlohn wird zunächst im Niedriglohnssektor greifen und hier zu Einkommensverbesserungen der Arbeitnehmer führen. Wie er sich auf die Größe des Niedriglohnssektors insgesamt auswirkt, lässt sich allerdings schwer prognostizieren, da dieser relativ zum gesamten Lohnspektrum definiert wird (Niedriglohngrenze wird statistisch bei zwei Dritteln des Medianlohns festgelegt). Wenn viele Arbeitnehmer diese Niedriglohngrenze überschreiten, könnte sich der Niedriglohnssektor insgesamt signifikant verkleinern. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn der Mindestlohn zu einer Verschiebung im gesamten unteren Lohngefüge führt.

Auch die Zahl der Aufstocker dürfte sich durch die Einführung des Mindestlohns reduzieren. Ohne aufstockendes Arbeitslosengeld II dürften künftig am ehesten alleinstehende Vollzeitbeschäftigte auskommen können. Aufstocker, die in Teilzeit arbeiten und/oder eine Familie zu versorgen haben, werden in vielen Fällen auch nach Einführung des Mindestlohns auf ergänzende Leistungen angewiesen sein, wobei ihr Gesamteinkommen der Systematik entsprechend jedoch zunehmen dürfte. Hier ist außerdem mit fiskalischen Entlastungen durch Einsparungen beim Arbeitslosengeld II und durch Mehreinnahmen bei Sozialversicherungsbeiträgen zu rechnen.

Beschäftigungsformen wie Arbeitnehmerüberlassung oder Arbeiten auf der Basis von Werkverträgen ermöglichen vielen Menschen eine Beteiligung am Erwerbsleben und befähigen Unternehmen, flexibel zu reagieren. Rechtswidrigen Vertragskonstruktionen wird die Bundesregierung jedoch effektiv begegnen. Daher sollen insbesondere die wesentlichen, durch die Rechtsprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßem und missbräuchlichem Fremdpersonaleinsatz gesetzlich geregelt und die Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrats sichergestellt und konkretisiert werden. Zudem soll die Prüftätigkeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit optimiert werden.

Die Arbeitnehmerüberlassung soll auf ihre Kernfunktion hin orientiert werden. Wichtige Neuregelungen sind die gesetzliche Festlegung einer Überlassungshöchstdauer von grundsätzlich 18 Monaten und die Gleichstellung der entliehenen Arbeitnehmer mit den Stammarbeitnehmern beim Arbeitsentgelt nach spätestens neun Monaten.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, dass sich Wirtschaftswachstum stärker als bislang in einen Abbau struktureller Arbeitslosigkeit und eine verbesserte Qualität der Beschäftigung überträgt. Mehr Menschen sollen an der positiven Wirtschaftsentwicklung teilhaben. Die stabile wirtschaftliche Situation in Deutschland bietet beste Voraussetzungen, die aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt erfolgreich zu meistern.

Kontakt: Stefan Liebenberg  
Referat: Wirtschaftspolitische Fragen des Arbeitsmarktes

# Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen

**Hervorragende Perspektiven, aber auch ernst zu nehmende Risiken: Zwischen diesen beiden Polen pendelt die Bewertung Subsahara-Afrikas als Chancen- und Zukunftsmarkt. Mit dem Strategiethema „Chancenregion Afrika“ im Rahmen der Leitlinien 2014 der Bundesregierung zu Afrika will das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie deutsche Unternehmen bei ihrem erfolgreichen Markteintritt unterstützen.**



Starkes Bevölkerungswachstum, Vorteile durch Technologiesprünge und neue Kaufkraft in Afrika einerseits, aber auch gesättigte Märkte in den Industrieländern und Probleme im Russland-Geschäft andererseits wecken das Interesse am afrikanischen Markt. China, Indien, Japan sowie die USA und die Türkei investieren dort bereits kräftig in die Infrastruktur und setzen nun auch verstärkt auf den industriellen Sektor – der globale Wettbewerb um afrikanische Märkte wird stärker. Consultants raten zum Einstieg auf dem Kontinent als dem letzten „unentdeckten Markt“. Manche afrikanische Länder machen es ihren Partnern und Kapitalgebern jedoch nicht leicht: Sicherheitsprobleme, Streiks, Gesundheitsrisiken und einseitige Rohstoffabhängigkeit sorgen für Verunsicherung. Basis eines erfolgreichen Engagements bleibt somit, Länder und Märkte differenziert zu betrachten und sich gut vorzubereiten.

Afrika befindet sich in einem intensiven Prozess des politischen und sozio-ökonomischen Wandels. Neben dem Reichtum an Rohstoffen und den Potenzialen für die landwirtschaftliche Produktion ist vor allem die junge und kreative Bevölkerung eine Stärke des Kontinents. Dynamische Märkte, steigende Kaufkraft, große Investitionsprojekte und kontinuierlich hohe Wirtschaftswachstumsraten bieten Chancen für unternehmerisches Engagement. Eine Reihe von afrikanischen Ländern gehört heute zu den Ländern mit mittlerem Einkommen, so dass sich das Interesse von „klassischer“ Entwicklungshilfe wandelt hin zu mehr Unterstützung beim Aufbau privatwirtschaftlicher Strukturen.

**Tabelle 1: Wirtschaftslage in Subsahara-Afrika**

	2013 <sup>1</sup>	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>2</sup>	2016 <sup>2</sup>
BIP (in Mrd. US-Dollar) <sup>2</sup>	1.575,9	1.674,2	1.806,9	1.934,3
Reales BIP-Wachstum (in %)	5,1	5,1	5,8	6,0
Inflationsrate (in %)	6,6	6,7	7,0	6,5
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. US-Dollar)	-38,5	-43,3	-57,2	-63,5
Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)	-2,4	-2,6	-3,2	-3,3

1 Schätzung

2 Prognose

Quellen: African Economic Outlook 11/2014, IWF 10/2014

## Hohe Wachstumsraten der Wirtschaft kommen bei der Bevölkerung kaum an

Seit einigen Jahren wächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Subsahara-Afrika zwischen fünf und sieben Prozent und übertrifft regelmäßig die weltweiten Raten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet weiter mit einer positiven Entwicklung. Wegen der zuletzt gesunkenen Preise für Öl und Mineralien wurde jedoch die Prognose des IWF vom Januar 2015 nach unten revidiert. Für ganz Subsahara-Afrika rechnet der IWF für 2015 noch mit einem BIP-Zuwachs von 4,9 und für 2016 von 5,2 Prozent – im Oktober 2014 prognostizierte der IWF noch 5,1 und 5,8 Prozent. Der wirtschaftliche Nachholbedarf ist gewaltig, doch das hohe Wachstum der letzten Jahre reicht nicht aus, um bei gleichzeitig hohem Bevölkerungszuwachs die Armut zu beseitigen.

## Ausbau der Infrastruktur im Fokus

In Metropolen wie Lagos, Nairobi oder Luanda sind beim Ausbau der Verkehrswege sowie der Wasser- und Energieversorgung praxisnahe Lösungen für die zukünftige Entwicklung von zentraler Bedeutung. Blackouts der Stromnetze sind weit verbreitet und betreffen sogar die wirtschaftlich weit entwickelte Südafrika. In den vergangenen Jahren hat sich die Lage in vielen Ländern angesichts steigender Energienachfrage noch verschärft. Nach Schätzungen erhalten nur 30 Prozent der Afrikaner regelmäßig Strom. Milliarden-Dollar-Investitionen bei Kraftwerken sowie beim Ausbau eines grenzüberschreitenden Übertragungsnetzes finden bereits quer über den ganzen Kontinent statt, auch durch private Investoren. Gute klimatische Bedingungen machen auch die erneuerbaren Energien wie Solartechnik, Wind- und Wasserkraft in Afrika besonders lukrativ. Wegen ihrer dezentralen Einsatzmöglichkeiten fragen Krankenhäuser, Fabriken oder auch ganze Siedlungen zunehmend Hybridanlagen mit Solar- oder Windkraft nach.



In Ballungsgebieten sind intelligente Transportlösungen gefragt. Hier hat Johannesburg als relativ moderne afrikanische Stadt eine Vorreiterrolle eingenommen mit seinen zur Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2010 geschaffenen Busspuren oder dem modernen Nahverkehrszug Gautrain. Ähnliche Projekte werden nun auch in Lagos, Port Louis oder Abidjan ausgeschrieben. Ein bereits seit Jahren äußerst profitables Geschäft im Transportbereich ist der Betrieb von Häfen, zunehmend durch private Investoren wie Bolloré oder Dubai Ports World. Der massive Ausbau von Häfen ist auch für eine stärkere Industrialisierung des Kontinents wichtige Voraussetzung. Die Transportkosten in Afrika sind im weltweiten Vergleich hoch und verursachen durch langwierige Abwicklungsprozesse extreme Wettbewerbsnachteile.

Ein beträchtlicher Teil der afrikanischen Infrastrukturinvestitionen wird bisher von internationaler Geberhilfe im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit finanziert. Diese wird vor allem in jenen Bereichen aktiv, in denen rein privates Engagement nicht ausreicht, wie in der kommunalen Wasserver- und -entsorgung. Nachhaltige Impulse wird jedoch zukünftig vor allem die Privatwirtschaft setzen. Neue Finanzierungsmodelle, z. B. in Form öffentlich-privater Partnerschaften, sollen nun für Fortschritt sorgen.

**Tabelle 2: Ausländische Direktinvestitionen: Zuflüsse nach Afrika nach Regionen (in Mio. US-Dollar)**

Region/Land	2012	2013
Afrika gesamt	55.180	57.239
- Nordafrika	14.136	12.400
Subsahara-Afrika gesamt	41.044	44.838
- Westafrika	16.575	14.203
- Zentralafrika	2.845	3.763
- Südliches Afrika	5.707	9.186
- Ostafrika	13.429	14.592

Quelle: UNCTAD 1/2015

Die ausländischen Direktinvestitionen für den gesamten Kontinent lagen im Jahr 2013 bei 57,2 Milliarden US-Dollar und für Subsahara-Afrika bei 44,8 Milliarden US-Dollar. In den kommenden Jahren werden auch der Industrie- und Dienstleistungssektor zusätzliches Kapital anziehen. Neue Investoren erwarten jedoch stabile politische und rechtliche Rahmenbedingungen. Im Doing-Business-Report der Weltbank befindet sich die Mehrzahl der afrikanischen Länder hierbei jedoch immer noch auf den hinteren Plätzen.

### Von schwankenden Rohstoffeinnahmen kann Gefahr für Volkswirtschaften ausgehen

Für viele Staaten Subsahara-Afrikas ist der Rohstoffsektor ein bedeutender Wirtschaftszweig. Der Wert der Bergbauproduktion mineralischer Rohstoffe im Verhältnis zum BIP zeigt, dass für einzelne Länder dieser Sektor außerordentlich bedeutend ist.

**Tabelle 3: Bergbauproduktion in Afrika (bei Ländern mit besonders hohem Anteil ab ca. 10 % )**

	Berechneter Wert der Bergbauproduktion 2012 (Mio. US-Dollar)	BIP (Weltbank Daten) (Mio. US-Dollar)	Verhältnis Bergbauproduktion zu BIP (%)
Botswana	3.963	14.537	27,3
Burkina Faso	1.564	10.726	14,6
Eritrea	548	3.092	17,7
Ghana	5.434	41.741	13,0
Guinea	1.590	5.651	28,1
Kongo, DR	8.501	29.306	29,0
Liberia	262	1.733	15,1
Mali	2.202	10.341	21,3
Mauretanien	2.218	3.959	56,0
Namibia	1.295	13.038	9,9
Sambia	5.505	24.940	22,1
Sierra Leone	1.078	3.529	30,6
Südafrika	35.742	382.338	9,3
Tansania	2.653	28.249	9,4
Zimbabwe	2.385	12.472	19,1

Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe



Subsahara-Afrika generiert außerdem über seinen Öl- und Gas-Sektor erhebliche Einnahmen. Der Kontinent hält rund sieben Prozent der weltweiten konventionellen Öl- und rund sechs Prozent der weltweiten Erdgasressourcen. Die heute wirtschaftlich und technisch gewinnbaren Ölreserven betragen ca. 65 Milliarden Barrel bzw. rund fünf Prozent der Weltölreserven, die Gasreserven liegen bei neun Billionen Kubikmeter bzw. fünf Prozent der Welterdgasreserven. Im Jahr 2013 wurden rund 91 Prozent der Ölproduktion von 5,7 Millionen Barrel/Tag exportiert. Die OPEC-Mitglieder Nigeria und Angola bleiben die Hauptölproduzenten und -exporteure.

Große Fortschritte werden bis 2040 bei der Gasproduktion erwartet: Sie steigt auf 240 Milliarden Kubikmeter – das Vierfache der heutigen Gasproduktion. Für die Flüssiggasexporte wird im selben Zeitraum mit dem Dreifachen gerechnet. Nach Nigeria und Äquatorialguinea entwickelt sich insbesondere auch Mosambik zu einem wichtigen Gasproduzenten. Bergbau, Öl und Gas bieten weiterhin ein großes Potenzial für Investitionen, allerdings bei stark schwankenden Rohstoffpreisen. Die Volkswirtschaften müssen vor diesem Hintergrund dringend diversifiziert werden.

## Mittelschicht gewinnt an Bedeutung

Die dynamische Bevölkerungsentwicklung ist Wachstumstreiber, setzt die Staaten aber gleichzeitig unter erheblichen Druck. Bis 2050 werden nach Prognosen der Vereinten Nationen über zwei Milliarden Menschen in Subsahara-Afrika leben. Dabei nimmt vor allem die Urbanisierung enorm zu; bereits jetzt gibt es über 50 Millionenstädte in Afrika.



Die afrikanische Mittelschicht hat sich nach Schätzungen in den letzten 30 Jahren auf rund ein Drittel der Bevölkerung verdreifacht. Immer mehr Menschen verfügen über Einkommen, die über die reine Existenzsicherung hinausgehen. In den letzten Jahren sind in vielen afrikanischen Staaten Mittelschichten entstanden, deren Pro-Kopf-Einkommen zwar nicht mit dem der Europäer vergleichbar ist, die in ihrer Menge jedoch eine erhebliche Kaufkraft entwickeln. Zudem zeichnet sich die Gesellschaft in diesen Ländern durch eine hohe Konsumbereitschaft aus.

Die Vertreter der neuen Mittelschicht sind gut ausgebildet und durch Informations- und Kommunikationstechnologien vernetzt. Im Mobilfunksektor ist Afrika der seit Jahren weltweit am schnellsten wachsende Markt. Neue Wege der Kommunikation und mehr Transparenz bei Preisen und Produkten eröffnen bisher unbekannte Möglichkeiten und bilden die Grundlage für weiteres Wachstum durch steigende Kaufkraft.

**Tabelle 4: Bevölkerung in Afrika im Jahr 2050 (in Mio.)**

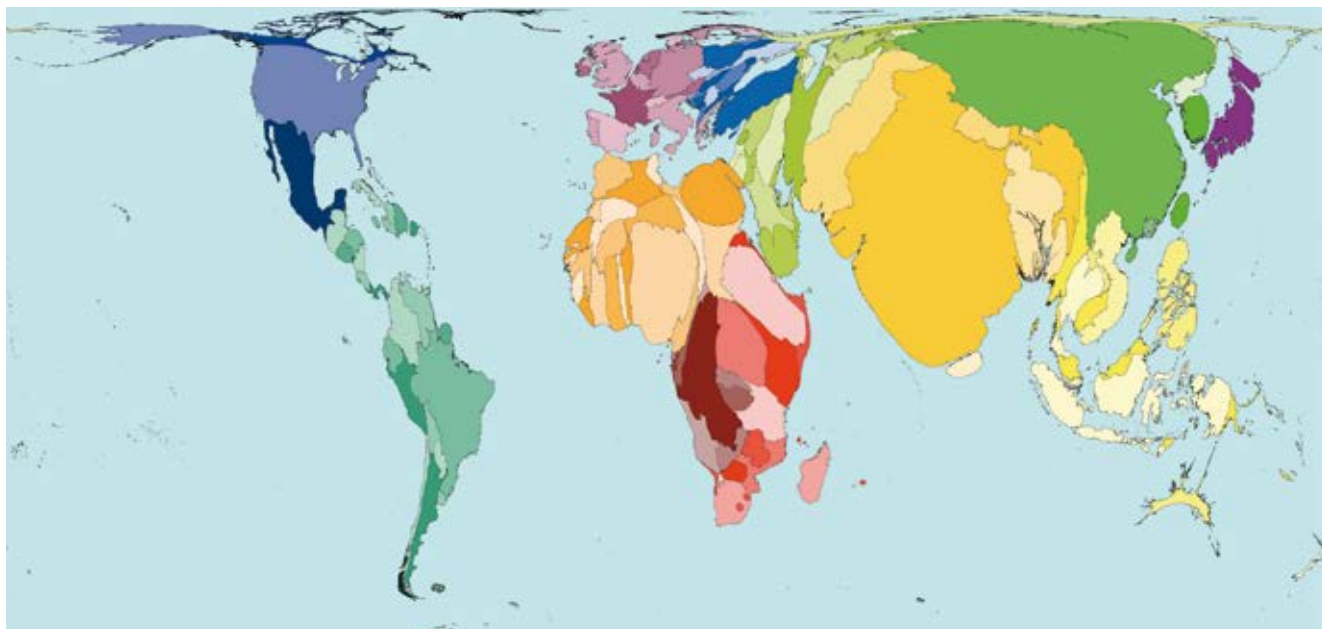
Region/Land	2015	2050*
Afrika gesamt	1.166	2.393
- Nordafrika	217	319
Subsahara-Afrika gesamt	949	2.074
- Westafrika	350	814
- Zentralafrika	143	316
- Südliches Afrika <sup>1</sup>	61	75
- Ostafrika	395	869

\* Prognose

<sup>1</sup> Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland

Quelle: UN World Population Prospects 2012 Revision, 1/2015

Abbildung 1: Die Weltbevölkerung im Jahr 2050\*



\* Schätzungen bzw. Prognosen

© SASI Group (University of Sheffield) and Mark Newman (University of Michigan) United Nations World Population Prospects 2012 ([www.worldmapper.org](http://www.worldmapper.org))

Neben der Konsumgüterindustrie bieten vor allem die Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln beste Perspektiven für ein Engagement. Der Kontinent verfügt über ausreichend fruchtbare Böden. Diese werden kaum genutzt, da es für die lokale Produktion keine Wertschöpfungsketten gibt, innerhalb derer die Ernten gelagert, transportiert und vermarktet werden könnten. Inzwischen setzen Nigeria, Angola und Sambia auf gezielte Investitionen in die Landwirtschaft und die Verarbeitung von Lebensmitteln. Deutsche Anbieter von Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen sowie Landtechnik sind bereits erfolgreich im Geschäft.

### Differenzierter Blick auf einzelne Märkte

Das Interesse deutscher Unternehmen an Afrika hat spürbar zugenommen. Den wirklichen Schritt dorthin wagen aber nach wie vor nur wenige. Der Kontinent ist kein homogener Markt und verlangt den differenzierten Blick. Unter den Ländern in Subsahara-Afrika gehören Südafrika, Nigeria, Ghana, Angola, Mosambik und Tansania zu den für deutsche Unternehmen attraktivsten Märkten. In der jüngsten Vergangenheit haben sich auch die Märkte in Äthiopien, Côte d'Ivoire, Kenia und Namibia dynamisch entwickelt.

**Nigeria** hat Südafrika im Jahr 2014 als größte Volkswirtschaft Afrikas überholt. Obwohl das Land aufgrund völlig unterschiedlicher Strukturen von Ökonomie und Infrastruktur mit Südafrika nicht vergleichbar ist, deutet das hohe Bruttoinlandsprodukt auf die immensen Geschäftschancen in den Nicht-Ölsektoren wie Bau, Telekommunikation, Einzelhandel, Konsum und Infrastruktur hin. In krassem Gegensatz zu den positiven Entwicklungen steht die Instabilität des Landes. Korruption und Stromknappheit treten in Nigeria in einem stärkeren Ausmaß auf und erschweren unternehmerische Aktivitäten. Hinzu kommt die hohe Unsicherheit im Land; in den nördlichen Landesteilen nimmt der Terror durch Boko Haram gravierend zu. Die Krise auf dem Ölmarkt belastet die Lage noch zusätzlich. Das ölfreiche Land kann erst bei einem Ölpreis von über 120 US-Dollar pro Barrel einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorweisen.

Insbesondere die politische Stabilität hat **Ghana** für viele Organisationen zu einer regionalen Drehscheibe Westafrikas gemacht. Etliche unternehmensfreundliche Reformen verschaffen dem Land immer wieder prestigeträchtige vordere Platzierungen im Doing-Business-Report der Weltbank. Von der derzeitigen Schwächeperiode abgesehen war die ghanaische Wirtschaft auch in den vergangenen Jahren eine der erfolgreichsten in Subsahara-Afrika. So lag das reale BIP-Wachstum mehrfach bei über acht Prozent.



**Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Länder**

Land	Nominales BIP 2014 (Mrd. US-Dollar) <sup>1</sup>	BIP in US-Dollar/ Kopf 2014 <sup>1</sup>
Äthiopien	45,6	1.431
Angola	147,0	8.577
Côte d'Ivoire	36,0	3.231
Ghana	39,2	3.602
Kamerun	29,5	2.825
Kenia	60,4	2.907
Kongo (DR)	30,4	703
Mosambik	16,7	1.177
Namibia	12,8	10.575
Nigeria	582,1	5.874
Sambia	26,8	4.168
Senegal	15,4	2.347
Südafrika	350,0	13.426
Tansania	35,5	1.818
Uganda	25,0	1.535

<sup>1</sup> Schätzung, BIP in US-Dollar pro Kopf nach Kaufkraftparität

Quellen: Economist Intelligence Unit 1/2015, IWF 10/2014

**Côte d'Ivoire** hat in den vergangenen Jahren eine deutliche Stabilisierung erfahren und hohe Wachstumsraten von rund acht Prozent verzeichnet. Das Land möchte nun wieder Drehscheibe für das frankophone Westafrika werden, von der aus Guinea, Mali, Burkina Faso, Niger, Togo und Benin mit Industriegütern beliefert werden. Produzierende Unternehmen investieren verstärkt in neue Maschinen oder gleich in neue Fabriken.

**Kenia** ist die bedeutendste Wirtschaftskraft Ostafrikas und die Hauptstadt Nairobi ein wichtiger Standort für Unternehmen in der Region. Überdurchschnittliches Wachstum ist im Dienstleistungssektor zu erwarten, der von der Informations- und Kommunikationstechnologien-Branche, dem Transportgewerbe und Finanzdiensten beflügelt wird. Das Verarbeitende Gewerbe ist bislang nur auf bescheidenem Wachstumskurs. Dies könnte sich spätestens ab 2017 ändern, wenn die versprochenen neuen Kraftwerke ans Netz gehen und die Strompreise deutlich und nachhaltig sinken.

Die **tansanische** Wirtschaft dürfte im Jahr 2014 um reale 7,1 Prozent und 2015 um 7,3 Prozent zulegen. Wachstumsmotoren sind Investitionen in die Gasindustrie und der private Verbrauch. Vom Dienstleistungssektor, insbesondere vom Transportgewerbe und von den Finanzdienstleistern, sind überdurchschnittliche Steigerungsraten zu erwarten.

**Äthiopien** ist mit über 95 Millionen Einwohnern nach Nigeria das bevölkerungsreichste Land Afrikas und gehört mit 6,7 Prozent BIP-Wachstum im Jahr 2014 zur Gruppe der wachstumsstärksten Märkte in Afrika. Die Industrie ist – begünstigt durch ausländische Investitionen zum Beispiel in die Textil- und Lederindustrie – auf einem gesunden Wachstumskurs. Ein wichtiger Wachstumsmotor ist auch die deutlich verbesserte Stromversorgung.

**Südafrika** ist seit 2011 Mitglied der BRICS-Staatengemeinschaft und noch immer die diversifizierteste und am meisten industrialisierte Wirtschaft Afrikas. Das Land verfügt über ein breites Produzierendes Gewerbe mit der höchsten Fertigungstiefe des Kontinents. Das Land dürfte aber auch in den kommenden fünf Jahren nicht über Wachstumswahlen von 2,5 bis 3,0 Prozent hinauskommen. Südafrika bleibt deutlich hinter seinem Potenzial zurück. Der wichtigste Konjunkturmotor Südafrikas ist der private Konsum, in den rund 60 Prozent des BIP fließen. Auch wenn zuletzt die verfügbaren Einkommen langsamer stiegen, so wächst Südafrikas schwarze Mittelschicht stetig und sorgt für stabile Konsumausgaben.

**Namibias** Wachstumsimpulse kommen insbesondere aus Großprojekten in den Bereichen Bergbau und Infrastruktur. Es gilt als einer der sichersten Standorte für internationale Bergbaugesellschaften in Afrika.

**Tabelle 5: Wachstum des BIP ausgewählter Länder**

Land	Realer BIP-Zuwachs 2014 (%) <sup>1</sup>	Realer BIP-Zuwachs 2015 (%) <sup>2</sup>
Äthiopien	6,7	7,0
Angola	4,1	3,9
Côte d'Ivoire	7,9	6,8
Ghana	4,2	4,5
Kamerun	5,0	5,1
Kenia	5,2	5,7
Kongo (DR)	8,7	8,3
Mosambik	7,5	7,6
Namibia	4,8	4,4
Nigeria	6,2	5,6
Sambia	6,5	5,5
Senegal	4,4	4,6
Südafrika	1,6	2,5
Tansania	7,1	7,3
Uganda	5,3	6,9

1 Schätzung  
2 Prognose

Quellen: Economist Intelligence Unit 1/2015, IWF 10/2014

**Mosambik** wird auch in den kommenden Jahren eine der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften im südlichen Afrika sein. Seit 2010 expandiert das Land jährlich mit über sieben Prozent. Das hohe Wirtschaftswachstum fußt jedoch auf einer vergleichsweise niedrigen Basis. Als Wachstumslokomotiven wirken in erster Linie die Großprojekte internationaler Rohstoffunternehmen. Insgesamt verzeichnete der Rohstoffsektor zuletzt hohe zweistellige Zuwächse.

Die Frage nach dem richtigen Markt behandelt auch die Publikation „Marktchancen in Afrika – Potenziale für den deutschen Mittelstand“. Diese Studie des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, von Germany Trade & Invest sowie Rödl & Partner stellt die attraktivsten Märkte für deutsche Unternehmen in Afrika vor.

**Abbildung 2: Die wahre Größe Afrikas**

© Kai Krause (<http://kai.subblue.com/en/africa.html>)



## Auf die eigenen Stärken setzen

Deutschland hat in den vergangenen Jahren Marktanteile in Subsahara-Afrika verloren. Dies liegt zum Teil auch am zunehmenden Wettbewerb asiatischer Unternehmen, die durch staatliche Finanzierungsmodelle oftmals massiv gefördert werden. Deutsche Unternehmen sollten allerdings weniger auf die asiatische Konkurrenz blicken, sondern auf eigene Stärken setzen. Qualitativ hochwertige Ausrüstungen und Dienstleistungen finden ihren Markt. Auch bei der Bauplanung und -aufsicht wird dem Know-how deutscher Ingenieure vertraut. Hier ist verstärkt eine Kooperation deutscher Unternehmen auch mit ausländischen Projektträgern gefragt.

Zum Erfolgsfaktor wird immer mehr eine Partnerschaft mit afrikanischen Unternehmen. Zu den entscheidenden Wettbewerbsfaktoren gehören dabei die Integration lokaler Arbeitskräfte sowie Ausbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und steigende Wertschöpfung vor Ort sind bei der Auftragsvergabe wichtige Kriterien.

Ausschreibungen afrikanischer Organisationen sind heutzutage oftmals breiter gefasst und umfassen z. B. nicht nur den Bau eines Krankenhauses, sondern auch dessen Finanzierung, Ausstattung und Betrieb über mehrere Jahre. Um die Chancen zu verbessern, Ausschreibungen bei Großprojekten zu gewinnen, ist zukünftig zwischen deutschen Unternehmen eine hohe Kooperationsbereitschaft erforderlich. Bietergemeinschaften können zudem die Projektfi-

nanzierung vereinfachen und somit auch das Finanzierungsrisiko mindern.

## Erfolgreiche Geschäftspraxis

Deutsche Unternehmen werden beim Schritt nach Afrika durch vielfältige Angebote der Bundesregierung unterstützt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie initiiert im Rahmen der Leitlinien 2014 der Bundesregierung zu Afrika ein Strategiethema „Chancenregion Afrika“. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern Afrikas sollten sich beide Seiten partnerschaftlich begegnen, so dass sowohl die afrikanischen Volkswirtschaften als auch die deutschen Unternehmen von der Zusammenarbeit profitieren.

Um hier voranzukommen, werden deutsche Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten mit Hilfe der außenwirtschaftspolitischen Instrumentarien künftig stärker flankiert. Eine effektive Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Auswärtigen Amt stärkt die politische Flankierung, ebenso wie mehr Unternehmerreisen zur Unterstützung konkreter Projekte. Neben den Exportinitiativen, die sich vor allem an kleine und mittelständische Unternehmen richten, werden Unternehmen durch Angebote zur Marktvorbereitung, Kontaktanbahnung sowie die geförderte Teilnahme an Messen und Markterkundungsreisen unterstützt.



Exportkreditgarantien des Bundes (Hermesdeckungen) für Waren- und Dienstleistungsausfuhren sichern wirtschaftliche und politische Risiken des Zahlungsausfalls ab. Im Dezember 2014 hat die Bundesregierung die Absicherungsmöglichkeiten für deutsche Exporte nach Afrika erweitert. Danach können deutsche Unternehmen jetzt auch für kreditfinanzierte Lieferungen und Dienstleistungen an öffentliche Auftraggeber aus Äthiopien, Ghana, Kenia, Mosambik, Nigeria und Tansania Hermesdeckungen beantragen. Bisher war dies nur für private Besteller beziehungsweise bei kurzfristigen Zahlungsbedingungen möglich. Für deutsche Unternehmen ergeben sich dadurch zusätzliche Exportchancen. Zwischenstaatliche Investitionsförderungs- und -schutzverträge garantieren deutschen Unternehmen einen Investitionsschutz. Die Maßnahmen werden mit Investitionsgarantien flankiert.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer für das südliche Afrika in Johannesburg sowie die Delegationsbüros in Nairobi, Accra, Lagos und Luanda beraten und ermöglichen Kontakte vor Ort. Der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft organisiert Delegationsreisen und Wirtschaftsforen. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft bietet langfristige Finanzierungen für Investitionsprojekte, fördert Machbarkeitsstudien und finanziert investitionsbe-

gleitende Maßnahmen. Die GIZ berät zu Umwelt- und Sozialstandards und bietet Qualifizierungsangebote und Fachkräfteprogramme an. Germany Trade & Invest begleitet die Entwicklung in Afrika und berichtet systematisch über aktuelle Wirtschafts- und Branchentrends sowie Rechtssysteme und Einfuhrbestimmungen. Darüber hinaus informiert die GTAI über wichtige Geber und stellt aktuelle Projektfrühinformationen sowie Ausschreibungshinweise bereit.

Ein realistischer Blick auf Afrika und die einzelnen Märkte ist notwendig – nur die Risiken zu sehen, greift zu kurz. Immer mehr Unternehmen schreiben auf dem Kontinent ihre Erfolgsgeschichte. Auch deutsche Unternehmen sollten die derzeitige Aufbruchsstimmung nutzen. Mit einer guten Vorbereitung und den richtigen Partnern in Deutschland und vor Ort stehen die Türen nach Afrika offen.

Kontakt: Hans-L. v. Winterfeld  
Referat: Subsahara-Afrika, Agrarpolitik  
und Martin Kalhöfer  
Germany Trade & Invest, Afrika/Nahost



# Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Der Begriff „Vertragsverletzungsverfahren“ findet sich häufig in der Presse, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Vorratsdatenspeicherung oder dem VW-Gesetz. Auch bei der PKW-Maut steht die Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens im Raum. Was genau eigentlich sind Vertragsverletzungsverfahren, was können deren Folgen sein und wie geht die Bundesregierung mit solchen Verfahren um?



Es ist Aufgabe der Europäischen Kommission – in ihrer Funktion als Hüterin der Europäischen Verträge – sicherzustellen, dass das EU-Recht in der gesamten EU durch die Mitgliedstaaten korrekt angewandt und umgesetzt wird. Ein wirksames Instrument ist hier das Vertragsverletzungsverfahren nach den Artikeln 258 ff. des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Die Europäische Kommission hat dabei breiten Ermessensspielraum, ob sie ein solches Verfahren einleitet. Die Praxis zeigt, dass sie diesen aktiv nutzt. So hat die Europäische Kommission im Jahr 2013 insgesamt 761 Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union neu eingeleitet; mit den offenen Fällen aus den Vorjahren waren Ende 2013 insgesamt noch 1.300 Verfahren anhängig.<sup>1</sup>

Auch gegen Deutschland hat die Europäische Kommission eine Reihe von Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. In der Vergangenheit ist es der Bundesregierung jedoch – unter Federführung der Europaabteilung im BMWi – gelungen, durch ein systematisches Monitoring und proaktives Handeln, einen Großteil dieser Verfahren zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Abschluss zu bringen, ohne dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) befasst werden musste. Auf diese Weise konnte bis heute vermieden werden, dass finanzielle Sanktionen gegen Deutschland verhängt wurden. Dies gilt etwa auch für die bereits abgeschlossenen Verfahren im Zusammenhang mit dem VW-Gesetz oder der Nichtumsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung.

1 31. Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts (2013) vom 1.10.2014, COM (2014) 612 final.



In diesem Beitrag werden zunächst der Ablauf, dann die Ziele der Bundesregierung in Bezug auf das Vertragsverletzungsverfahren sowie schließlich die Maßnahmen dargestellt, die zur Abwendung der Verfahren ergriffen werden. Der Bericht schließt mit einer kurzen zahlenmäßigen Auswertung für Deutschland – auch im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten – und mit Schlussfolgerungen für die Zukunft.

## Das Vertragsverletzungsverfahren mit vorgeschaltetem EU-Pilotverfahren folgt einem klar geregelten Ablauf

### Das EU-Pilotverfahren hilft, formelle Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden

Möglichen Vertragsverletzungsverfahren geht in aller Regel ein sogenanntes EU-Pilotverfahren voraus. Es handelt sich hierbei um einen informellen, strukturierten Dialog zwischen der Europäischen Kommission und dem betroffenen Mitgliedstaat. Auf diesem Weg kann ein Großteil vermuteter EU-Rechtsverstöße frühzeitig geklärt und meist auch ausgeräumt werden, ohne dass es noch eines formellen Vertragsverletzungsverfahrens bedarf. Ausgenommen von diesem vorgeschalteten Verfahren sind Fälle aufgrund der Nichtumsetzung von EU-Richtlinien.

Wenn die Europäische Kommission Anhaltspunkte für einen möglichen Vertragsverstoß erhält, teilt sie dies dem betroffenen Mitgliedstaat mit und fordert ihn auf, faktische oder rechtliche Fragen zu klären. Die Mitgliedstaaten können dann innerhalb einer bestimmten Frist ihre Sichtweise darstellen. Stellt die Europäische Kommission tatsächlich Verstöße gegen das EU-Recht fest, kann der betroffene Mitgliedstaat Abhilfemaßnahmen ergreifen und EU-rechtswidrige Maßnahmen korrigieren. Die Dienststellen der Europäischen Kommission prüfen dann die ergriffenen Maßnahmen. Falls diese nicht als zielführend erachtet werden, fordert die Europäische Kommission den Mitgliedstaat gegebenenfalls zu weiteren Maßnahmen auf.

Das EU-Pilotverfahren, mit seiner für die deutschen Fälle zentralen Anlaufstelle in der Europaabteilung des BMWi, hat sich seit seiner Einführung 2008 bewährt und ist inzwischen gängige Praxis. Es leistet einen positiven Beitrag zur Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten. Bis Ende 2014 wurden gegen Deutschland rund 400 EU-Pilot-Fälle eingeleitet. Mehr als zwei Drittel der Fälle konnten bereits in diesem Verfahrensstadium abgeschlossen und Vertragsverletzungsverfahren somit vermieden werden.



### Das Vertragsverletzungsverfahren kann mit einem Urteil des EuGH enden

Ist eine Lösung der Kontroverse auf dem Wege des EU-Pilotverfahrens nicht möglich oder wird das EU-Pilotverfahren nicht angewendet, kann die Europäische Kommission ein reguläres Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Zunächst muss die Europäische Kommission dem Mitgliedstaat „Gelegenheit zur Äußerung“ zu dem von ihr erhobenen Vorwurf geben. Dazu sendet die Europäische Kommission ein sogenanntes Mahnschreiben an den betreffenden Mitgliedstaat. Darin werden die Vorwürfe erhoben und begründet (Einleitung des Verfahrens). Der Mitgliedstaat kann sich zu diesen Vorwürfen innerhalb einer Frist von in der Regel zwei Monaten äußern. Können die Bedenken der Europäischen Kommission dadurch nicht ausgeräumt werden, kann die Europäische Kommission mit der „begründeten Stellungnahme“ die zweite und letzte Stufe des administrativen Vorverfahrens einleiten. Der Mitgliedstaat kann sich wiederum dazu äußern. Sollte der Dissens fortbestehen, kann die Europäische Kommission den EuGH anrufen. Das Verfahren endet dann mit einem Urteil des EuGH. Im Wege dieses Feststellungsurteils entscheidet der EuGH, ob der von der Europäischen Kommission vorgeworfene Verstoß gegen das EU-Recht wirklich vorliegt. Kommt er zu dem Schluss, dass dies tatsächlich der Fall ist, muss der Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um das Urteil zu befolgen.

### Ein Zwangsgeld droht, wenn der EU-Rechtsverstoß nicht rechtzeitig abgestellt wird

Das sogenannte Zwangsgeldverfahren nach Art. 260 Abs. 2 AEUV wird eingeleitet, wenn der zuvor festgestellte EU-Rechtsverstoß nicht rechtzeitig abgestellt wurde oder wenn die Europäische Kommission der Auffassung ist, dass die Abhilfemaßnahmen einem EuGH-Urteil nicht genügen. Der EuGH kann nach einem verkürzten administrativen Vorverfahren erneut angerufen werden. Die Europäische Kommission kann in diesem Fall auch beantragen, dass finanzielle Sanktionen festgelegt werden. Mit dem resultierenden Zweiturteil kann der EuGH zwei Arten von Sanktionen verhängen:

- ▶ ein Zwangsgeld, das den verurteilten Mitgliedstaat zwingt, das gegen ihn ergangene Ersturteil zu befolgen oder Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. Dieses Zwangsgeld ist für den Zeitraum zwischen der Verkündung des Zweiturteils und der Abstellung des Verstoßes zu entrichten und wird grundsätzlich als täglich bemessenes Zwangsgeld festgelegt.<sup>2</sup>
- ▶ alternativ oder zusätzlich einen Pauschalbetrag, der das rechtswidrige Verhalten des Mitgliedstaats im Zeitraum zwischen dem Ersturteil im Vertragsverletzungsverfahren und dem Zweiturteil sanktioniert.<sup>3</sup>



- 2 Das Zwangsgeld wird durch den EuGH auf Vorschlag der Europäischen Kommission festgesetzt. Die Europäische Kommission hat angekündigt, für Deutschland einen Betrag zwischen 13.793 Euro und 827.580 Euro pro Tag ggf. beantragen zu wollen. Der EuGH ist an den Vorschlag der Europäischen Kommission nicht gebunden.
- 3 Der Pauschalbetrag wird auf Vorschlag der Europäischen Kommission festgesetzt. Die Europäische Kommission hat angekündigt, für Deutschland ggf. mindestens einen Betrag von 11.703.000 Euro beantragen zu wollen. Der EuGH ist an den Vorschlag der Europäischen Kommission nicht gebunden.

Der Ablauf des Verfahrens und die etwaige Dauer der Verfahrensschritte können wie folgt zusammengefasst werden:

### Übersicht: Ablauf und voraussichtliche Dauer eines Vertragsverletzungs-/Zwangsgeldverfahrens

Verfahrensstufen	Voraussichtliche Dauer*
Vorhergehendes EU-Pilotverfahren	ca. 4 – 12 Monate
<b>Mahnschreiben</b> nach Art. 258 AEUV	(möglicherweise verlängerbare) Antwortfrist: 2 Monate
Prüfung der Antwort des Mitgliedstaats (MS) durch die Europäische Kommission (KOM)	ca. 2 – 12 Monate (abhängig von politischer Priorität und von bilateralen Kontakten mit MS)
<b>Begründete Stellungnahme</b>	(i. d. R. nicht verlängerbare) Antwortfrist: 2 Monate
Prüfung der Antwort des MS durch KOM	ca. 2 – 12 Monate (abhängig von politischer Priorität und von bilateralen Kontakten mit MS)
<b>Klagebeschluss</b> der KOM	Klageeinreichung ca. 1 – 3 Monate später
<b>Klageverfahren</b>	ca. 24 Monate (abhängig von der Komplexität des Verfahrens)
<b>EUGH-Urteil nach Art. 260 Abs. 1 AEUV</b>	
<b>Nachfrage der KOM zur Umsetzung des Urteils</b>	Antwortfrist: i. d. R. 6 Wochen
<b>Mahnschreiben im Zwangsgeldverfahren (Art. 260 Abs. 2 AEUV)</b>	(möglicherweise verlängerbare) Antwortfrist: 2 Monate
Prüfung der Antwort des MS durch KOM	ca. 2 – 12 Monate (abhängig von politischer Priorität und von bilateralen Kontakten mit MS)
<b>Klageverfahren</b>	abhängig von der Komplexität des Verfahrens
<b>Urteil nach Art. 260 Abs. 2 AEUV</b>	

\* Sämtliche Zeitangaben sind Erfahrungswerte aus der Praxis. Im Einzelfall sind erhebliche Abweichungen (insb. Verzögerungen) – i. d. R. abhängig von politischer Priorität, rechtlicher und tatsächlicher Komplexität und Arbeitsbelastung der zuständigen Kommissionsdienststellen – möglich.

### Beschleunigtes Verfahren bei Nicht-Umsetzung einer EU-Richtlinie

Einen Sonderfall stellen Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtumsetzung von EU-Richtlinien dar. Hier greift seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ein beschleunigtes Verfahren, das zwei Besonderheiten aufweist:

- ▶ es wird kein EU-Pilotverfahren vorgeschaltet und
- ▶ Vertragsverletzungs- und Zwangsgeldverfahren werden in einem Verfahren zusammengefasst.

Damit verkürzt sich die Verfahrensdauer beträchtlich. Gleichzeitig steigt auch das Risiko finanzieller Sanktionen stark an, wenn ein Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen zur EU-Richtlinienumsetzung nicht fristgerecht nachkommt.

### Finanzielle Sanktionen vermeiden

Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es, finanzielle Sanktionen aufgrund von Vertragsverletzungen weiterhin tunlichst zu vermeiden. Dabei ist es von großer Bedeutung,

dass die deutschen Stellen so früh wie möglich aktiv werden. Es gilt bereits die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden oder solche Verfahren zumindest in einer möglichst frühen Phase zu beenden.

Die Bundesregierung hat hierzu eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. So werden Gesetzgebungsvorschläge der Bundesregierung frühzeitig europarechtlich geprüft. Zweck dieser europarechtlichen Vorhabenprüfung ist es, europarechtliches Konfliktpotenzial bereits im Ansatz zu erkennen und so Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden. Dazu stellen die Bundesministerien ausreichende personelle Kapazitäten für die internen Europarechtsprüfungen bereit. Bei komplexeren Sach- und Rechtsfragen werden zudem die Ministerien mit übergreifenden europarechtlichen Kompetenzen gezielt befasst. Diese sind insbesondere das BMWi, das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie das Auswärtige Amt. Zeichnet sich ein ernsthafter Konflikt zwischen fachlichen Interessen und europarechtlichen Bedenken ab, kann das Koordinierungsgremium der Europaabteilungsleiter (EU-AL) im Sinne einer Frühwarnung befasst werden.

Auch im besonderen Bereich der Umsetzung europäischer Richtlinien setzt eine Überprüfung des europarechtskon-

formen Handelns in einem frühen Stadium an. Dazu ist in der Europaabteilung des BMWi ein spezielles Monitoring der EU-Richtlinienumsetzung eingerichtet. Hierfür wurde eine ressortübergreifende Datenbank geschaffen. In diese stellt das jeweils für die Umsetzung der EU-Richtlinie federführende Bundesministerium einen Umsetzungsplan ein, sobald eine Richtlinie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht ist. Der Umsetzungsplan wird regelmäßig aktualisiert. Mindestens quartalsweise informiert das BMWi den Ausschuss der Europa-Staatssekretäre (EStS) bzw. die EU-AL über den Stand der Umsetzung. Auch mit schwierigen Einzelfällen werden diese Koordinierungsgremien befasst. Zudem wird der Deutsche Bundestag jährlich über den Stand der EU-Richtlinienumsetzung informiert.

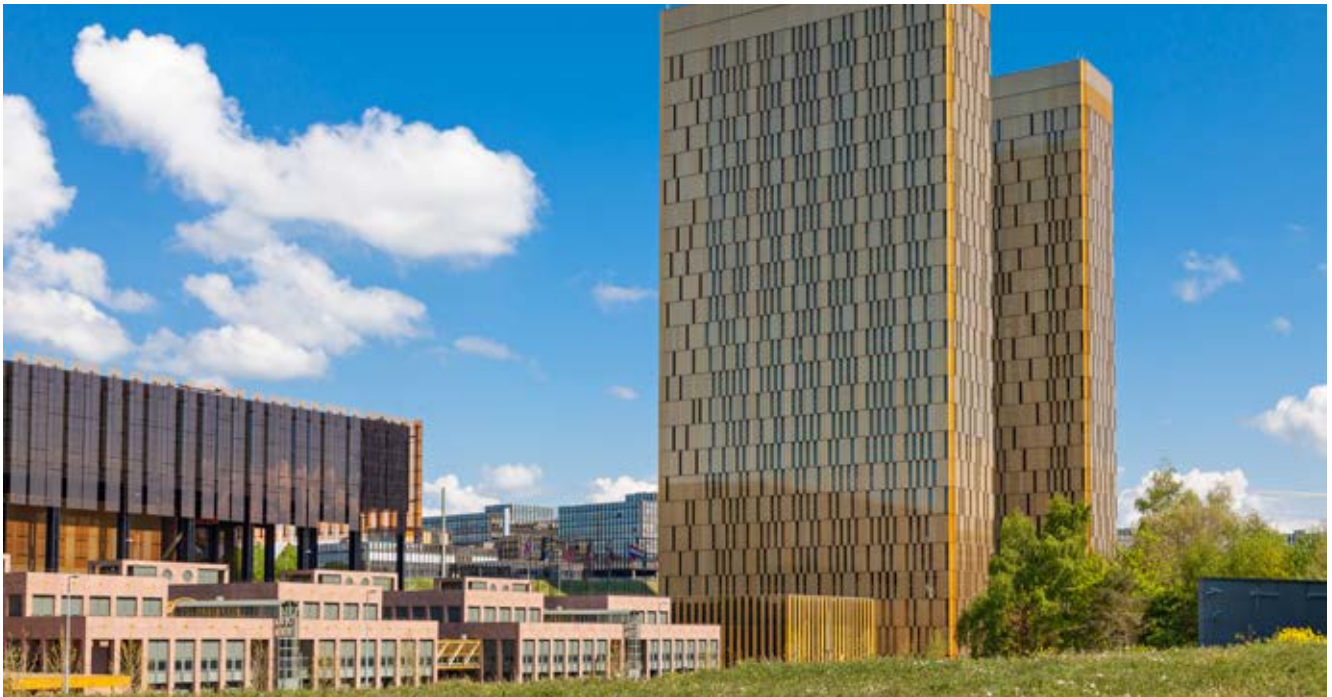
Mit der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens startet das Europarechtsreferat des BMWi ein gesondertes Monitoring. Auch hier wird die Runde der EU-AL regelmäßig mit besonders sensiblen und zeitkritischen Verfahren befasst. Ziel ist, jeweils festzustellen, ob Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof abzuwenden. Eine besondere Rolle spielen dabei Vertragsverletzungsverfahren, bei denen im Fall der Klageerhebung durch die Europäische Kommission finanzielle Sanktionen drohen. Mit diesen Fällen werden

die EU-AL regelmäßig befasst und ggf. zusätzlich die EStS einbezogen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund geboten, dass etwaige finanzielle Sanktionen grundsätzlich von dem Fachressort zu tragen sind, das den Europarechtsverstoß zu verantworten hat.

Auf allen Verfahrensstufen loten die jeweils fachlich zuständigen Bundesministerien in Zusammenarbeit mit dem BMWi in Gesprächen mit der Europäischen Kommission aus, ob eine möglichst zeitnahe Beilegung des Streitfalls realisierbar ist. Die Europäische Kommission kann z. B. einzelne Vorwürfe fallen lassen oder das gesamte Verfahren einstellen, wenn der Mitgliedstaat die erforderlichen Gesetzesanpassungen vornimmt bzw. das angegriffene Verwaltungshandeln abstellt.

Das jeweils fachlich federführende Ressort steht hierfür – zusammen mit dem Europarechtsreferat des BMWi – in Kontakt mit den zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission. Es führt zu kritischen Fällen Gespräche auf Arbeitsebene, zum Teil ergänzt durch Gespräche auf politischer Ebene. Zur Problemlösung haben sich zudem „Paketsitzungen“ bewährt, bei denen mit der jeweiligen Kommissionsdienststelle eine größere Zahl von Verfahren unter Beteiligung der direkt betroffenen Stellen auf Bun-





Der Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg.

des- und Länderebene besprochen wird. Die Gespräche ermöglichen beiderseitige direkte Rückfragen in dem sonst schriftlichen Verfahren. Fehleinschätzungen auf beiden Seiten können so vermieden werden. Das BMWi drängt darauf, alle Möglichkeiten und Instrumente der einvernehmlichen Streitbeilegung zu nutzen, und berät die Bundesministerien in den einzelnen Verfahren in europarechtlicher ebenso wie in verhandlungstaktischer Hinsicht. Insgesamt ist festzustellen, dass das enge Monitoring ebenso wie die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission dazu beitragen, finanzielle Sanktionen zu vermeiden.

Zum EuGH gelangen dann grundsätzlich nur solche Verfahren, in denen ein Urteilsspruch zur Klärung einer offenen Rechtsfrage erforderlich ist. In diesen Fällen betreibt die Bundesregierung die Verfahren gegebenenfalls bis zu einer Entscheidung durch den EuGH. Dabei sorgt das Prozessführungsreferat in der Europaabteilung des BMWi in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Ministerien dafür, dass die deutsche Position rechtlich möglichst solide untermauert ist und dem EuGH effektiv und eindrücklich vorgetragen wird. Auf diese Weise konnte Deutschland in einer Reihe von Vertragsverletzungs- und in einem Zwangsgeldverfahren im gerichtlichen Verfahren gewinnen. Im Zeitraum von 2009 bis 2013 hat der EuGH acht von insgesamt 24 Vertragsverletzungsklagen gegen Deutschland ganz oder teilweise abgewiesen.

## Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern im Vertragsverletzungsverfahren

Vertragsverletzungsverfahren richten sich immer gegen die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, auch wenn der angebliche Verstoß z. B. auf Ebene eines Bundeslandes oder auf kommunaler Ebene erfolgt ist. Hier geht die Bundesregierung über das betroffene Bundesministerium auf das zuständige Bundesland zu und fordert dieses auf, Verstöße abzustellen bzw. zu rechtfertigen. Das Lastentragungsgesetz sieht vor, dass gegebenenfalls diejenige staatliche Ebene für Verstöße haftet, in deren Aufgabenbereich die betreffende Pflichtverletzung erfolgt ist. Sofern mehrere Länder betroffen sind, ist eine Aufteilung der Lastentragung zwischen den Ländern vorgesehen. Das Prinzip, dass die finanzielle Verantwortung der fachlichen Zuständigkeit folgt, hat sich als disziplinierend erwiesen.

Vor diesem Hintergrund könnte es zielführend sein, entsprechende Regelungen im Verhältnis zwischen Ländern und Gebietskörperschaften zu ergänzen. Denn bisher endet die „Kette der Lastentragung“ bei den Ländern, auch wenn eine Kommune das Vertragsverletzungsverfahren verursacht hat. Bislang verfügt nur Mecklenburg-Vorpommern (seit 2010) über ein solches kommunales Lastentragungsgesetz, den anderen Bundesländern verbleibt nur der umständliche – und in der Praxis beschwerliche – Weg über die Kommunalaufsicht.



## Vertragsverletzungsverfahren in den Jahren 2013 und 2014 in Zahlen

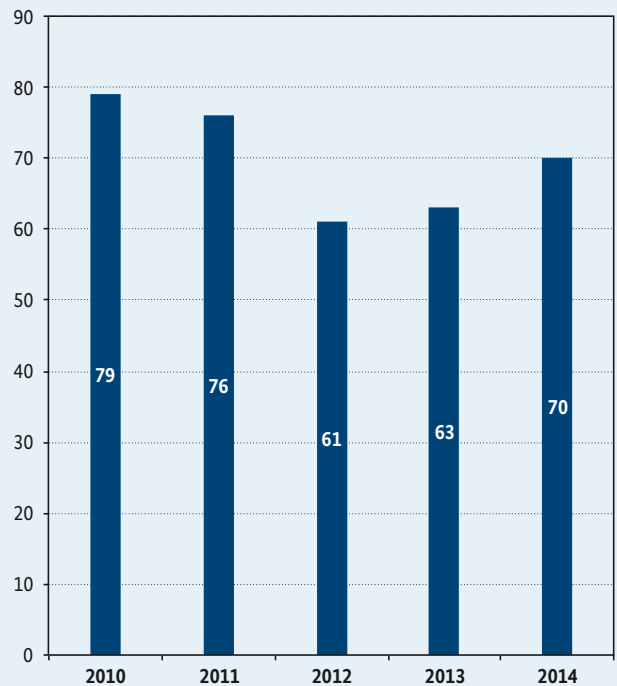
### Die Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ist stabil

Ende des Jahres 2014 waren gegen Deutschland insgesamt 70 offene Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Diese Gesamtzahl liegt zwar etwas höher als in den beiden Vorjahren, im Vergleich zu den vier vorhergehenden Jahren bewegt sie sich jedoch in etwa auf Durchschnittsniveau.

Aufgeschlüsselt nach Ressortzuständigkeit, lagen die meisten Verfahren im Bereich des Bundesumweltministeriums (BMUB, 16) und des Bundesverkehrsministeriums (BMVI, 16). Es folgen das Bundesfinanzministerium (BMF, 12) und das Bundesinnenministerium (BMI, 10).

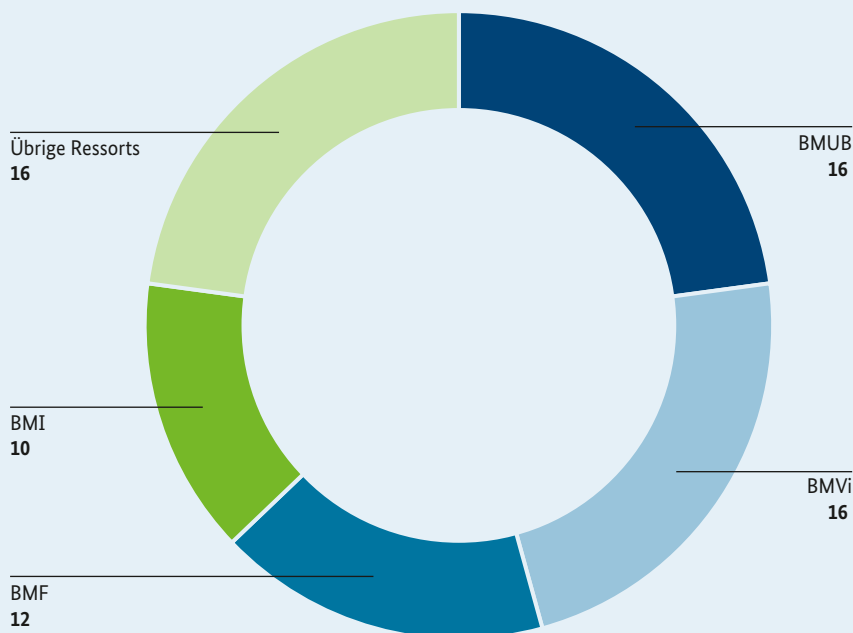
Von den 70 Verfahren betreffen zehn die Nichtumsetzung von EU-Richtlinien. Diese Verfahren sind besonders sensibel, da die Europäische Kommission – wie oben dargestellt – bereits bei der erstmaligen Anrufung des EuGH finanzielle Sanktionen beantragen kann. Bei drei dieser Verfahren hat die Bundesregierung die Umsetzung der EU-Richtlinien allerdings kürzlich gegenüber der Europäischen Kommission anzeigen können, so dass mit einer Einstellung der Verfahren gerechnet wird.

**Abbildung 1: Laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland**  
(Bestand jeweils zum Jahresende)



Quelle: Jahresbericht der Europäischen Kommission zur Anwendung des Unionsrechts 2013 und eigene Zahlen

**Abbildung 2: Laufende Vertragsverletzungsverfahren im Vergleich nach Ressortzuständigkeit**  
(Stand: Ende 2014)



Quelle: BMWi (eigene Zahlen)

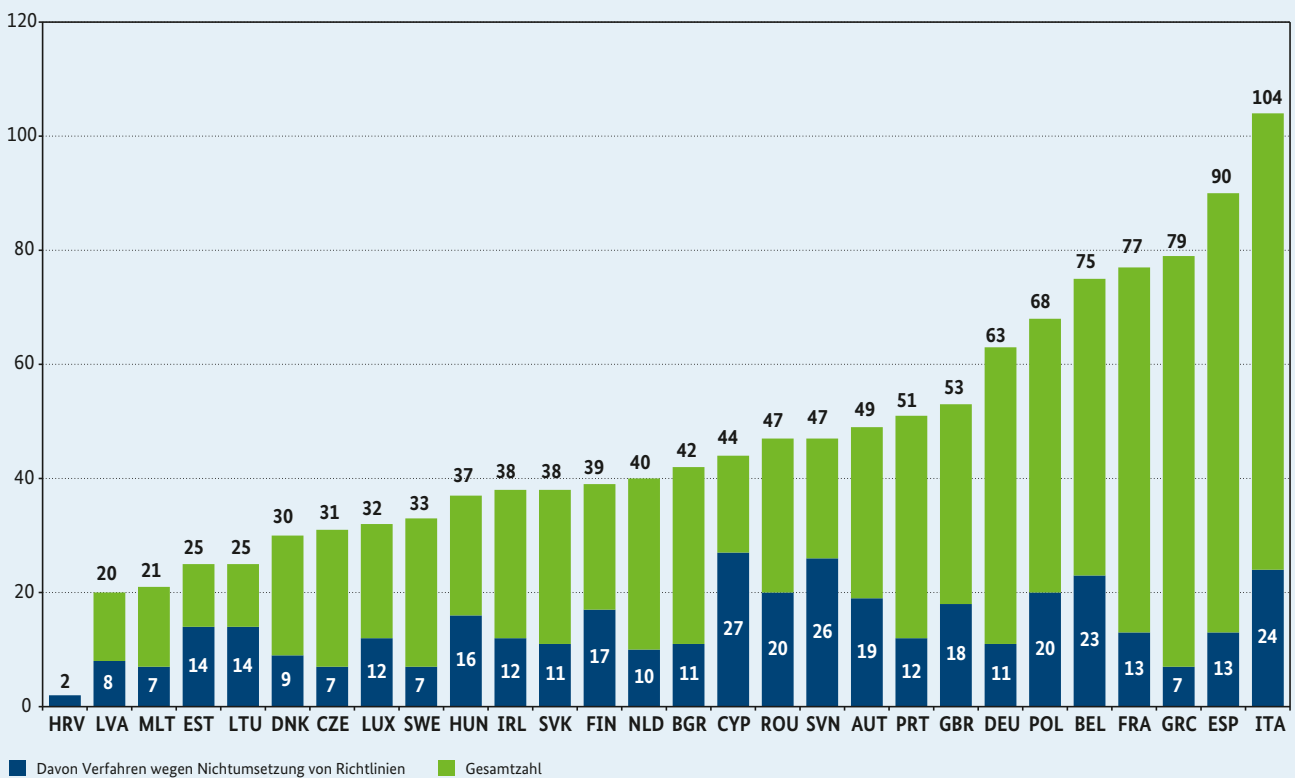


**Deutschland schneidet im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten gut ab**

Ein Vergleich Deutschlands mit anderen Mitgliedstaaten in Bezug auf den Stand der Vertragsverletzungsverfahren ist auf Grundlage des jährlichen Berichts der Europäischen Kommission zur Anwendung des Unionsrechts möglich. Dieser Bericht ist zuletzt für das Jahr 2013 erschienen. Für Deutschland ergibt sich auf den ersten Blick ein weniger günstiges Bild, denn Deutschland ist im oberen Drittel der gerügten Mitgliedstaaten zu finden:

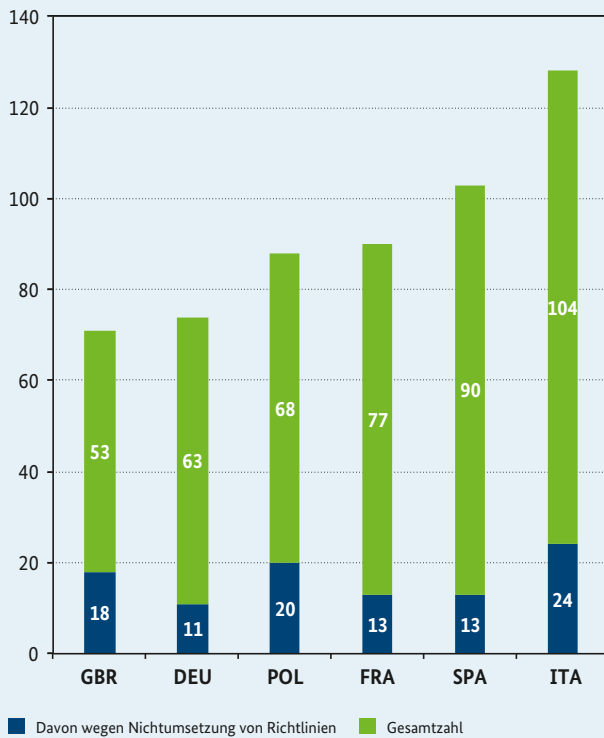
Dieser Vergleich ist allerdings noch nicht sehr aussagekräftig, denn die Gegebenheiten in großen und kleinen Mitgliedstaaten sind nur begrenzt vergleichbar. Schon aufgrund ihrer größeren Einwohnerzahl wird Europarecht in größeren Mitgliedstaaten häufiger angewendet als in kleineren. Damit steigt tendenziell auch die Fehleranfälligkeit. Eine weniger gute Platzierung ist daher wahrscheinlich. Sinnvoller erscheint daher, die Mitgliedstaaten nach Größenklassen zu gruppieren, und den Vergleich innerhalb dieser Klassen zu ziehen. Bei diesem Vergleich hat in der Gruppe der großen EU-Mitgliedstaaten nur Großbritannien weniger laufende Vertragsverletzungsverfahren als Deutschland.

**Abbildung 3: Laufende Vertragsverletzungsverfahren im Vergleich**  
(Stand: 31.12.2013)



Quelle: Jahresbericht der Europäischen Kommission zur Anwendung des Unionsrechts 2013

**Abbildung 3: Laufende Vertragsverletzungsverfahren im Vergleich**  
(Stand: 31.12.2013)



Dieses Ergebnis ist besonders erfreulich, weil Deutschland bei Vertragsverletzungen mit den besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die sich aus seiner föderalen Struktur ergeben. Diese erfordern ein reibungsloses Zusammenspiel der verschiedenen staatlichen Ebenen, was die Umsetzung und Anwendung von Europarecht in einer ganzen Reihe von Fällen erschwert. Zentralistisch ausgerichtete Staaten, wie zum Beispiel Frankreich, haben hier deutlich geringere Probleme.

Betrachtet man nur die Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung von EU-Richtlinien, belegt Deutschland den ersten Platz in der Vergleichsgruppe der großen Mitgliedstaaten. Diese gute Platzierung dürfte auf das oben beschriebene effektive EU-Richtlinien-Monitoring zurückzuführen sein.

## Deutschland ist auch für künftige Vertragsverletzungsverfahren gut aufgestellt

Die Europäische Kommission ahndet über Vertragsverletzungsverfahren mögliche Verstöße gegen das Europarecht. Die Bundesregierung verfügt über etablierte und wirksame Mechanismen im Umgang mit den Verfahren. Im Ergebnis ist es der Bundesregierung in den Jahren 2013 und 2014 gelungen, die Zahl der laufenden Vertragsverletzungsverfahren gering zu halten und für Deutschland finanzielle Sanktionen wegen Vertragsverletzungen zu vermeiden.

Ziel kann es aber nicht sein, Vertragsverletzungs- oder EU-Pilotverfahren vollständig aus dem Weg zu gehen. Denn allein die Tatsache, dass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleitet, lässt noch lange nicht den Schluss zu, dass dieser Vorwurf auch wirklich begründet ist. Das Europarechtsreferat des BMWi nimmt daher in jedem Einzelfall eine eigenständige rechtliche Würdigung vor, um die Chancen realistisch einschätzen zu können. Auf dieser Basis kann der Rechtsansicht der Europäischen Kommission entgegengetreten werden. In einer erheblichen Zahl von Fällen gelingt es auch, die Rechtsauffassung der Bundesregierung vor dem EuGH durchzusetzen.

Europarechts- und Prozessführungsreferat des BMWi werden auch weiterhin eng mit den fachlich betroffenen Stellen auf Bundes- und Landesebene zusammenarbeiten,

- ▶ um möglichst schon im Vorfeld Europarechtsverstöße zu erkennen und zu vermeiden,
- ▶ aussichtslose Verfahren bereits in einem möglichst frühen Stadium zu bereinigen und
- ▶ begründete Rechtspositionen so gut wie möglich durchzusetzen.

Kontakt: Dr. Nina Wunderlich und Matthias Möller  
Referat: Recht der EU

# Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern

## Ökodesign- und EU-Energielabel-Richtlinie sorgen für neues Angebot

**Anbieter und Verbraucher stellen sich um: Die Zahl effizienter Staubsauger in den Geschäften und Onlineshops steigt sprunghaft an, seitdem am 1. September 2014 Ökodesign- und EU-Energielabel-Anforderungen griffen.**



### Marktanteil energiesparender Staubsauger steigt

Die Begrenzung der elektrischen Leistung von Staubsaugern durch die europäische Ökodesign-Richtlinie und die Einführung des EU-Energielabels zum 1. September 2014 zeigt Wirkung: Eine Marktanalyse der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena)<sup>1</sup> kommt zu dem Ergebnis, dass bereits nach wenigen Monaten ein spürbarer Zuwachs der am Markt angebotenen energieeffizienten Geräte zu beobachten ist. Dies wird vor allem bei den energiesparenden Geräten unter 1.200 Watt Leistung deutlich, die zum 1. September 2014 auf den Markt gekommen sind. Während ihr Marktanteil im August 2014 noch unter fünf Prozent lag, wiesen sie im Oktober 2014 bereits einen Anteil von einem Viertel am gesamten Absatz von Staubsaugern auf. Die auf dem deutschen Markt vertretenen Hersteller von Staubsaugern bieten bereits heute verstärkt Staubsauger an, die weniger Energie verbrauchen als die zweite Ökodesignstufe vorschreibt (ab 2017 max. 900 Watt). In der Klasse unter 800 Watt verzehnfachte sich die monatlich verkaufte Stückzahl im Zeitraum Mai bis Oktober 2014.

### Unternehmen reagieren mit Innovationen auf Ökodesign und EU-Energielabel-Anforderungen

Zum einen hat die EU-Regulierung bei den Herstellern zu Produktinnovationen geführt. Diese sind vielfältig: Ein Teil der höheren Energieeffizienz wird zum Beispiel durch effizientere Elektromotoren und verbesserte Ventilatoren erreicht. Aber auch in der gesamten Luftführung wurden von allen Herstellern deutliche Optimierungen vorgenommen. So wurde z. B. der Saugkanal in der Düse breiter und tiefer gestaltet und darauf geachtet, dass während des Saugprozesses an der Düse ein Vakuum entsteht. Der Staubbeutel wurde luftdurchlässiger gestaltet und hinsichtlich der Lagerung optimiert. Auch die Luftdichtheit der Geräte wurde verbessert, wodurch die Saugleistung stärker fokussiert wird. Schließlich haben die meisten Hersteller optimierte Filter eingesetzt, die auch bei hoher Staubrückhaltung noch luftdurchlässig bleiben, um den Widerstand gering zu halten.

1 [http://www.dena.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Stromnutzung/Dokumente/150113\\_Marktanalyse\\_Staubsauger.pdf](http://www.dena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Stromnutzung/Dokumente/150113_Marktanalyse_Staubsauger.pdf)

## Verbraucher können Produkteigenschaften vergleichen

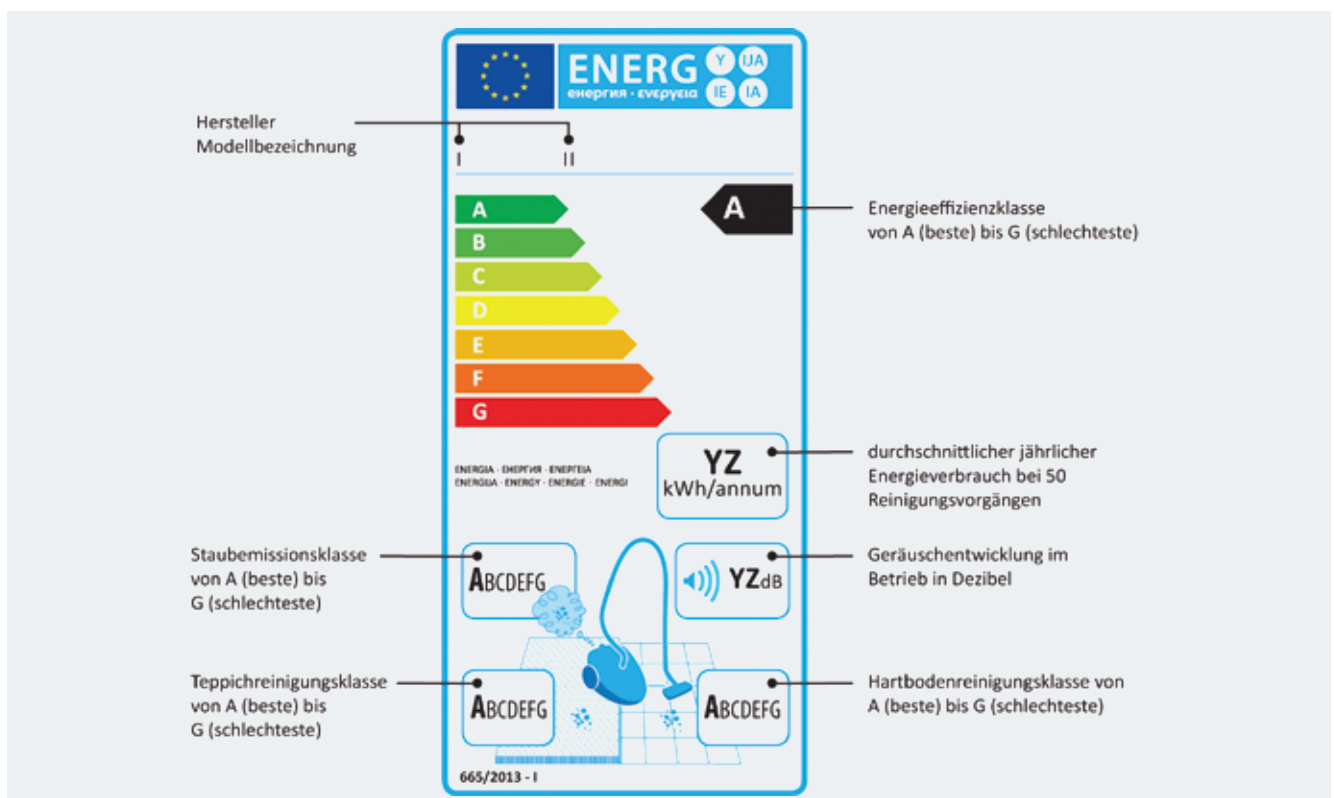
Zum anderen hat die Regulierung aber auch für die Verbraucher mehr Transparenz in Bezug auf die Produkteigenschaften geschaffen: Energieeffizienz, Reinigungswirkung sowie Staub- und Geräuschemission werden auf dem EU-Energielabel für Verbraucher transparent gemacht, so dass Nachfrager die Produkte auf dieser Grundlage besser vergleichen und auswählen können. Bisher stand bei der Kaufentscheidung die Watt-Angabe, d.h. die Motorleistung, im Vordergrund, die zwar etwas über den Stromverbrauch, aber nur wenig über die Reinigungswirkung des Staubsaugers aussagt. Eine hohe Reinigungswirkung erfordert ein optimales Zusammenspiel von Motorleistung, Luftdichtheit des Geräts, Saugrohr und Düsenkonstruktion und ist auch mit wesentlich geringerem Stromverbrauch erreichbar. Die vor der Regulierung geäußerten Bedenken, dass die Saugleistung der Staubsauger durch die Ausrichtung auf Energieeffizienz stark beeinträchtigt werden könnte, konnten in Studien der Stiftung Warentest relativiert werden. Danach erreichte ein Staubsauger mit 870 Watt Motorleistung die Saugleistung „gut“. Damit erfüllt er bereits heute die erst ab 2017 geltende Ökodesign-Anforderung von max. 900 Watt Motorleistung.

## Wettkampf um immer höhere Wattzahlen wird gestoppt

Mit den EU-Verordnungen wird der Wettkampf um immer höhere Wattzahlen bei der Motorleistung von Staubsaugern gestoppt. Die Wettbewerbsbedingungen für die Hersteller werden dadurch auf Produkteigenschaften wie Energieverbrauch, Staubemission, Geräuschpegel und Reinigungswirkung ausgerichtet. Für die Verbraucher wurde mit der entsprechenden Kennzeichnung mehr Transparenz geschaffen. Das Beispiel der Ökodesign- und EU-Energielabel-Richtlinie für Staubsauger zeigt damit, wie Regulierung innerhalb kurzer Zeit zu einem Umdenken bei Herstellern und Verbrauchern in Richtung höherer Energieeffizienz führen kann.

Kontakt: Thomas Hinsch

Referat: Produktbezogene Energieeffizienz, Stromeffizienz







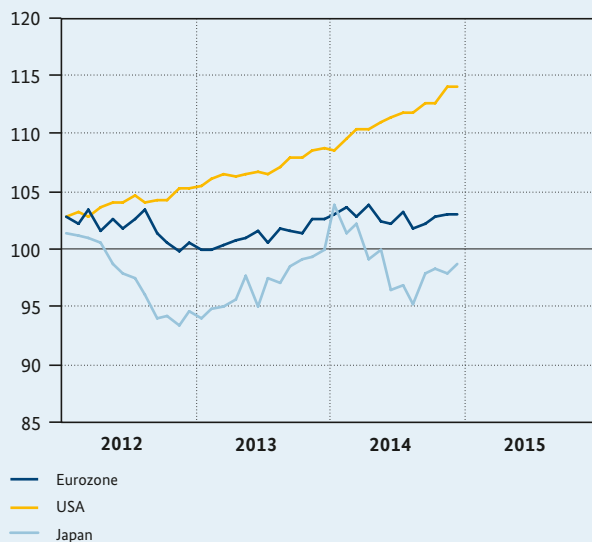
## II. Wirtschaftliche Lage

# Internationale Wirtschaftsentwicklung

## Weltwirtschaft: Nimmt etwas Fahrt auf.

Die Weltwirtschaft hat nach dem verlangsamten Wachstum im Sommerhalbjahr zum Jahresende 2014 wieder etwas mehr Fahrt aufgenommen.<sup>1</sup> Hierauf deuten die Daten zur Weltindustrieproduktion hin, die bis November 2014 vorlagen. Die Impulse kommen vor allem aus den Industriestaaten. Zur schwächeren Entwicklung im Sommerhalbjahr hatten insbesondere die Volkswirtschaften Japans und der Eurozone beigetragen, die sich zum Jahresende hin wieder etwas belebten. Die Schwellenländer insgesamt, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich behielten demgegenüber ihr Wachstumstempo bei. Allerdings entwickeln sich die Schwellenländer sehr heterogen. In Asien einschließlich China schwächt sich die hohe Dynamik etwas ab. In anderen Regionen, wie z. B. in Lateinamerika oder in den Schwellenländern Osteuropas nahm die Industrieproduktion wieder etwas stärker zu. Der zuvor schwache Welthandel hat sich bereits seit Mitte 2014 spürbar belebt.

**Industrieproduktion International**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Die globale Wirtschaft dürfte weiterhin nur moderat wachsen. Angesichts der vielerorts vorherrschenden strukturellen Probleme wird ihre Dynamik geringer bleiben als in früheren Aufschwüngen. Sie erhält allerdings begrenzte zusätzliche Impulse vom Rückgang der Ölpreise. Den stimulierenden Effekten in den Verbraucherländern stehen dabei dämpfende Effekte in den Produzentenländern gegenüber. Die umfragebasierten Indikatoren gaben zuletzt leicht positive Signale. Dabei bleiben die Abwärtsrisiken hoch. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet laut Prognose-Update vom Januar nur mit einer leichten Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft von +3,3% im Jahr 2014 auf +3,5% im Jahr 2015 und +3,7% im Jahr 2016.

## USA: Im kräftigen Aufschwung.

Die US-Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Im Jahr 2014 erhöhte sich ihr Bruttoinlandsprodukt trotz des witterungsbedingt ungünstigen Jahresbeginns um 2,4%. Im Jahresschlussquartal 2014 nahm das BIP um annualisiert 2,6% zu, nach annualisiert +5,0% im dritten Quartal. Die größten Wachstumsbeiträge kamen zuletzt von den privaten Konsumausgaben und den privaten Investitionen. Die staatlichen Ausgaben und der Außenbeitrag dämpften das Wachstum. Der private Konsum wird durch die Entwicklung des Arbeitsmarkts gestützt. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im Januar weiter kräftig um 257.000. Das Verbrauchervertrauen bewegt sich nahe seinem Höchststand vor der Finanzkrise. Die Industrieproduktion befindet sich im Aufwärtstrend, auch wenn sie im Dezember leicht um 0,1% abnahm. Das ISM-Geschäftsklima in der Industrie schwächte sich allerdings im Januar den dritten Monat in Folge etwas ab. Der Ölpreistrückgang dürfte der Binnennachfrage trotz der Reduzierung von Produktion und Investitionen in der Ölindustrie per saldo zusätzliche Impulse verleihen. Der IWF erwartet für 2015 ein Wachstum des BIP von 3,6% und für 2016 von 3,3%.

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Februar 2015 vorlagen.

## Internationale Wirtschaftsentwicklung

### Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4
Euroraum	0,2	0,3	0,1	0,2	0,3
USA	0,9	-0,5	1,1	1,2	0,7
Japan	-0,4	1,3	-1,7	-0,6	0,6

### Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Euroraum	11,5	11,5	11,5	11,4	-
USA	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7
Japan	3,6	3,5	3,5	3,4	-

### Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

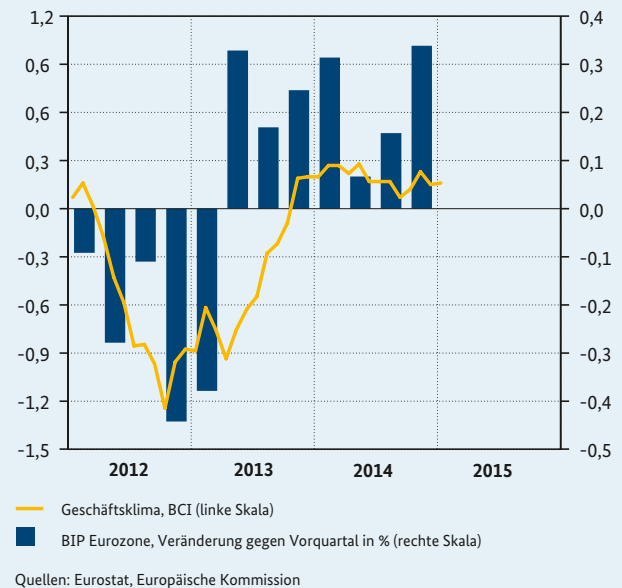
	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Euroraum	0,3	0,4	0,3	-0,2	-0,6
USA	1,7	1,7	1,3	0,8	-
Japan	3,3	2,9	2,4	2,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

## Japan: Nur leichte Erholung.

Die japanische Wirtschaft stagnierte im Gesamtjahr 2014. Ihre Erholung schreitet nur zögerlich voran. Im Jahresabschlussquartal 2014 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 0,6% zu. Die Abschwächung in den beiden Sommerquartalen durch die Anhebung der Verbrauchsteuer im April ist noch nicht kompensiert. Die Zentralbank weitete ab November ihre quantitative Lockerung aus und die Regierung, die in den vorgezogenen Neuwahlen im Dezember bestätigt wurde, brachte weitere stimulierende Maßnahmen auf den Weg. Die Unternehmen erwarten laut TANKAN-Bericht eine weitere Erholung der industriellen Dynamik im Winterhalbjahr. Auch der Geschäftsklimaindex des Cabinet Office hellte sich im Dezember etwas auf. Die Industrieproduktion setzte im Dezember ihre Erholung fort. Die Exportdynamik hat sich seit Mitte des Jahres im Zuge der Abwertung des Yen spürbar erhöht. Die Beschäftigungsentwicklung ist tendenziell aufwärtsgerichtet. Die Reallöhne sind allerdings weiter rückläufig. Insgesamt spricht die Mehrheit der Indikatoren für eine Fortsetzung der Erholung. In den folgenden Monaten dürfte die konjunkturelle Grunddynamik aber gering bleiben. Der IWF rechnet laut seiner Projektion vom Januar für die Jahre 2015 und 2016 mit einem BIP-Wachstum von 0,6% bzw. 0,8%.

## Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



## Euroraum: Erholung schreitet voran.

Die Erholung im Euroraum ist einen Schritt vorangekommen. Im vierten Quartal 2014 nahm das BIP leicht beschleunigt um 0,3% zu, nach +0,1% im zweiten und +0,2% im dritten Quartal. Damit wurde im Jahr 2014 eine Jahreswachstumsrate von 0,9% erreicht. Die Konjunktur verläuft in den einzelnen Ländern weiterhin sehr unterschiedlich. Verhältnismäßig kräftige Impulse kamen zum Jahresende unter anderem aus Deutschland (+0,7%), Spanien (+0,7%), den Niederlanden (+0,5%) und Portugal (+0,5%). Italien (0,0%) und Frankreich (+0,1%) stagnierten dagegen weitgehend. Die finnische, die griechische und die zyprische Wirtschaft schrumpften leicht. Außerhalb des Euroraums setzte das Vereinigte Königreich seinen Aufschwung etwas verlangsamt fort (+0,5%). Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum verhalten und fragil. Die Industrieproduktion stagnierte im Dezember, hat aber ihren Tiefpunkt hinter sich gelassen. Der Business Climate Indicator für das Eurogebiet verbesserte sich im Januar geringfügig. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich im Dezember auf 11,4%. Die Jahresrate der Verbraucherpreise fiel im Januar aufgrund des Ölpreiserfalls auf -0,6%. Die Kerninflation liegt aber weiterhin im positiven Bereich. Insgesamt dürfte die Erholung im Euroraum im Verlauf des Jahres allmählich voranschreiten. Vor allem die niedrigen Ölpreise sorgen wie ein Konjunkturprogramm für Einkommenszuwächse. Der IWF erwartet ein BIP-Wachstum in 2015 von 1,2% und 2016 von 1,4%. Die EU-Kommission ist mit 1,3% und 1,9% etwas zuversichtlicher.

# Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

## 1. Gesamtwirtschaft

### Deutsche Wirtschaft hat ihre Schwächephase überwunden.

Deutschland hat seine konjunkturelle Schwächephase überwunden.<sup>2</sup> Nachdem die Wirtschaft im letzten Sommer mehr oder weniger stagnierte, nahm die Konjunktur im Jahresschlussquartal 2014 wieder überraschend kräftig Fahrt auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich um 0,7%<sup>3</sup> gegenüber dem Vorquartal.<sup>4</sup> Im Gesamtjahr 2014 nahm das BIP um 1,6% zu. Zum Jahresende kamen die Nachfrageimpulse hauptsächlich aus dem Inland. Vor allem die privaten Konsumausgaben, aber auch die Investitionen in Ausrüstungen – erstmals nach zwei Quartalen – und in Bauten trugen zum Wachstum bei. Die im vierten Quartal überraschend positive Entwicklung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sowie das sich deutlich aufhellende Geschäftsklima in der Wirtschaft signalisieren, dass die Schwächephase auch nachhaltig überwunden ist. Der schwächere Eurokurs und der äußerst niedrige Ölpreis dürften ihren Beitrag dazu geleistet haben. Zudem entwickelt sich der Arbeitsmarkt weiter positiv. Hohe Beschäftigung, steigende Realeinkommen und niedrige Zinsen

ermöglichen eine hohe Konsumnachfrage. Insgesamt rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr daher mit einem soliden Wachstum von 1,5%, das hauptsächlich durch die Binnennachfrage getrieben wird. Gleichwohl bleiben mit Blick auf die Ukraine, auf die politische Entwicklung in Griechenland, aber auch auf die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte, konjunkturelle Risiken bestehen.

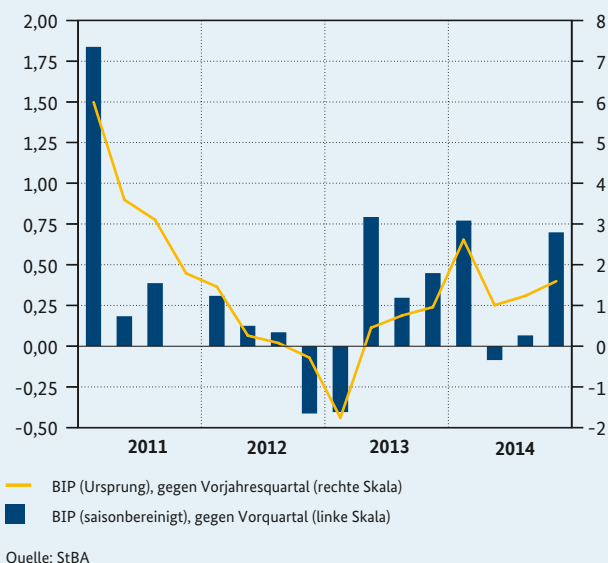
## 2. Produzierendes Gewerbe

### Industriekonjunktur zieht an.

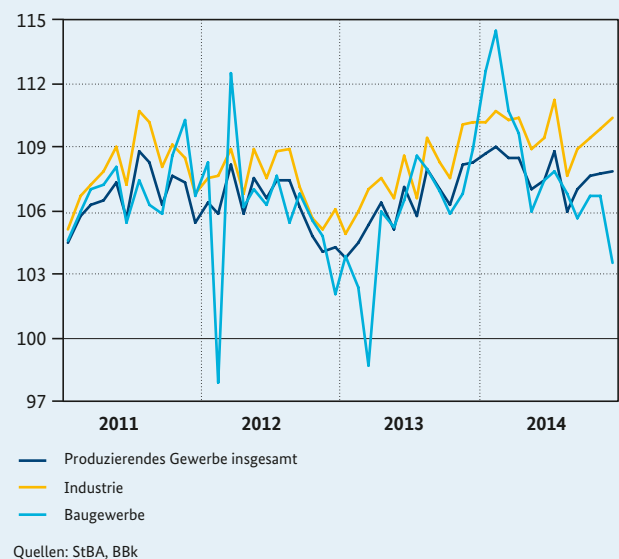
### Entwicklung im Bausektor bleibt verhalten.

Die Belegung im Produzierenden Gewerbe scheint sich zu festigen. Im Dezember stieg die Erzeugung leicht um 0,1% und damit bereits den vierten Monat in Folge. Im gesamten vierten Quartal fiel die Produktion 0,5% höher aus als im Herbst. Gleichzeitig signalisieren die Auftragseingänge und die Stimmungsindikatoren eine zunehmende Dynamik für die kommenden Monate.

**Bruttoinlandsprodukt**  
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



**Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



- 2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Februar 2015 vorlagen.
- 3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.
- 4 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2014 vom 13. Februar 2015.

Wichtige Triebfeder für die Belebung ist die anziehende Industriekonjunktur. Die Industrie hatte im letzten Sommer zwar einen spürbaren Dämpfer erhalten, konnte sich in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld aber letztlich behaupten. Im Dezember stieg die Industrieproduktion mit +0,5% wiederholt recht kräftig und erreichte wieder ihr Produktionsniveau des ersten Quartals 2014. Auch für das gesamte vierte Quartal ergab sich ein merklicher Anstieg um 0,5%.

## Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

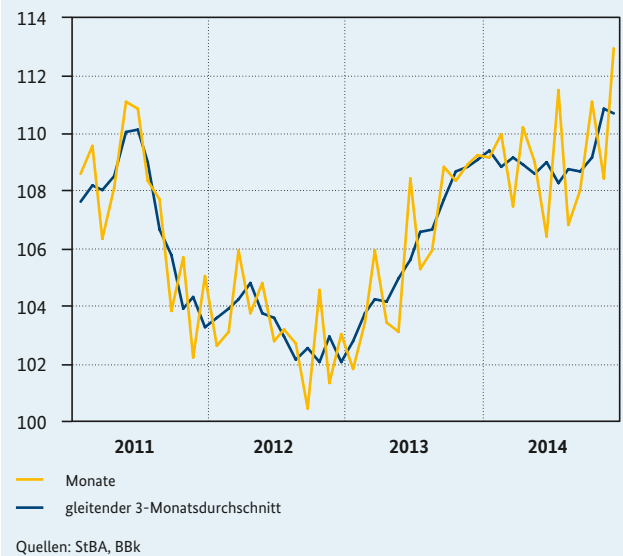
	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Produktion</b>					
Insgesamt	-0,3	0,5	0,5	0,4	0,5
Vorleistungsgüter	-0,8	0,9	0,6	0,2	2,0
Investitionsgüter	0,2	0,1	0,0	0,5	-1,2
Konsumgüter	-0,5	0,9	1,1	0,5	1,4
<b>Umsätze</b>					
Insgesamt	0,1	0,7	1,1	-0,3	0,6
Inland	-0,9	0,4	0,5	-0,1	1,5
Ausland	1,1	1,2	1,7	-0,4	-0,2
<b>Auftragseingänge</b>					
Insgesamt	0,3	1,8	2,9	-2,4	4,2
Inland	-2,0	1,7	5,9	-4,5	3,4
Ausland	1,9	2,0	0,6	-0,9	4,8
Vorleistungsgüter	-1,1	1,9	2,4	-2,4	2,8
Investitionsgüter	1,2	1,9	3,4	-2,9	5,7
Konsumgüter	-1,7	1,3	-0,2	1,9	-0,6

Quellen: StBA, BBk

Insbesondere die Vorleistungs- und Konsumgüterproduzenten konnten ihre Produktion im vierten Quartal spürbar ausweiten. Die Investitionsgüterproduktion ging im Dezember zwar um 1,2% zurück; im gesamten Quartal nahm sie aber ebenfalls leicht um 0,1% zu und verzeichnete damit den zweiten Quartalsanstieg in Folge.

Die Industrieumsätze haben sich ebenfalls erholt. Im Dezember stiegen die Umsätze kräftig um 0,6%. Für das vierte Quartal ergab sich damit ein Plus von 0,7%. Die positiven Impulse kamen wieder verstärkt aus dem Inland. Hier haben sich vor allem die Erlöse der Investitionsgüterproduzenten positiv entwickelt. Im vierten Quartal konnten diese um 0,9% zulegen. Auch das Auslandsgeschäft entwickelte sich weiterhin günstig. Insbesondere die Umsätze im Euro-Raum nahmen im letzten Quartal des Jahres um 2,1% zu.

## Auftragseingang in der Industrie (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

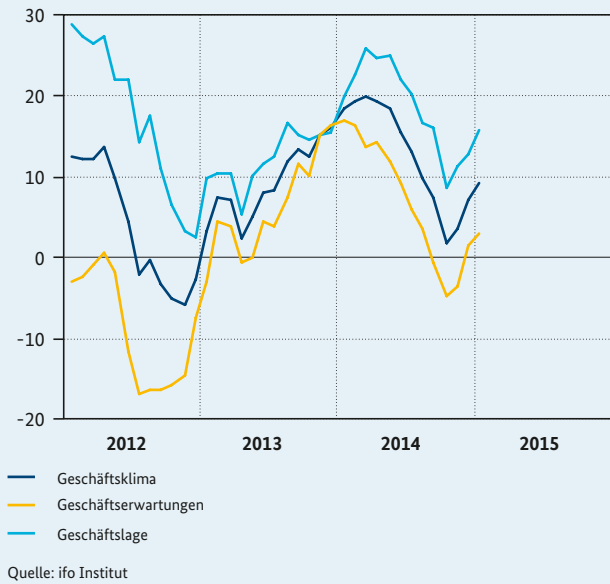


Zudem haben sich auch die Aussichten für die kommenden Monate verbessert. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Dezember überraschend kräftig um 4,2% gestiegen. Im vierten Quartal gingen damit 1,8% mehr Bestellungen ein als im Herbst. Von der zusätzlichen Nachfrage, die im Schlussquartal sowohl aus dem Inland als auch dem Ausland erfolgte, profitierten Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüterproduzenten gleichermaßen. Hervorzuheben sind dabei der Anstieg der inländischen Nachfrage nach Investitionsgütern um 3,0% und die dynamische Entwicklung der Bestellungen aus dem Euro-Raum um 4,6%.

Neben den Auftragseingängen lassen auch die Stimmungskennzeichen eine weitere Belebung der Industriekonjunktur erwarten. Das ifo Geschäftsklima des Verarbeitenden Gewerbes hat seine Durststrecke überwunden und stieg im Januar den dritten Monat in Folge. Sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen für die kommenden Monate hellten sich auf. Die ZEW-Konjunkturerwartungen legten im Januar wie in den Vormonaten ebenfalls kräftig zu. Die Einschätzung der Einkaufsmanager hat sich im Januar zwar etwas verschlechtert, hielt sich aber über seiner Wachstumsschwelle.



**ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe**  
(saisonbereinigt, Salden)



Die Baukonjunktur zeigt nach dem heftigen Rückprall im zweiten Quartal 2014 noch wenig Anzeichen einer Belebung. Im Dezember ging das Produktionsniveau um 2,9% und im gesamten vierten Quartal um 1,0% weiter zurück. Nach dem witterungsbedingten starken Einstieg in das Jahr 2014 war dies der dritte Quartalsrückgang in Folge. Er war allerdings ausschließlich auf die schwache Entwicklung im Ausbaugewerbe zurückzuführen, dessen Produktion im vierten Quartal um 3,5% schrumpfte. Dagegen nahm die Produktion im Bauhauptgewerbe (Hoch- und Tiefbau) um 1,1% zu.

**Baugewerbe**

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

**Produktion**

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	-0,8	-1,0	0,9	0,0	-2,9
Bauhauptgewerbe	-0,1	1,1	-0,1	0,7	0,7
Ausbaugewerbe	-1,6	-3,5	2,0	-0,6	-7,0

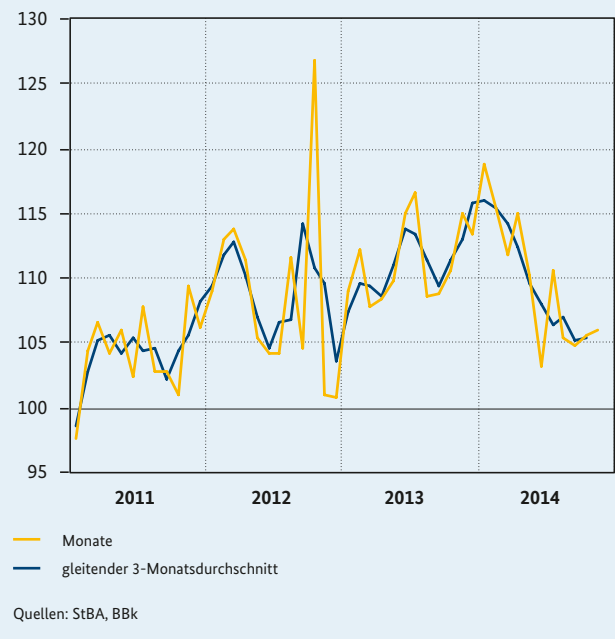
**Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe**

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Insgesamt	-5,1	-2,4	-0,7	0,8	0,5
Hochbau	-7,7	-1,7	3,7	4,8	-0,6
Wohnungsbau*	-3,5	-10,6	12,2	7,1	-2,8
Gewerblicher*	-12,7	7,2	1,3	2,9	1,5
Öffentlicher*	-0,1	-7,3	-9,7	5,5	-1,1
Tiefbau	-2,2	-3,1	-5,1	-3,9	1,7
Straßenbau*	-8,5	-4,4	0,0	-3,4	3,3
Gewerblicher*	-3,3	-4,7	-6,3	-1,1	3,5
Öffentlicher*	9,6	0,6	-9,8	-7,2	-2,5
Öffentlicher Bau insg.	-1,3	-3,1	-5,5	-3,4	0,4

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

**Auftragseingang im Bauhauptgewerbe**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich im gesamten Verlauf des Jahres 2014 schwach entwickelt. Der rückläufige Trend scheint aber mit den jüngsten Anstiegen im Oktober und November beendet. Dies betrifft vor allem die Aufträge von gewerblichen Auftraggebern, aber auch die öffentlichen Aufträge sind im November um 0,4% gestiegen. Die Bestellfähigkeit im Wohnungsbau hat sich trotz Rückgangs im November spürbar belebt. Die Baugenehmigungen von Wohngebäuden haben, gemessen am Rauminhalt, an Dynamik eingebüßt. Der Auftragsbestand blieb aber weiterhin hoch. Die Auftragsreichweite lag laut Umfragen des ifo Instituts mit 2,7 Monaten deutlich über dem langfristigen Durchschnitt.

Die Stimmung in der Baubranche hat sich im Laufe des Jahres etwas eingetrübt. Das ifo Geschäftsklima ist im Januar erneut leicht gesunken. Im historischen Vergleich bewegt sich der Index aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Dies zeigt, dass die Rahmenbedingungen für den Bau nach wie vor günstig sind. Das Zinsniveau ist äußerst niedrig und die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sind gut. Auch die Situation der öffentlichen Haushalte und die allgemeine konjunkturelle Erholung sprechen für eine Belebung im laufenden Jahr.

### 3. Privater Konsum

Die hohe Beschäftigung, steigende Einkommen und ein niedriges Zinsniveau stützen den privaten Konsum.

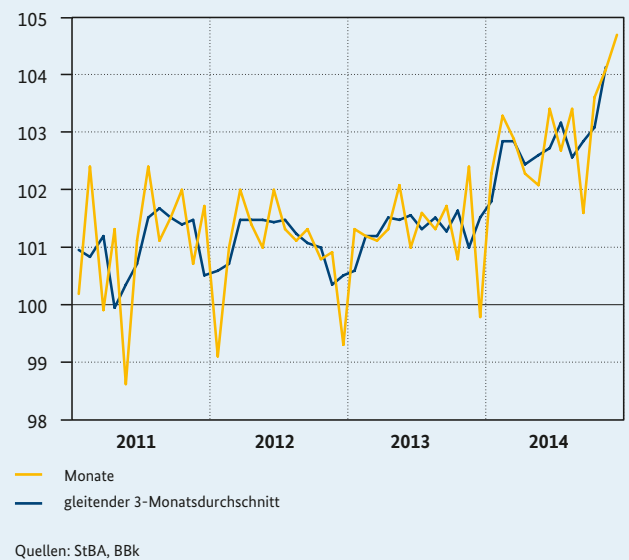
Das Konsumklima erreicht den höchsten Wert seit 13 Jahren.

Die privaten Konsumausgaben bleiben eine wichtige Stütze der Konjunktur. Sie nahmen im Jahresschlussquartal 2014 kräftig zu und lieferten im Gesamtjahr 2014 einen wie in den Vorjahren signifikanten Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten. Nicht zuletzt die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts hat im letzten Jahr einen Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,2% ermöglicht. Gleichzeitig entwickeln sich die Verbraucherpreise – auch aufgrund der rückläufigen Energiepreise – sehr moderat. Dies stärkt die Kaufkraft der Verbraucher und ermöglicht wichtige Impulse für den privaten Konsum. Für das Jahr 2015 rechnet die Bundesregierung mit einem beschleunigten Anstieg der privaten Konsumausgaben um real 1,6%.

Mit der Überwindung der konjunkturellen Schwächephase verbesserte sich auch die Lage im Einzelhandel. Nach zwei Rückgängen in Folge stiegen die Umsätze (ohne Kfz-Handel) im vierten Quartal wieder spürbar um 1,5%. Vor allem der Versand- und Internethandel legte mit einem Quartalswachstum von 6,1% kräftig zu. Die Umsätze im Kfz-Handel, der allerdings auch gewerbliche Verkäufe einschließt, sind im Dreimonatsvergleich (Stand: November) allerdings um 0,6% zurückgegangen. Die Zahl der Neuzulassungen durch private Halter entwickelte sich im vierten Quartal 2014 und im Januar ebenfalls schwach.

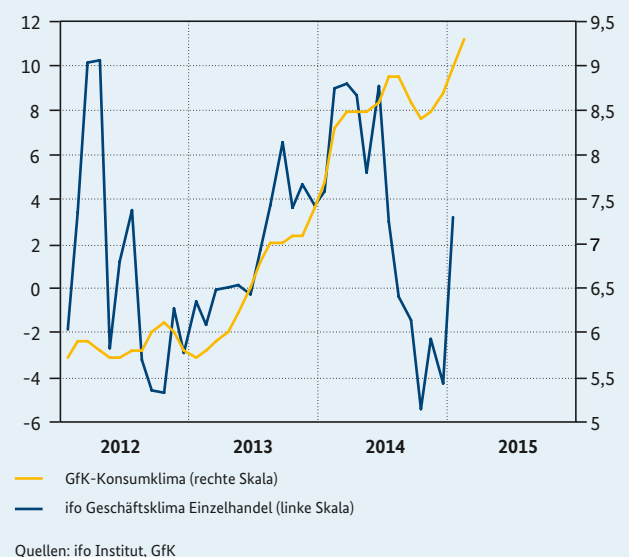
Dennoch hat sich die Stimmung im Einzelhandel insgesamt wieder aufgehellt. Das ifo Geschäftsklima ist im Januar kräftig um 7,5 Punkte gestiegen. Die Einschätzung

**Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



der aktuellen Geschäftslage hat sich erneut aufgehellt und der starke Rückgang der Erwartungen im Dezember konnte nahezu ausgeglichen werden. Das von der Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte Konsumklima kletterte im Februar auf seinen höchsten Wert seit 13 Jahren. Sowohl Einkommenserwartungen als auch die Anschaffungsneigung der Befragten legten auf ohnehin hohem Niveau nochmals zu. Auch die Konjunkturerwartungen der Verbraucher haben sich weiter verbessert.

**Klimaindikatoren für den privaten Konsum**  
(Salden)

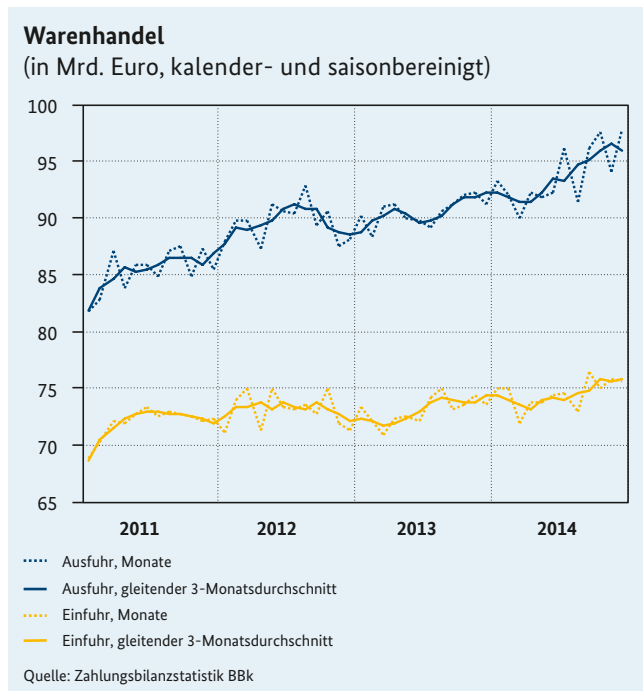


## 4. Außenwirtschaft

Die Aus- und Einfuhren haben im Jahresschlussquartal weiter spürbar zugenommen.

Die Perspektiven für den deutschen Außenhandel haben sich etwas aufgehellt.

Trotz des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds wurden im Gesamtjahr 2014 mit 1.134 Mrd. Euro mehr Waren von den deutschen Exporteuren ausgeführt als jemals zuvor. Die Zuwächse ergaben sich vor allem beim Handel mit EU-Ländern außerhalb der Eurozone. Zum guten Jahresergebnis trug auch die starke Ausfuhrentwicklung im Jahresschlussquartal bei. Bei einem Anstieg im Dezember um 3,5% erhöhten sich die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen im vierten Quartal weiter um 1,7%. Die Ausfuhrpreise nahmen im gleichen Zeitraum saisonbereinigt um 0,2% zu. Die Ausfuhren sind daher auch in realer Rechnung im Dreimonatsvergleich zum Jahresende spürbar gestiegen.



Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen im Dezember saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 0,2% ab. Im gesamten Jahresschlussquartal erhöhten

sie sich aber weiter um 1,6%. Vor allem wegen der fallenden Ölpreise gingen die Einfuhrpreise im Quartalsvergleich kräftig um 1,0% zurück. Der Anstieg der Einfuhren dürfte demnach in realer Rechnung noch etwas stärker ausgefallen sein.

Im Handel mit Waren und Dienstleistungen ergab sich im Dezember trotz der starken Einfuhren ein positiver Saldo von saisonbereinigt 18,0 Mrd. Euro, nach +14,0 Mrd. Euro im November. Die Leistungsbilanz, die zusätzlich die Salden der Primär- und Sekundäreinkommen enthält, schloss im Dezember mit einem saisonbereinigten Überschuss von 19,5 Mrd. Euro ab, nach +16,5 Mrd. Euro im November. Im Gesamtjahr 2014 ergab sich damit nach vorläufigen Angaben ein Leistungsbilanzüberschuss von 215,3 Mrd. Euro (Ursprungszahl). Das sind 7,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts und etwa 26 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr, wobei die niedrigere Ölrechnung maßgeblich zum Anstieg des Saldos beigetragen hat.

### Außenhandel\*

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)</b> Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>Ausfuhr</b>	2,4	1,7	1,4	-3,4	3,5
<b>Einfuhr</b>	1,3	1,6	-0,9	0,7	-0,2
<b>Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)</b> Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>Ausfuhr</b>	5,4	5,3	5,0	1,6	10,0
Eurozone	3,4	3,2	1,9	2,1	6,0
EU Nicht-Eurozone	11,6	11,1	7,8	10,4	16,2
Drittländer	4,1	4,4	6,3	-3,0	10,5
<b>Einfuhr</b>	2,1	2,1	0,8	1,9	4,0
Eurozone	2,6	1,4	-0,1	3,5	0,8
EU Nicht-Eurozone	6,4	4,9	3,9	3,4	8,0
Drittländer	-0,9	1,4	0,0	-1,0	6,0

Quellen: StBA, BBk

\* Angaben in jeweiligen Preisen

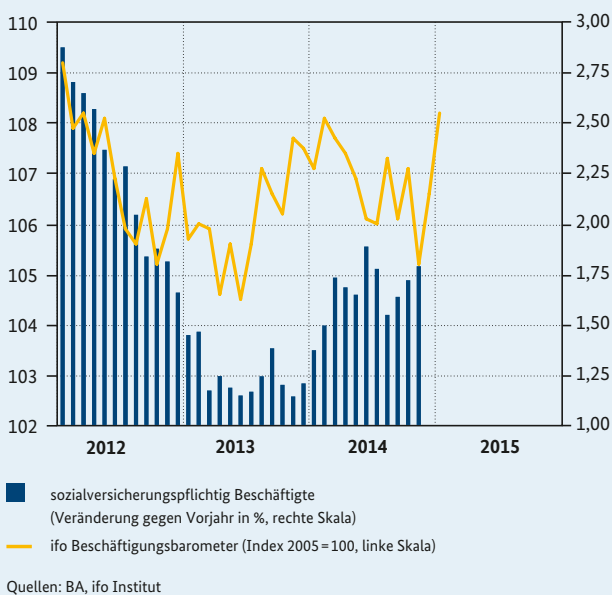
Die Auslandsumsätze der Industrie sind im vierten Quartal 2014 um 1,2% und die Bestellungen aus dem Ausland um 2,0% gestiegen. Auch die Exporterwartungen der Unternehmen haben sich nach der deutlichen Erholung im vierten Quartal 2014 im Januar weiter deutlich aufgehellt. Zu diesen positiven Entwicklungen dürfte auch die Euroabwertung beigetragen haben. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte sich im Januar 2015 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 4%.

## 5. Arbeitsmarkt

Die positiven Trends am Arbeitsmarkt setzen sich zur Jahreswende fort: Die Beschäftigung nimmt weiter zu; die Arbeitslosigkeit ist – saisonbereinigt – weiter rückläufig.

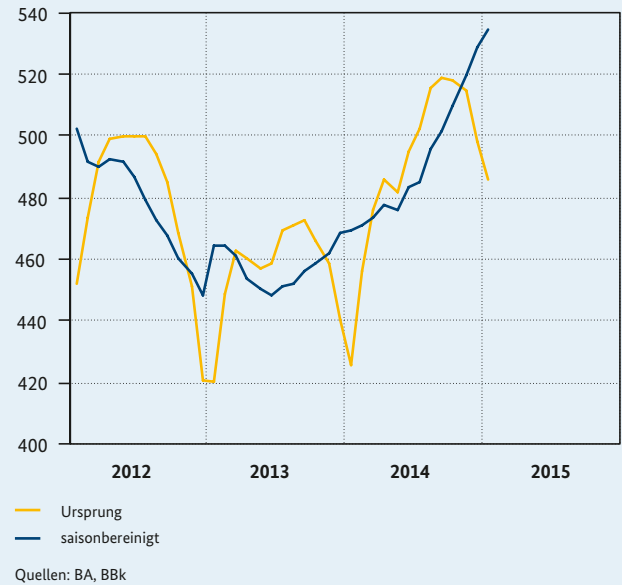
Der Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr positiv entwickelt und erneut einen Beschäftigungsrekord verzeichnet. Die positive Tendenz setzt sich auch zum Jahreswechsel fort und wird durch die wieder anziehende Konjunktur gestützt. Saisonbereinigt nahm die Beschäftigung weiter zu und die Arbeitslosigkeit ging im Januar weiter zurück. Das Inkrafttreten des gesetzlichen Mindestlohns hatte bisher keine erkennbaren Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit insgesamt. Die Zahl der offenen Stellen stieg im Januar erneut an. Für die nächsten Monate dürfte sich der Arbeitsmarkt weiterhin moderat positiv entwickeln.

### ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Die Frühindikatoren haben sich im Januar weiter aufgehellt. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg kräftig auf das höchste Niveau seit Anfang 2012 und der vierte Anstieg des Arbeitsmarktbarometers des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt an, dass die Arbeitsagenturen mit einem weiteren Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit rechnen.

### Gemeldete Arbeitsstellen (in 1000)



Die Zahl der offenen Stellen entwickelt sich weiter positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im Januar saisonbereinigt um weitere 6.000. Die Gesamtzahl von 485.000 gemeldeten Stellen bedeutet einen Zuwachs um 60.000 gegenüber dem Stand vor einem Jahr. Der BA-X Stellenindex erhöhte sich daher um 2 auf 183 Punkte.

### Arbeitsmarkt

#### Arbeitslose (SGB III)

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,860	2,738	2,717	2,764	3,032
gg. Vorjahr in 1.000	-43	-89	-89	-110	-104
gg. Vorperiode in 1.000*	2	-36	-16	-25	-8
Arbeitslosenquote	6,6	6,3	6,3	6,4	7,0

#### Erwerbstätige (Inland)

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio.	42,9	43,0	43,1	43,1	42,9
gg. Vorjahr in 1.000	376	412	420	411	404
gg. Vorperiode in 1.000*	78	84	45	13	22

#### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio.	30,1	30,4	30,7	30,7	30,7
gg. Vorjahr in 1.000	302	242	494	519	539
gg. Vorperiode in 1.000*	136	103	64	43	45

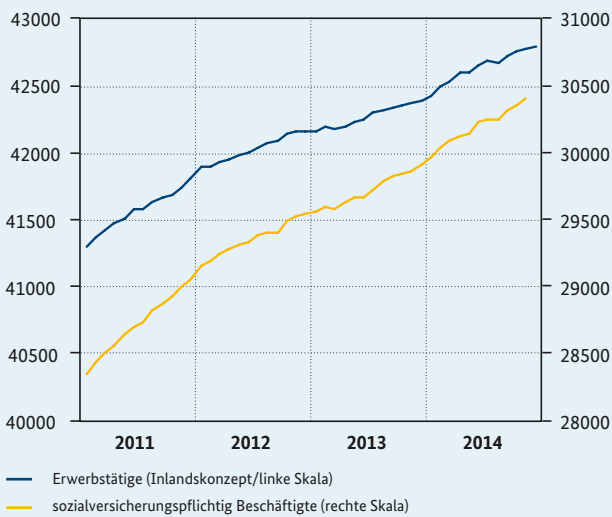
Quellen: BA, StBA, BBk

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben



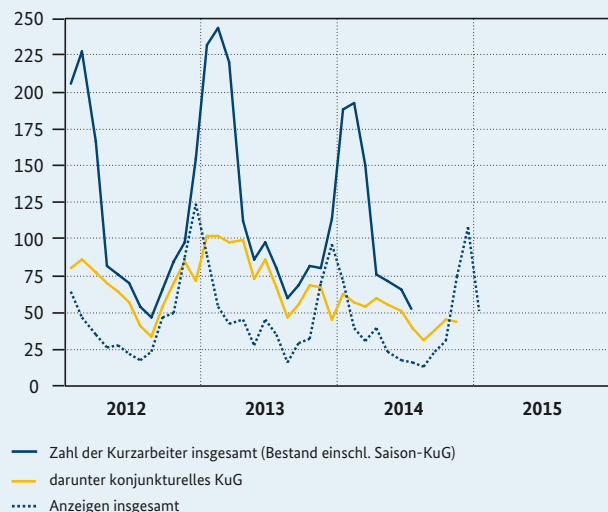
Die Erwerbstätigkeit im Inland setzte saisonbereinigt ihren Aufwärtstrend fort und erhöhte sich im Dezember um 22.000 Personen, nach einem Anstieg um 13.000 im Vormonat. Aus jahreszeitlichen Gründen ging sie in nicht bereinigter Rechnung auf 42,9 Mio. Personen zurück. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 404.000 Erwerbstätige bzw. um 1,0%.

### Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

### Kurzarbeit und Anzeigen (in 1000)

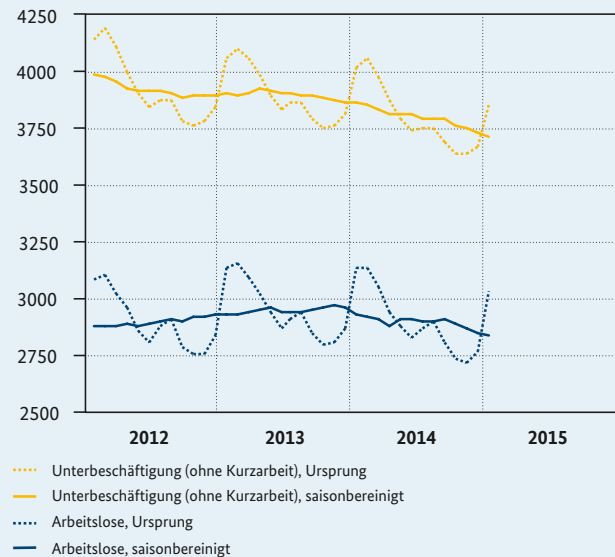


Quelle: BA

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit wird weiterhin durch den Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Im November – neuere Daten liegen nicht vor – ist diese saisonbereinigt um weitere 45.000 angestiegen. Insgesamt gingen 30,7 Mio. Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, 539.000 mehr als vor einem Jahr.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit spielt nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle.

### Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)

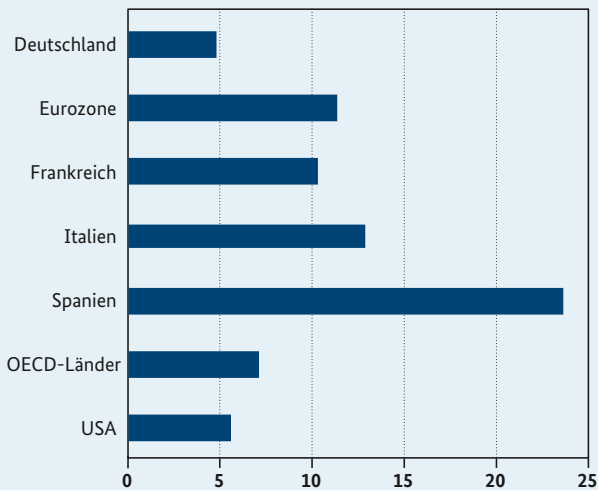


Quellen: BA, IAB, BBk

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im Januar saisonbereinigt weiter um 9.000 Personen zurückgegangen. Ausschließlich jahreszeitlich bedingt stieg sie allerdings wieder über die 3-Millionen-Grenze auf 3,032 Mio. Personen (Ursprungszahl). Der Vorjahresstand wurde um 104.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote stieg auf 7,0%. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug 1,07 Mio. Personen, 33.000 weniger als vor einem Jahr.

### Internationale Arbeitslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Dezember 2014)



Quelle: Eurostat

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote sank im Dezember weiter leicht auf 4,8 %. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im Januar bei 3,86 Mio. Personen (ohne Kurzarbeit). Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 15.000 ab. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 157.000 Personen zurück.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung entwickeln sich in der Tendenz weiterhin weniger günstig als die Beschäftigung. Hierzu trägt bei, dass die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung gegenwärtig durch Zuwanderung und eine steigende Erwerbsneigung überkompensiert werden. Das IAB geht in seiner Prognose vom September 2014 von einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2015 um 118.000 auf 45,9 Mio. Personen aus. Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen weniger oft den Anforderungen der Unternehmen.

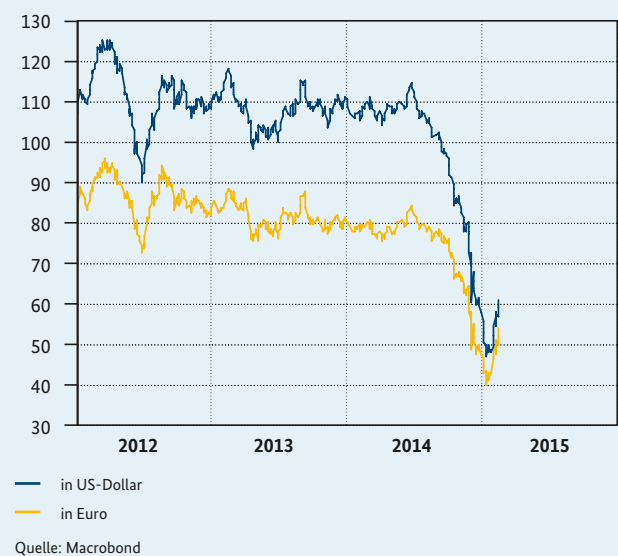
## 6. Preise

Rohölpreis stabilisiert sich.

Die Verbraucherpreise sanken zum Jahresbeginn 2015 erstmals seit über fünf Jahren unter Vorjahresniveau.

Die rückläufige Preisentwicklung in Deutschland setzte sich zum Jahresanfang unter dem Einfluss der fallenden Rohölnotierungen verstärkt fort. Nachdem der Rohölpreis Mitte Januar auf ein Sechsjahrestief gefallen war, erholte er sich bis Mitte Februar aber zunehmend. Mitte Februar stand der Ölpreis der Sorte Brent bei ca. 60 US-Dollar je Barrel und damit rund 15 US-Dollar höher als vor einem Monat. Gegenüber dem Vorjahr verlor er allerdings deutlich an Wert (-45 %). Ursächlich hierfür ist in erster Linie das anhaltende Überangebot am Rohölmarkt.

### Rohölpreis der Sorte Brent (je Barrel)

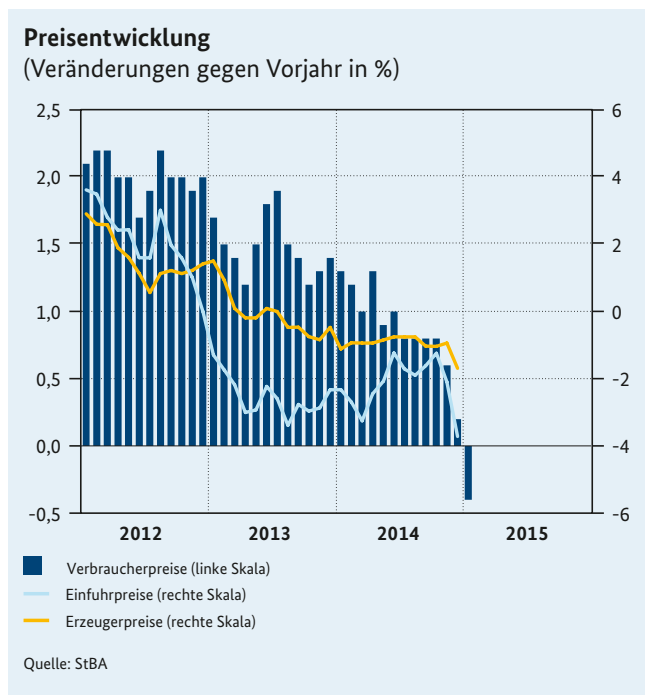


Quelle: Macrobond

Die Einfuhrpreise fielen im Jahresdurchschnitt 2014 um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei beeinflusste insbesondere der mit dem fallenden Rohölpreis verbundene Rückgang der Energiepreise (-10,0 % gegenüber 2013) die Preisniveauentwicklung. In der Monatsbetrachtung setzte sich zum Jahresende 2014 der Abwärtstrend beschleunigt fort. Von November auf Dezember verringerten sich die Preise für Importprodukte nochmals um 1,7 %. Die Jahresrate sank spürbar auf -3,7 %. Dies ging vor allem auf die Verbilli-

gung von Rohöl (-35,6%), Mineralölerzeugnissen (-29,2%) und Erdgas (-10,7%) zurück. Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente stiegen die Importpreise um ca. 0,6%.

Die Ausführpreise reduzierten sich im Jahr 2014 um durchschnittlich 0,3% gegenüber dem Vorjahr. Von November auf Dezember verbilligten sich die Preise um 0,3%. Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Preise für Exportprodukte im Dezember nahezu unverändert (+0,1%). Die Terms of Trade lagen deutlich um 3,9% über Vorjahresniveau. Maßgeblich hierfür war, dass die Einfuhrpreise stärker fielen als die Ausführpreise.



Die industriellen Erzeugerpreise sind im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,0% zurückgegangen. Auch hier spielten die Energiepreise, die sich für die Produzenten im Vergleich zum Jahr 2013 um durchschnittlich 3,1% verbilligten, die entscheidende Rolle. Von November auf Dezember gingen die Erzeugerpreise weiter deutlich um 0,7% zurück. Insbesondere die Preise für Mineralölerzeugnisse sanken gegenüber dem Vormonat spürbar um 8,4%. Auf Jahressicht reduzierten sich die Preise für Industrieprodukte um 1,7%.

### Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.
Insgesamt	0,0	-1,1	0,2	-0,4
Nahrungsmittel	0,4	0,5	-1,2	-1,3
Bekleidung und Schuhe	-0,9	-5,2	2,0	1,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,9	-5,2	0,2	-0,5
Pauschalreisen	12,2	-19,5	-0,4	-3,1
Energie	-3,9	-3,2	-6,6	-9,0
Haushaltsenergie	-2,4	-2,0	-3,8	-5,7
Strom	0,0	-0,5	1,9	0,2
Gas	-0,7	-0,2	-1,4	-1,5
Heizöl	-14,2	-12,3	-22,8	-30,8
Feste Brennstoffe	0,4	-0,1	-2,1	-1,6
Zentralheizung, Fernwärme	-0,3	-0,6	-1,6	-2,1
Kraftstoffe	-7,0	-5,8	-12,1	-15,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,5	-0,4	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise sanken von Dezember auf Januar spürbar um 1,1%. Neben saisontypischen Preisnachlässen zum Jahresbeginn (z. B. bei Bekleidung/Schuhen im Rahmen von Schlussverkäufen sowie bei Pauschalreisen) gingen auch die Energiepreise mit dem Rohölpreissturz im Januar weiter deutlich zurück. Die Jahresrate des Verbraucherpreisindex war erstmals seit September 2009 wieder negativ. Die Verbraucherpreise waren im Januar um 0,4% niedriger als vor einem Jahr. Insbesondere die Energie- und Nahrungsmittelpreise verbilligten sich im Vorjahresvergleich spürbar (-9,0% bzw. -1,3%). Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) verringerte sich ebenfalls, verblieb aber mit +1,0% deutlich im positiven Bereich.

Im weiteren Verlauf des Jahres erwartet die Bundesregierung laut ihrer aktuellen Projektion von Ende Januar eine gemäßigte Preisentwicklung. Sie rechnet im Jahr 2015 mit einem durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 0,8% gegenüber dem Vorjahr.

## 7. Monetäre Entwicklung

Kreditvergabe im Interbankenmarkt zieht etwas an.

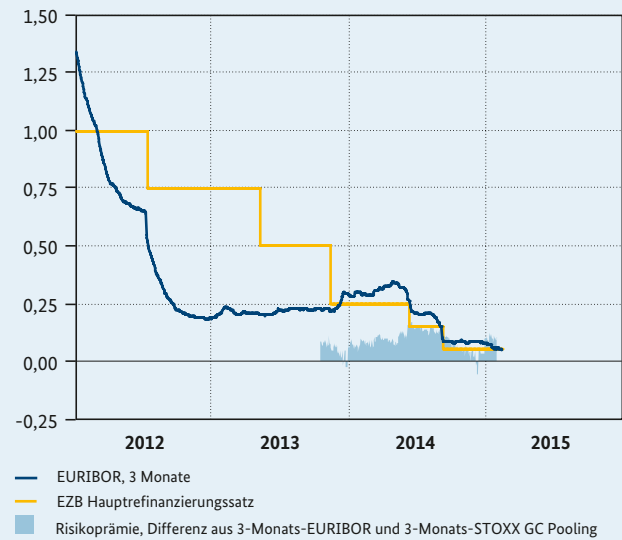
Europäische und internationale Aktienmärkte entwickeln sich positiv.

Angesichts der zögerlichen konjunkturellen Erholung im Euroraum bleibt die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) expansiv. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seit September 2014 bei 0,05 %, der Einlagenzins mit -0,20 % im negativen Bereich. Im Rahmen der neuen EZB-Programme wurde der Markt zudem mit Liquidität versorgt, indem gedeckte Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities im Wert von 45,6 Mrd. Euro aufgekauft wurden.<sup>5</sup> Im letzten Dezember wurde außerdem die zweite gezielte längerfristige Refinanzierungsoperation (TLTRO) durchgeführt, wodurch den Geschäftsbanken im Euroraum zusätzliche Liquidität in Höhe von knapp 130 Mrd. Euro für einen Zeitraum von fast vier Jahren bereitgestellt wurde. Die EZB-Bilanz stieg zwischenzeitlich auf über 2,2 Bio. Euro, ging anschließend aber wieder etwas zurück und lag zuletzt bei 2,15 Bio. Euro (6. Februar). Insgesamt konnte die EZB ihre Bilanz damit seit letztem Herbst um etwa 8 % ausweiten. Die EZB gab zudem bekannt, dass sie ab 11. Februar keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte akzeptieren wird. Die Liquidität der griechischen Banken soll bis auf Weiteres durch Notfallkredite der nationalen Notenbank (ELA-Kredite) sichergestellt werden.

Auch die US-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Bereits seit Ende 2008 liegt der Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25 %. Jedoch macht die positive konjunkturelle Entwicklung eine Normalisierung der Geldpolitik zunehmend wahrscheinlicher. Die Mitglieder des Offenmarktausschusses rechnen mehrheitlich mit einem Anstieg im Laufe des Jahres. Bereits im Oktober endete das Wertpapierankaufprogramm. Seit 2008 wurde die Zentralbankbilanz im Rahmen einer umfangreichen quantitativen Lockerung auf 4,5 Bio. US-Dollar ausgeweitet und damit mehr als vierfacht.

### Geldmarktsätze in der Eurozone

(in %)



Quelle: Macrobond

### EZB Bilanzsumme

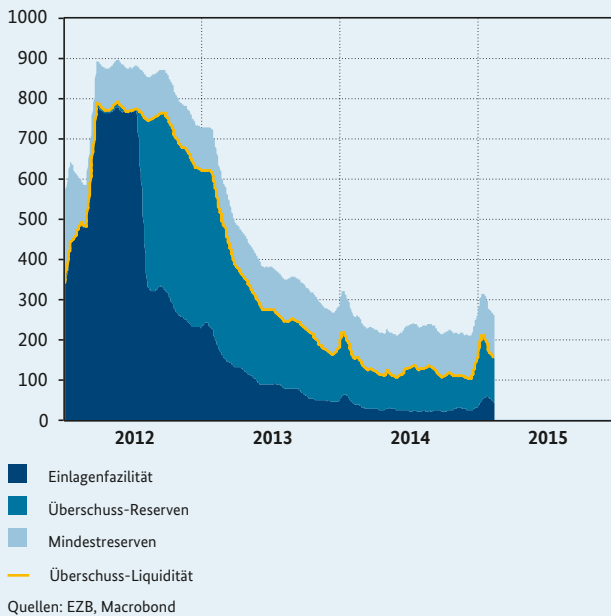
(in Billionen Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

<sup>5</sup> Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und dem dritten Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3) am 6. Februar 2015 in der EZB-Bilanz enthalten waren.

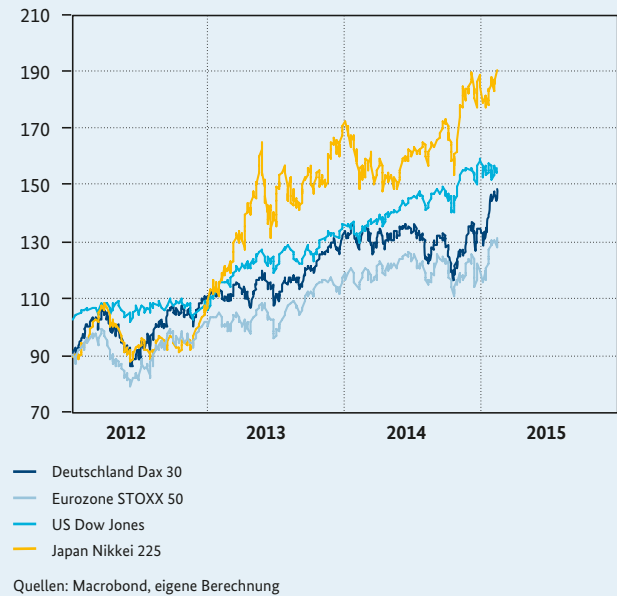
### Liquidität im Eurobankensystem (in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Der europäische Interbankenmarkt hat sich etwas erholt. Die Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten ist im Berichtszeitraum<sup>6</sup> wieder etwas gestiegen. Gleichwohl bleibt das Vertrauen zwischen den Banken beschädigt. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankenkredite bewegte sich kaum und lag zuletzt knapp unter 10 Basispunkten. Gleichzeitig stieg die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität der Banken von 107 Mrd. Euro im November 2014 auf 182 Mrd. Euro im Januar 2015 an. Dies spiegelt vor allem die geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB wider. Die politische Situation in Griechenland dürfte ebenfalls für Unsicherheit gesorgt haben.

Die europäischen Aktienmärkte haben sich im Berichtszeitraum recht dynamisch entwickelt. Der europäische STOXX 600 nahm kräftig um 8,3%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum um 9,3% zu. Der deutsche DAX 30 konnte ebenfalls um 9,3% zulegen. An den internationalen Märkten stiegen sowohl der US-amerikanische S&P 500 (+5,4%) als auch der japanische Nikkei-Index (+6,2%).

### Aktienindizes (Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)

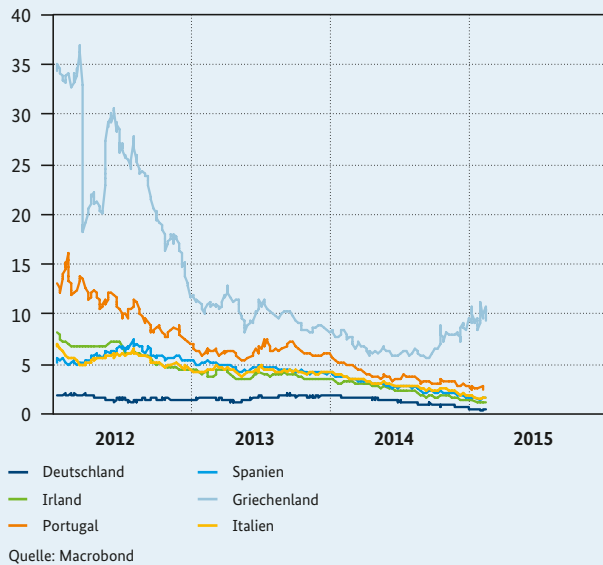


Der Euro hat im Vergleich zur US-Währung noch einmal an Wert verloren, hat sich aber seit dem Tiefstand im Januar ein wenig erholt bzw. stabilisiert. Mitte Februar lag er bei 1,14 US-Dollar pro Euro. Im Frühjahr 2014 hatte der Wert noch knapp 1,40 US-Dollar betragen. Gegenüber dem japanischen Yen hatte der Euro seit Anfang Dezember um über 9% verloren, konnte sich aber zuletzt wieder von 132 Yen auf über 135 Yen erholen.

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen haben sich in den meisten europäischen Staaten weiter verringert. In Deutschland sind die Zinsen Ende Januar auf ein historisches Tief von 0,31% gefallen, zogen im Februar aber wieder etwas auf 0,34% an. Die Renditen griechischer Staatsanleihen sind angesichts der unvorhersehbaren politischen Entwicklung angestiegen, haben sich aber zumindest stabilisiert und sind gegen Ende des Berichtszeitraums wieder leicht unter die Marke von 10% gefallen. Dies ist allerdings noch immer ein Vielfaches dessen, was andere Staaten wie Portugal (2,4%), Spanien (1,6%) oder Italien (1,6%) für die Aufnahme von Staatsschulden zahlen müssen.



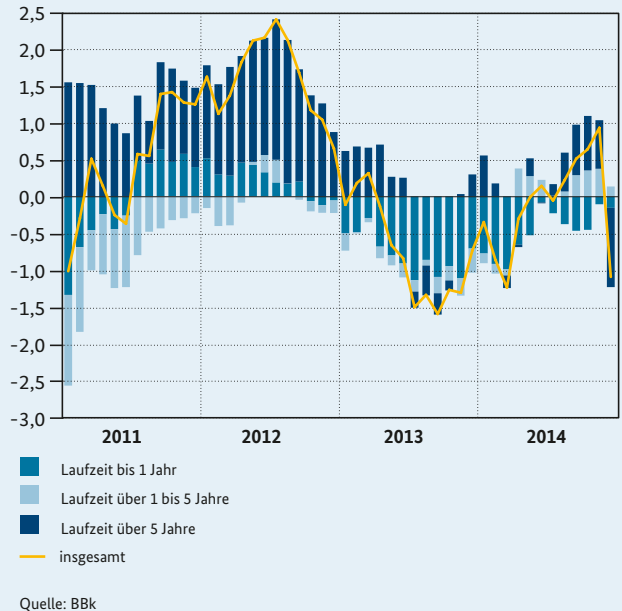
### Renditen zehnjähriger Staatsanleihen (Tageswerte in %)



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im Dezember 1,1% unter dem Niveau des Vorjahres. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen auf Jahresfrist um 1,3% zu. Wichtigste Triebfeder war hierbei die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+2,4%).

Die Kredithürde für deutsche Unternehmen bleibt weiterhin niedrig. Im Januar hat sich die ifo Kredithürde noch einmal verringert. Lediglich 17,1% der Unternehmen gaben an, die Kreditvergabe sei restriktiv. Bei großen Industrieunternehmen fiel der Wert auf 10,3%. Im Baugewerbe wurde mit 20,9% erneut der historische Tiefstand vom August 2014 erreicht.

### Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland (Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum hat sich weiter beschleunigt. Im Dezember stieg die Jahresrate auf 3,6% und damit den höchsten Wert seit über zwei Jahren. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 7,8% gestiegen ist. Dies spiegelt die Liquiditätspräferenz der geldhaltenden Sektoren wider. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau bleibt die monetäre Dynamik aber dennoch verhalten. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7%.



# III.

## Übersichten und Grafiken

# 1. Gesamtwirtschaft

## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung<sup>1</sup>

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>2</sup>										
	2012			2013				2014			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7
Inländische Verwendung	- 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	0,0	+ 0,9	- 0,2	- 0,2	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,7	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,7	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,8	- 0,2	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,8	- 1,8	- 0,9	-
Ausrüstungen	- 3,5	- 0,7	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 1,7	+ 0,4	- 2,3	-
Bauten	+ 0,6	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,2	- 3,9	- 0,3	-
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2	-
Exporte	+ 1,2	+ 1,0	- 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,9	-
Importe	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 1,7	-
<b>Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten<sup>4</sup></b>											
Inländische Verwendung	- 0,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,2	- 0,2	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2	-
Ausrüstungen	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,2	-
Bauten	+ 0,1	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4	0,0	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung <sup>5</sup>	- 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,5	-
Außenbeitrag	+ 0,7	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	-

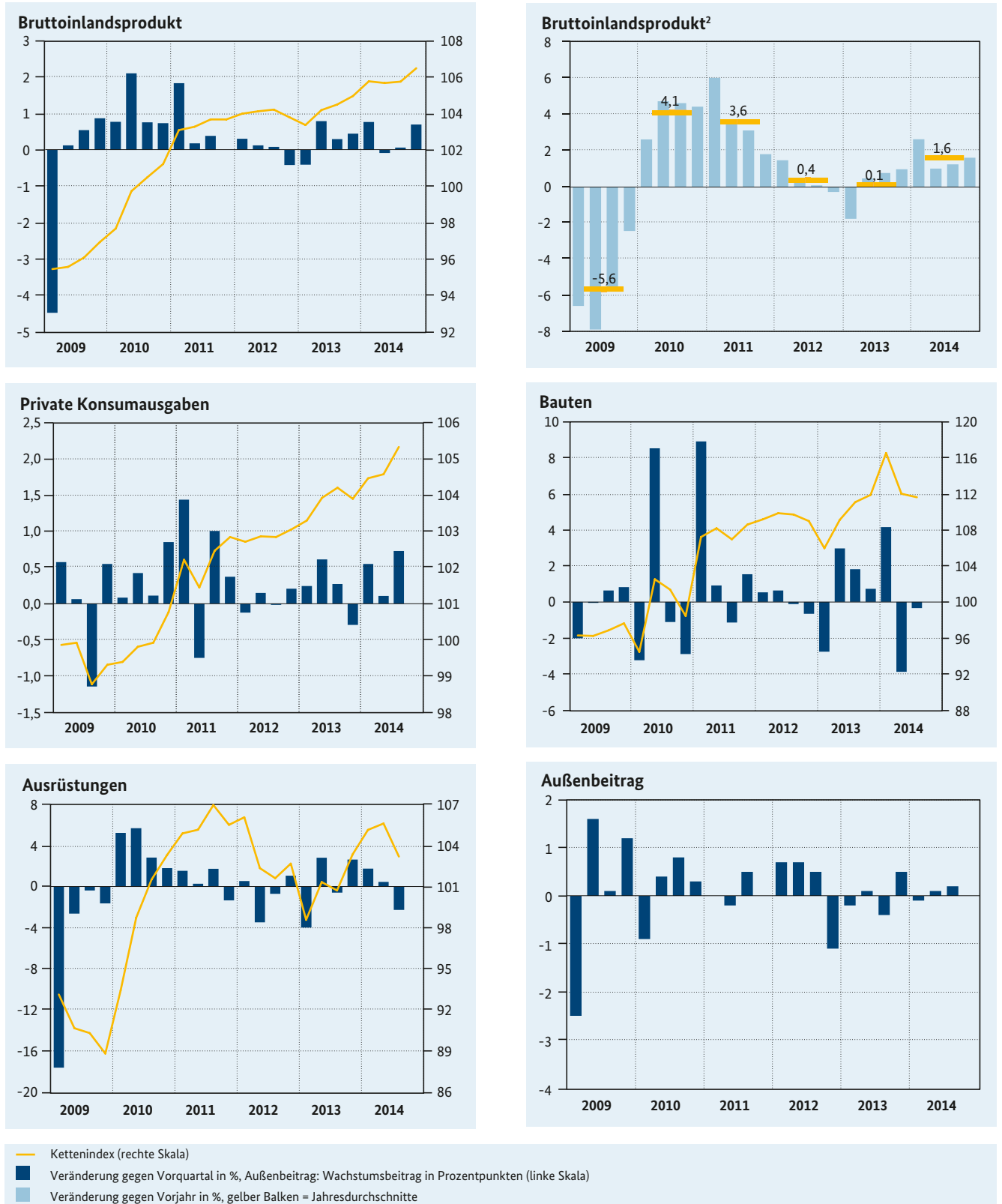
  

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>											
							2013	2014				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>												
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,5	-	
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2	-	
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,3	-	
Bruttoanlageinvestitionen	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 3,1	+ 1,2	+ 8,8	+ 1,7	+ 1,3	-	
Ausrüstungen	-21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 3,7	+ 0,1	+ 7,4	+ 3,0	+ 2,6	-	
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 3,4	+ 2,2	+12,8	+ 1,0	+ 0,5	-	
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	-	
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,1	+ 2,6	+ 4,8	-	
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 4,9	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,6	-	

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten<sup>1</sup>



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.



### 1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>1</sup>										
	2012				2013				2014		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup></b>											
Bruttowertschöpfung	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	- 0,4	+ 0,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,1	- 1,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	0,0	- 0,4	+ 0,1
Baugewerbe	0,0	+ 0,2	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,8	- 3,4	+ 0,1
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 1,8	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,9	- 0,5	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,1	+ 2,5	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,2	- 2,2	- 0,1
Unternehmensdienstleister	+ 0,8	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,0
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 0,2	0,0

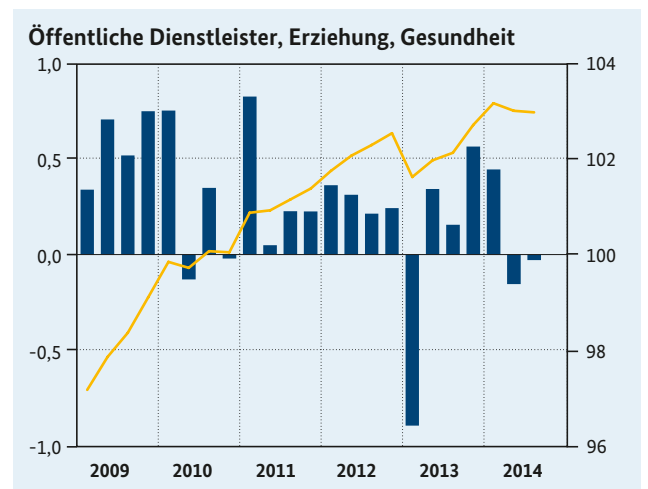
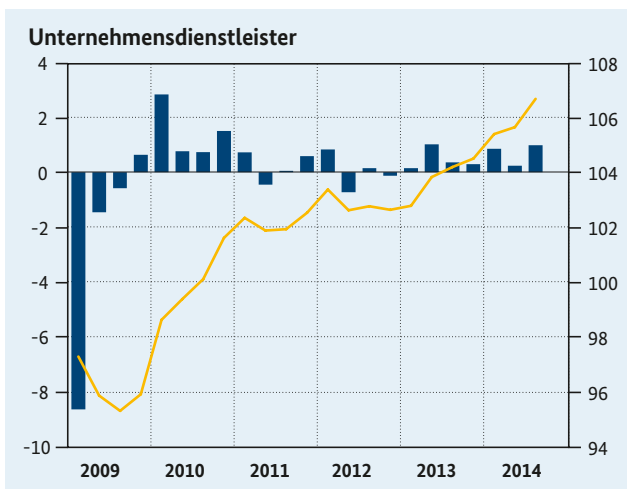
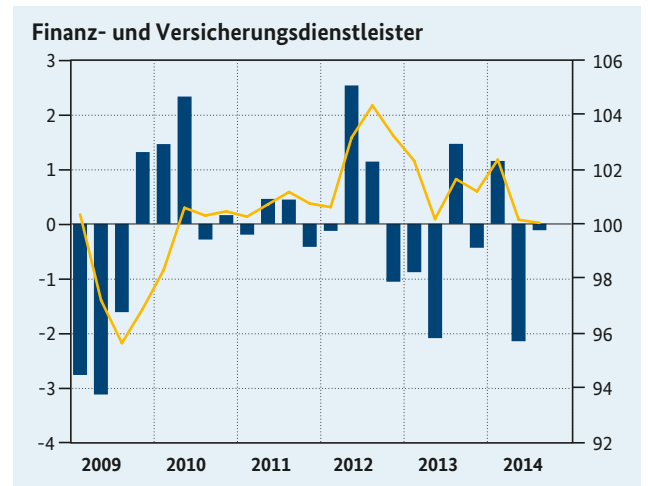
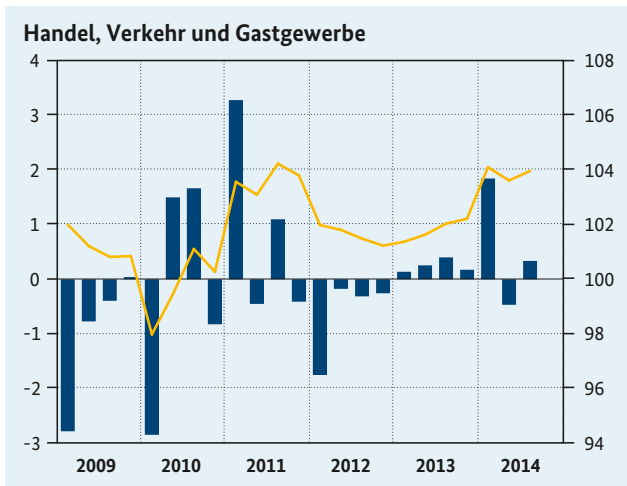
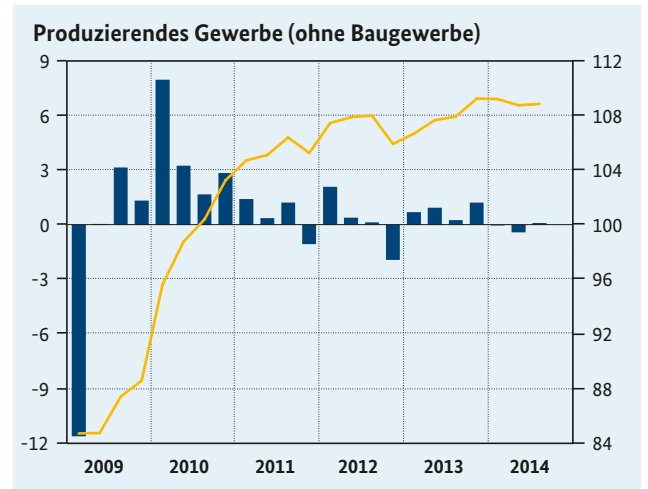
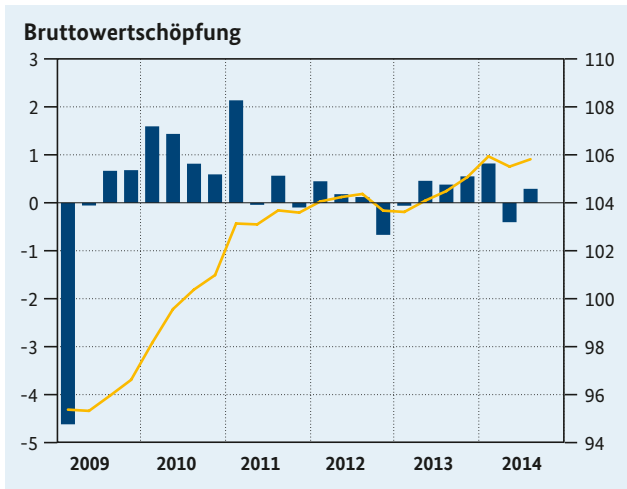
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>9</sup>										
	2013						2014				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Preisentwicklung</b>											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
<b>Kennzahlen</b>											
Erwerbstätige <sup>3</sup>	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9
Arbeitsvolumen <sup>4</sup>	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,0
Arbeitsproduktivität <sup>5</sup>	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,3
Lohnkosten je Arbeitnehmer <sup>6</sup>	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,2
verfügbares Einkommen <sup>8</sup>	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt <sup>9</sup>		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
EU	Europäische Kommission	02/2015	+ 1,5	+ 2,0
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2015	+ 1,5	-
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2015	+ 1,3	+ 1,5
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,4	+ 1,7
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	12/2014	+ 1,3	-
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2014	+ 1,7	+ 1,9
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2014	+ 1,3	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development <sup>10</sup>	11/2014	+ 1,3	+ 1,9
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2014	+ 1,2	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;  
 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;  
 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;  
 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

## 1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

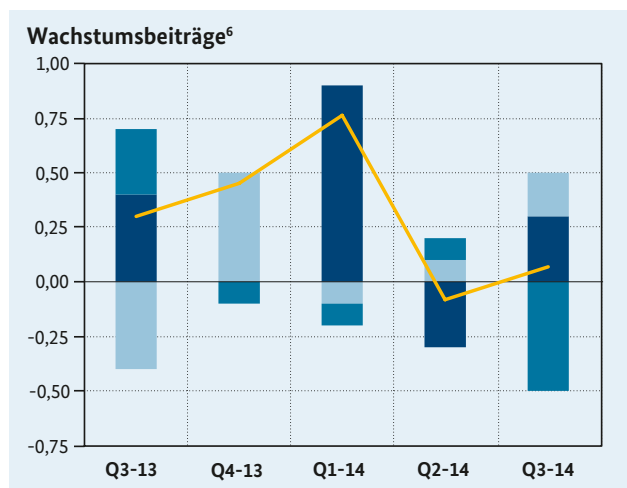
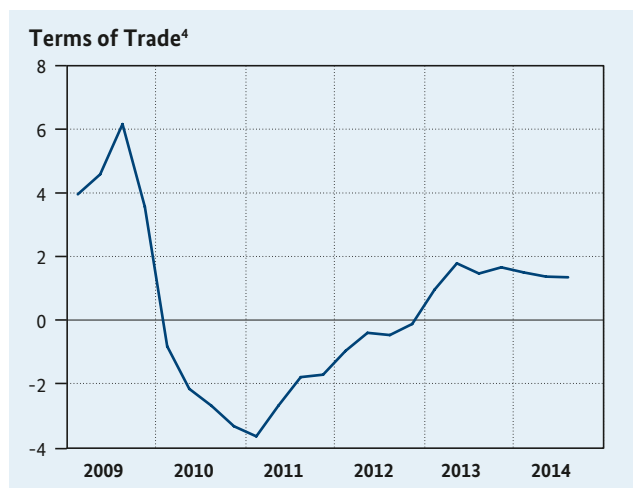
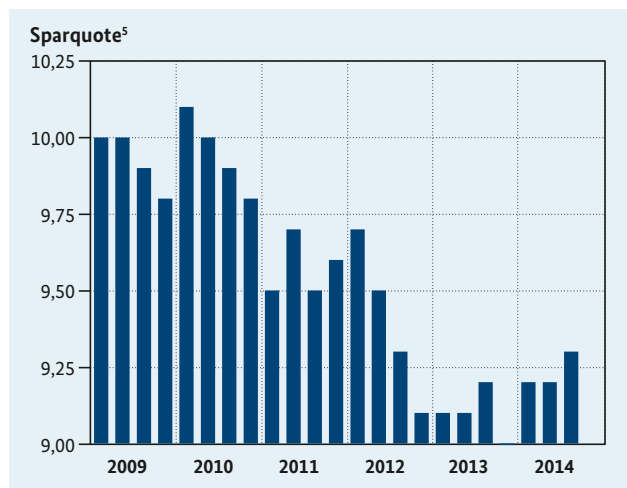
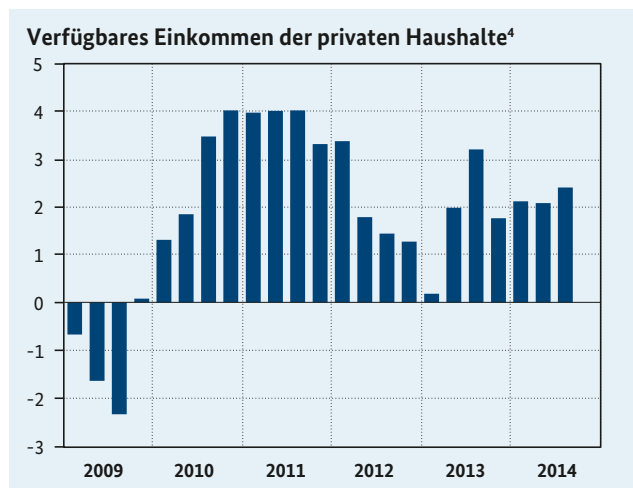
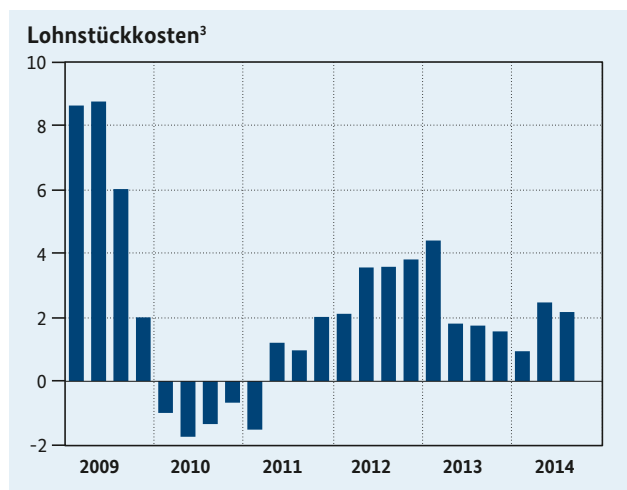
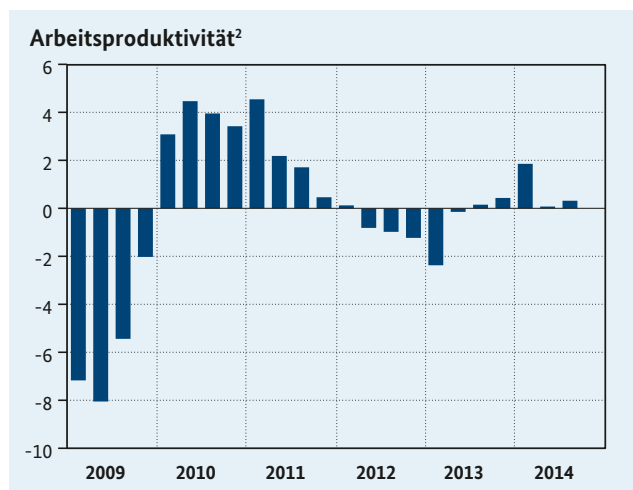


— Kettenindex (rechte Skala)  
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen<sup>1</sup>



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag  
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)  
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.6 Internationaler Vergleich

					2012				2013				2014			
	2011	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>	<b>Veränderungen gegen Vorperiode in %</b>															
Deutschland	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 1,6	- 0,7	- 0,5	+ 0,9	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 1,7	- 0,4	0,0	+ 1,4	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Japan	- 0,5	+ 1,8	+ 1,6	0,0	+ 1,1	- 0,4	- 0,6	- 0,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,4	- 0,4	+ 1,3	- 1,7	- 0,6	+ 0,6
USA	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,7
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5

<b>Leistungsbilanzsaldo</b>	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
	2011	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Deutschland	+ 6,0	+ 7,2	+ 6,8	+ 7,5	+ 6,9	+ 7,2	+ 7,8	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,0	+ 8,0	+ 7,9
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 0,1	+ 1,4	+ 2,3	-	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,6	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	- 0,7	+ 0,2	+ 0,8	-	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	-
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,3	-	- 3,1	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 2,4	- 2,3	- 2,3	-
China	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3

				2014												2015
	2012	2013	2014	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Arbeitslosenquoten<sup>5</sup></b>	<b>in %</b>															
Deutschland	5,4	5,2	5,0	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	11,3	12,0	11,6	11,8	11,8	11,7	11,6	11,6	11,5	11,6	11,5	11,5	11,5	11,5	11,4	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	10,5	10,8	10,2	10,6	10,5	10,4	10,3	10,3	10,2	10,1	10,1	10,0	10,0	10,0	9,9	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,8	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	-
USA	8,1	7,4	6,2	6,6	6,7	6,6	6,2	6,3	6,1	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-

<b>Verbraucherpreise</b>	<b>Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %</b>															
	2011	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	-
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	-
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

## 1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

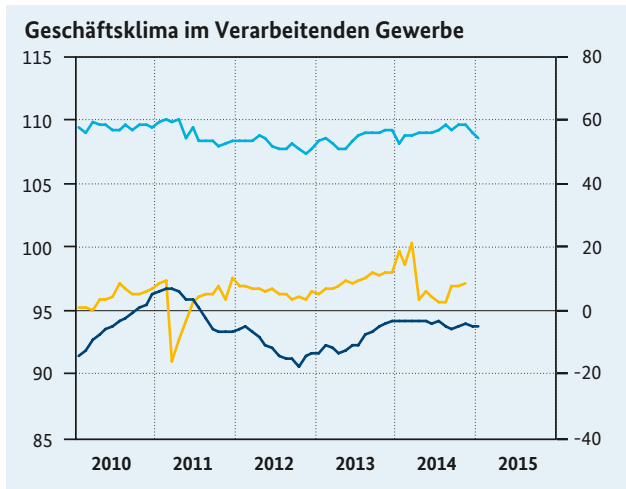
				2014				2014					
	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Welt</b>													
OECD & major six CLI <sup>1</sup>	99,8	99,9	99,9	99,9	99,8	99,9	100,0	99,9	100,0	100,0	100,1	-	-
CPB Welt Industrieproduktion <sup>2</sup>	119,2	122,1	-	125,1	125,6	126,3	-	127,1	127,0	127,2	-	-	-
CPB Welthandel <sup>2</sup>	128,3	131,7	-	133,5	134,5	137,2	-	138,7	138,9	137,5	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	4848	5039	4759	3936	4469	4202	3743	3233	2990	-
<b>Eurozone</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>3</sup>	-11,7	-9,3	-4,2	-3,5	-3,6	-4,8	-4,8	-5,5	-5,0	-4,3	-5,2	-5,0	-
Industrieproduktion <sup>4</sup>	102,0	101,3	102,9	103,2	102,9	102,5	103,1	102,4	102,9	103,1	103,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	2,7	2,2	1,8	1,5	1,7	1,6	1,5	1,3	1,1	-
Konsumentenvertrauen <sup>5</sup>	-22,1	-18,6	-10,0	-11,2	-7,7	-9,9	-11,2	-11,4	-11,1	-11,6	-10,9	-8,5	-
<b>USA</b>													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe <sup>6</sup>	51,7	53,8	55,7	53,5	55,5	56,9	56,9	56,1	57,9	57,6	55,1	53,5	-
Industrieproduktion <sup>7</sup>	97,1	99,9	104,2	102,2	103,7	104,7	106,1	105,3	105,3	106,6	106,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,8	2,6	2,5	2,3	2,5	2,3	2,3	2,2	1,9	-
Konsumentenvertrauen <sup>8</sup>	67,1	73,2	86,9	80,5	83,4	90,9	92,7	89,0	94,1	91,0	93,1	102,9	-
<b>Japan</b>													
All-Industry-Activity-Index <sup>9</sup>	96,4	97,3	-	99,5	96,1	96,0	-	96,8	96,9	97,0	-	-	-
Industrieproduktion <sup>10</sup>	97,6	97,0	99,1	102,5	98,6	96,7	98,3	98,0	98,4	97,8	98,8	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,4
Konsumentenvertrauen <sup>11</sup>	40,0	43,6	39,3	38,8	39,1	40,9	38,5	39,9	38,9	37,7	38,8	39,1	-
<b>China</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>12</sup>	50,8	50,8	50,7	50,3	50,7	51,3	50,4	51,1	50,8	50,3	50,1	49,8	-
Industrieproduktion <sup>13</sup>	+10,8	+9,7	+8,2	+8,8	+8,9	+8,0	+7,6	+8,0	+7,7	+7,2	+7,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	4,6	4,2	4,2	3,7	4,0	3,8	3,5	3,6	3,5	-
Konsumentenvertrauen <sup>14</sup>	102,4	101,2	104,4	104,0	103,9	104,5	104,9	105,4	103,4	105,5	105,8	105,7	-

Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

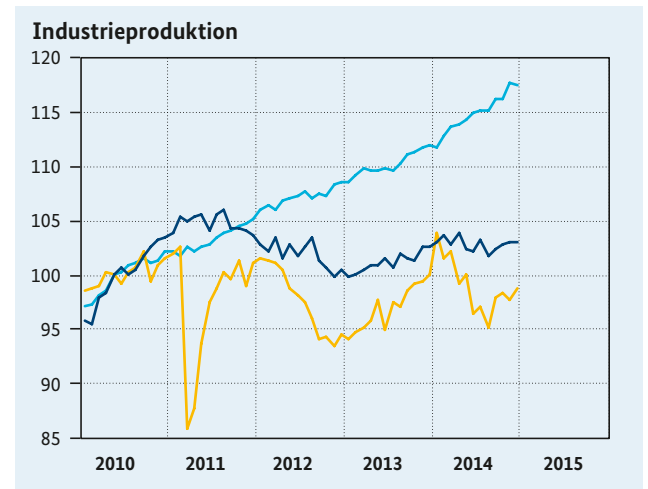
- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.



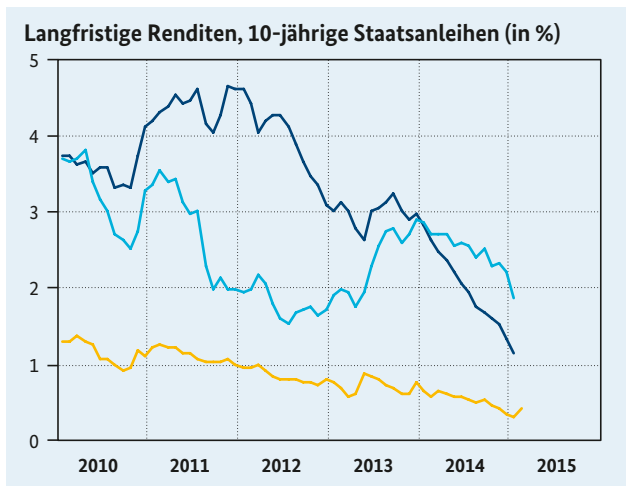
## 1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



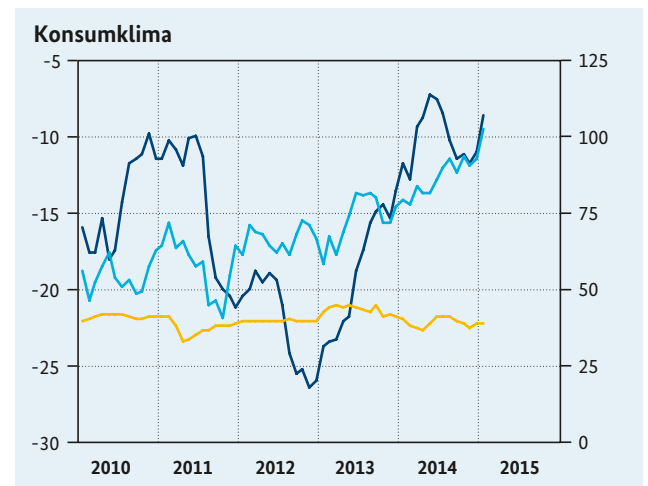
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)<sup>1</sup>  
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)<sup>2</sup>  
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)<sup>3</sup>



— Eurozone<sup>6</sup>  
 — USA<sup>4</sup>  
 — Japan<sup>5</sup>



— Eurozone  
 — USA  
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)<sup>9</sup>  
 — USA (rechte Skala)<sup>7</sup>  
 — Japan (rechte Skala)<sup>8</sup>  
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

## 2. Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

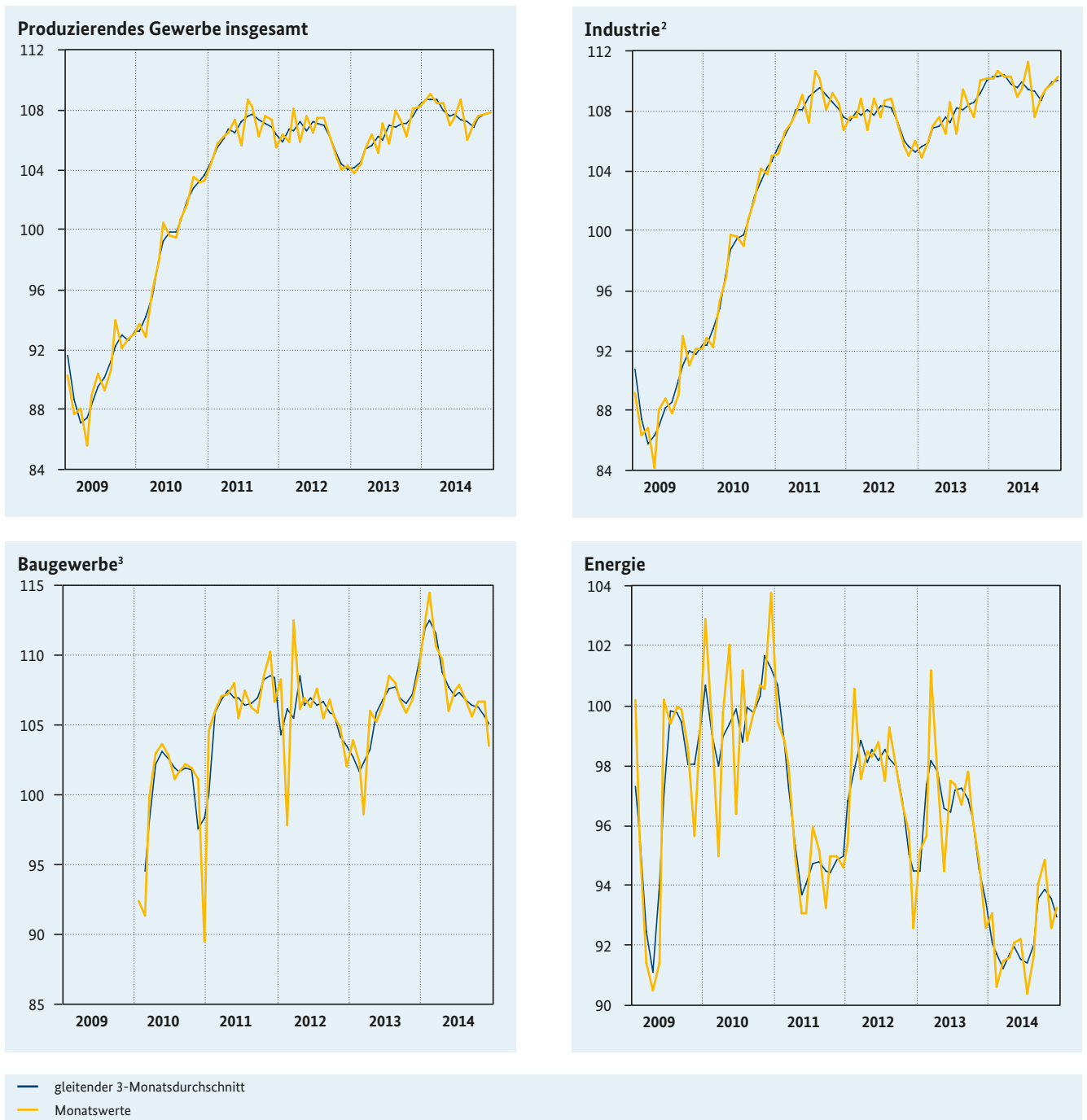
Bundesrepublik Deutschland

					2014				2014					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Produktion<sup>1</sup></b>														
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	Index	106,3	106,4	107,9	108,8	107,7	107,3	107,8	108,8	106,0	107,1	107,7	107,8	107,9
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,4	1,1	-1,0	-0,4	0,5	1,2	-2,6	1,0	0,6	0,1	0,1
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	4,0	1,2	0,7	0,0	3,1	-1,7	0,3	1,2	-0,3	-0,7
<b>Industrie<sup>2</sup></b>	Index	107,4	107,8	109,8	110,4	109,6	109,3	109,9	111,3	107,7	109,0	109,5	109,9	110,4
	gg. Vp. in %	-0,6	0,4	1,9	1,0	-0,7	-0,3	0,5	1,6	-3,2	1,2	0,5	0,4	0,5
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	4,0	1,8	1,4	0,4	4,6	-1,4	0,8	1,5	-0,3	0,0
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,5	106,1	107,1	106,1	105,2	106,1	106,3	104,7	104,7	105,3	105,5	107,6
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,1	1,5	0,9	-0,9	-0,8	0,9	0,7	-1,5	0,0	0,6	0,2	2,0
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,6	3,9	1,8	0,8	-0,2	2,0	0,7	-0,1	-0,2	-0,6	0,6
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,5	116,8	116,2	116,4	116,5	119,8	112,8	116,6	116,6	117,2	115,8
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,3	1,0	-0,5	0,2	0,1	3,1	-5,8	3,4	0,0	0,5	-1,2
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,2	4,7	1,8	1,9	0,7	8,0	-4,4	1,6	3,0	-0,2	-0,7
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	102,3	102,6	102,2	101,7	102,6	102,1	102,2	100,7	101,8	102,3	103,7
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,7	0,9	-0,4	-0,5	0,9	-0,2	0,1	-1,5	1,1	0,5	1,4
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,7	2,8	1,9	1,2	0,9	1,9	1,6	0,3	1,3	0,4	0,8
<b>Baugewerbe</b>	Index	105,9	105,7	108,2	112,6	107,7	106,8	105,7	107,9	106,8	105,7	106,7	106,7	103,6
	gg. Vp. in %	-1,0	-0,2	2,4	5,0	-4,4	-0,8	-1,0	0,4	-1,0	-1,0	0,9	0,0	-2,9
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,5	14,3	1,7	-0,8	-1,3	-0,3	-1,1	-1,0	0,6	-0,1	-4,7
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup>	Index	111,5	113,8	119,7	123,9	118,0	117,9	119,2	118,3	116,8	118,5	118,4	119,2	120,0
	gg. Vp. in %	-1,1	2,1	5,2	5,7	-4,8	-0,1	1,1	-1,1	-1,3	1,5	-0,1	0,7	0,7
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,2	25,8	1,4	0,0	1,6	0,2	-0,9	0,8	2,4	1,6	0,5
Ausbaugewerbe	Index	100,8	98,2	97,7	102,3	98,4	96,8	93,4	98,4	97,8	94,1	96,0	95,4	88,7
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,6	-0,5	4,3	-3,8	-1,6	-3,5	2,0	-0,6	-3,8	2,0	-0,6	-7,0
	gg. Vj. in %	-0,9	-2,6	-0,5	3,9	2,0	-1,8	-4,0	-1,0	-1,5	-3,2	-1,4	-1,9	-8,0
<b>Energie<sup>4</sup></b>	Index	97,4	96,5	92,3	91,7	92,0	92,1	93,6	90,4	91,7	94,1	94,9	92,6	93,3
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-4,4	-3,1	0,3	0,1	1,6	-2,0	1,4	2,6	0,9	-2,4	0,8
	gg. Vj. in %	1,7	-0,9	-4,1	-5,7	-4,8	-5,3	-1,0	-7,0	-5,2	-3,4	-1,2	-2,2	0,4
<b>Umsätze in der Industrie<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	105,9	105,7	108,6	109,0	108,2	108,3	109,1	109,1	107,9	107,9	109,1	108,8	109,5
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,2	2,7	1,4	-0,7	0,1	0,7	0,6	-1,1	0,0	1,1	-0,3	0,6
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	4,5	2,5	2,5	1,4	4,6	1,4	1,3	2,5	0,3	1,5
Inland	Index	104,8	103,2	104,7	105,7	104,8	103,9	104,3	105,6	102,9	103,3	103,8	103,7	105,3
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,5	1,4	-0,9	-0,9	0,4	0,8	-2,6	0,4	0,5	-0,1	1,5
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,5	3,3	2,1	0,3	0,0	3,3	-1,5	-0,8	0,3	-1,2	1,0
darunter: Investitionsgüter	Index	109,5	107,6	110,7	110,9	109,9	110,6	111,6	112,7	109,2	109,8	110,9	112,7	111,2
	gg. Vp. in %	0,7	-1,7	2,9	1,8	-0,9	0,6	0,9	2,3	-3,1	0,5	1,0	1,6	-1,3
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,0	4,0	3,0	2,5	2,3	8,4	-0,8	0,1	3,7	1,7	1,7
Ausland	Index	107,0	108,5	112,9	112,4	111,8	113,0	114,3	112,9	113,2	112,8	114,7	114,2	114,0
	gg. Vp. in %	0,5	1,4	4,1	1,2	-0,5	1,1	1,2	0,4	0,3	-0,4	1,7	-0,4	-0,2
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,0	5,7	2,8	4,6	2,8	5,9	4,5	3,5	4,7	1,9	1,8
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	101,3	99,7	100,4	101,5	103,6	101,6	101,9	101,1	103,5	101,3	105,9
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	4,3	0,2	0,7	1,1	2,1	2,0	0,3	-0,8	2,4	-2,1	4,5
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	4,3	3,9	4,3	5,0	4,0	6,7	4,4	4,1	6,4	1,5	4,3
		2012		2013			2014			2015				
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung<sup>5</sup></b>		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,7	84,1	82,8	81,9	82,4	81,7	82,9	83,7	84,0	83,9	83,8	84,2	84,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

## 2.2 Entwicklung der Produktion<sup>1</sup>



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

## 2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2014				2014					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	103,2	106,0	109,2	108,8	108,5	108,8	110,8	111,5	106,8	108,0	111,1	108,4	112,9
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	3,0	0,0	-0,3	0,3	1,8	4,8	-4,2	1,1	2,9	-2,4	4,2
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,9	4,8	3,3	1,9	1,9	5,8	0,7	-0,7	2,6	-0,4	3,4
Inland	Index	100,8	101,8	103,4	104,7	103,8	101,7	103,4	103,3	102,3	99,6	105,5	100,7	104,1
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,6	1,8	-0,9	-2,0	1,7	1,1	-1,0	-2,6	5,9	-4,5	3,4
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	3,6	3,6	-1,2	0,4	1,5	-1,3	-3,7	3,1	-3,5	2,2
Ausland	Index	105,1	109,5	113,9	112,1	112,4	114,5	116,8	118,2	110,5	114,9	115,6	114,6	120,1
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	4,0	-1,3	0,3	1,9	2,0	7,7	-6,5	4,0	0,6	-0,9	4,8
	gg. Vj. in %	-2,3	4,2	4,0	5,8	3,0	4,5	2,8	9,2	2,5	1,4	2,3	1,9	4,2
Eurozone	Index	95,6	98,9	102,6	99,2	103,0	101,8	106,5	104,2	98,8	102,5	102,5	105,4	111,6
	gg. Vp. in %	-10,3	3,5	3,7	-4,9	3,8	-1,2	4,6	6,0	-5,2	3,7	0,0	2,8	5,9
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	3,5	3,5	4,9	4,0	2,2	8,7	4,3	-0,7	0,3	4,3	1,8
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,9	121,8	121,1	118,9	123,4	124,0	127,9	118,6	123,6	124,8	121,1	126,0
	gg. Vp. in %	3,1	4,7	4,2	0,7	-1,8	3,8	0,5	8,6	-7,3	4,2	1,0	-3,0	4,0
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,2	7,3	1,9	4,6	3,2	9,6	1,6	2,7	3,6	0,4	5,7
<b>Vorleistungsgüter</b>	Index	99,7	100,1	102,2	103,0	102,1	101,0	102,9	101,9	99,9	101,2	103,6	101,1	103,9
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	2,1	0,4	-0,9	-1,1	1,9	-0,3	-2,0	1,3	2,4	-2,4	2,8
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,2	4,0	3,3	1,1	0,2	2,6	0,2	0,6	-0,4	-1,3	2,6
Inland	Index	99,0	99,4	100,0	101,8	101,2	98,5	98,7	99,9	98,8	96,7	99,1	96,4	100,6
	gg. Vp. in %	-5,5	0,4	0,6	0,9	-0,6	-2,7	0,2	-0,6	-1,1	-2,1	2,5	-2,7	4,4
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,7	2,8	3,5	-1,2	-2,4	0,4	-0,6	-3,4	-1,2	-4,5	-0,9
Ausland	Index	100,6	101,0	104,8	104,4	103,1	104,0	107,8	104,3	101,2	106,6	109,0	106,6	107,7
	gg. Vp. in %	-3,6	0,4	3,8	-0,2	-1,2	0,9	3,7	0,1	-3,0	5,3	2,3	-2,2	1,0
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,9	5,3	3,0	4,1	2,9	5,1	1,4	5,4	0,5	2,4	6,5
<b>Investitionsgüter</b>	Index	105,8	110,6	114,5	113,2	113,2	114,6	116,8	119,3	111,4	113,1	116,9	113,5	120,0
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,5	-0,3	0,0	1,2	1,9	9,2	-6,6	1,5	3,4	-2,9	5,7
	gg. Vj. in %	-3,5	4,5	3,3	5,1	3,1	2,5	3,0	8,8	0,3	-1,6	4,8	0,0	4,0
Inland	Index	103,3	104,9	107,3	108,3	106,9	105,5	108,7	107,3	106,2	102,9	113,0	105,4	107,8
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,3	2,7	-1,3	-1,3	3,0	3,3	-1,0	-3,1	9,8	-6,7	2,3
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,3	4,1	3,9	-1,5	2,9	2,3	-2,6	-4,3	7,7	-3,0	4,5
Ausland	Index	107,3	114,1	118,8	116,2	117,1	120,2	121,8	126,7	114,6	119,4	119,3	118,5	127,5
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	4,1	-1,9	0,8	2,6	1,3	12,7	-9,6	4,2	-0,1	-0,7	7,6
	gg. Vj. in %	-2,1	6,4	3,9	5,6	2,6	4,9	2,9	12,6	2,3	-0,1	3,3	1,7	3,8
<b>Konsumgüter</b>	Index	101,9	103,5	107,3	106,8	108,2	106,4	107,8	104,1	108,3	106,9	106,7	108,7	108,0
	gg. Vp. in %	-0,8	1,6	3,7	0,3	1,3	-1,7	1,3	-3,3	4,0	-1,3	-0,2	1,9	-0,6
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,6	7,0	4,5	1,9	1,1	0,8	5,7	-0,5	1,1	-0,2	2,5
Inland	Index	97,0	97,8	100,3	101,1	101,0	99,0	100,0	100,0	99,4	97,7	98,6	97,9	103,5
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	2,6	2,8	-0,1	-2,0	1,0	-1,8	-0,6	-1,7	0,9	-0,7	5,7
	gg. Vj. in %	-5,1	0,8	2,4	4,2	2,6	1,5	1,4	2,8	2,0	-0,4	0,8	-1,7	5,8
Ausland	Index	106,0	108,4	113,3	111,7	114,3	112,8	114,5	107,6	116,0	114,7	113,7	117,9	111,9
	gg. Vp. in %	2,7	2,3	4,5	-1,7	2,3	-1,3	1,5	-4,4	7,8	-1,1	-0,9	3,7	-5,1
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	4,5	9,3	5,9	2,4	0,8	-0,5	8,8	-0,5	1,3	0,9	0,1
<b>Industrie ohne Großaufträge<sup>2</sup></b>	Index	103,5	105,0	108,3	108,7	107,0	106,9	110,6	108,4	104,9	107,4	110,7	109,4	111,6
	gg. Vp. in %	-2,7	1,4	3,1	1,7	-1,6	-0,1	3,5	1,5	-3,2	2,4	3,1	-1,2	2,0
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,1	5,3	2,8	1,2	3,3	3,6	-0,8	0,8	3,8	1,7	4,6

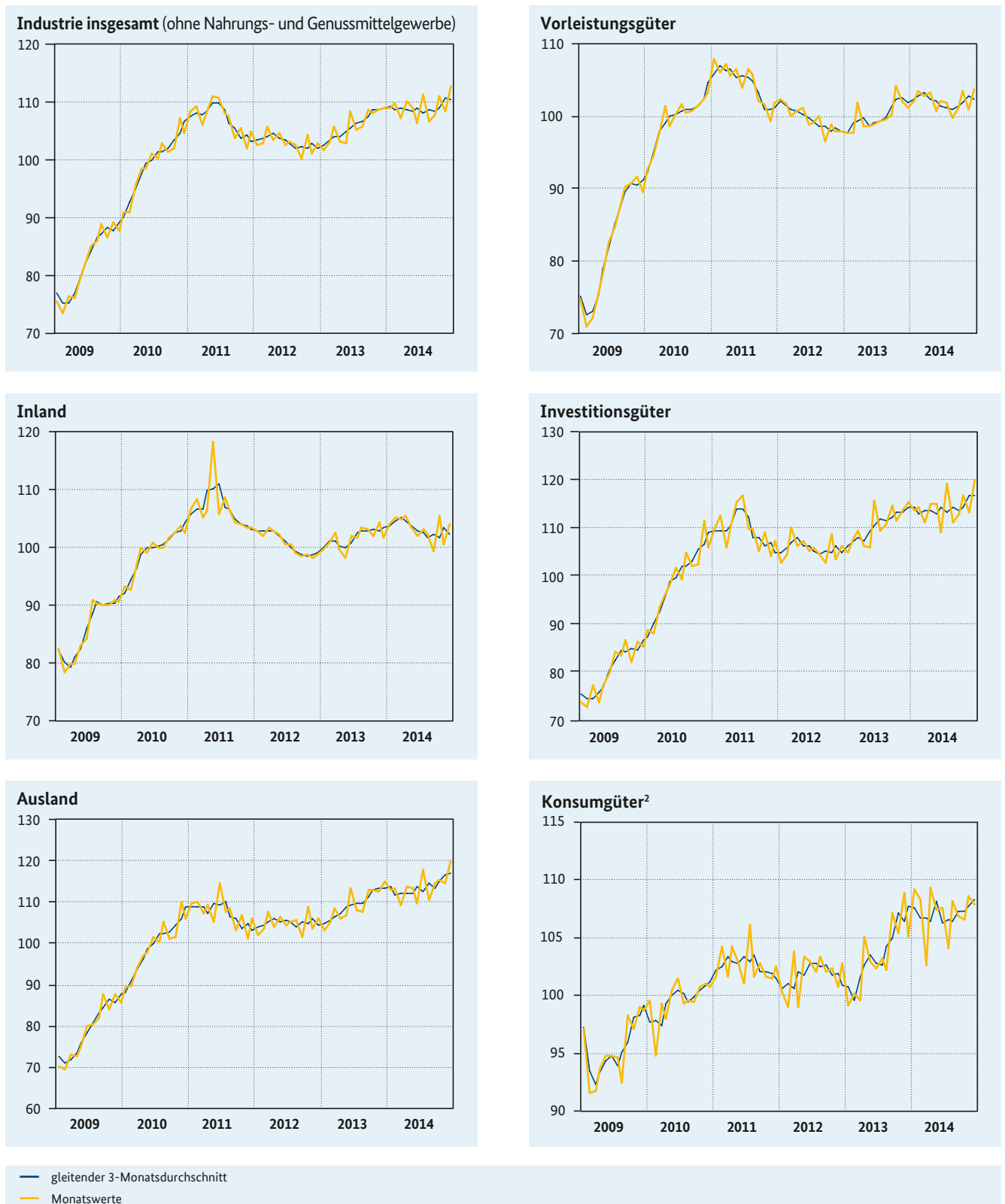
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

## 2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

<sup>2</sup> Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.



## 2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

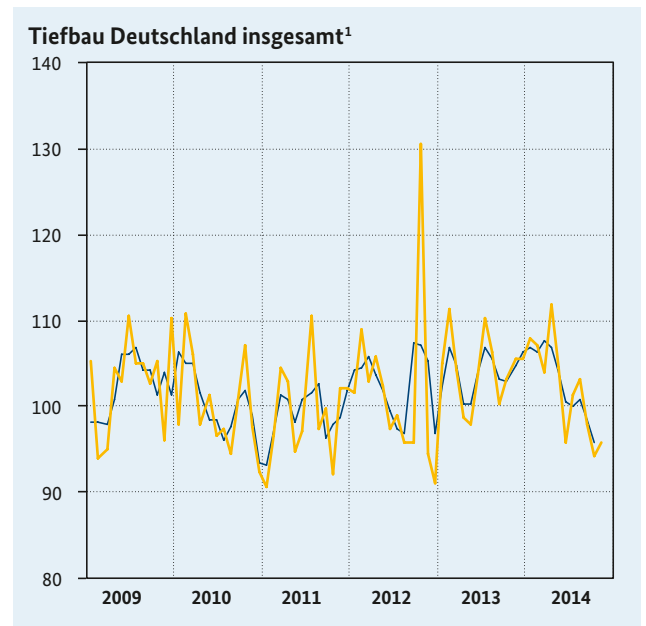
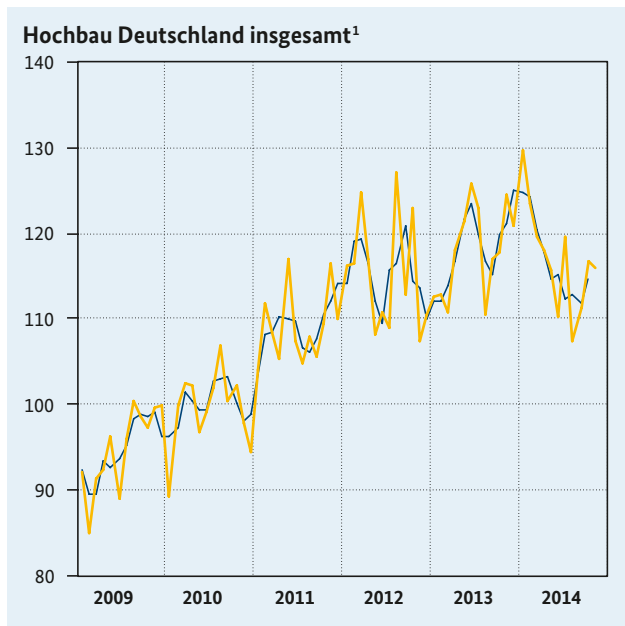
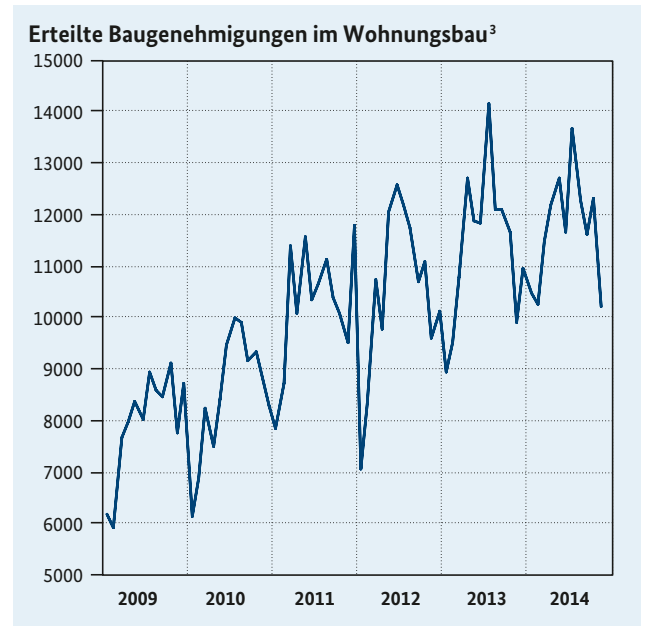
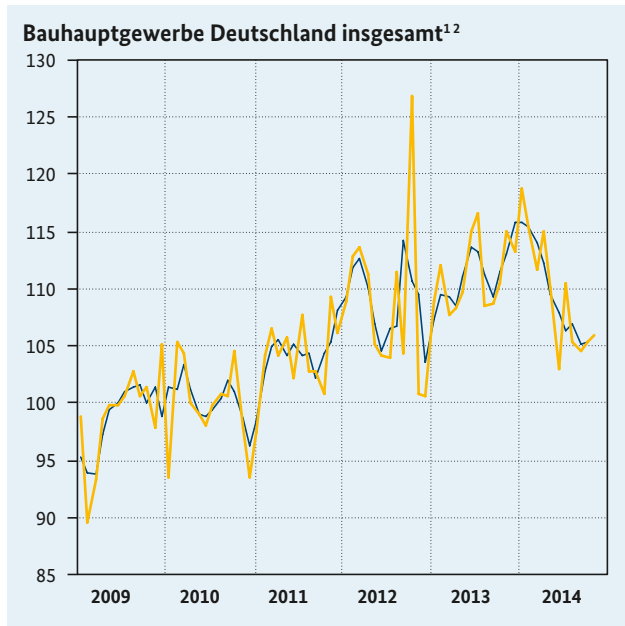
					2013				2014				2014			
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>																
<b>Bauhauptgewerbe</b>		Index	104,2	108,8	111,3	113,0	115,4	109,5	106,9	103,1	110,6	105,4	104,7	105,5	106,0	
		gg. Vp. in %	4,4	4,4	2,3	1,5	2,1	-5,1	-2,4	-6,4	7,3	-4,7	-0,7	0,8	0,5	
		gg. Vj. in %	4,4	4,2	2,3	2,6	5,5	-1,6	-4,4	-10,6	-5,3	-3,1	-4,5	-4,6	-7,9	
Hochbau		Index	109,2	115,4	118,1	121,2	124,4	114,8	112,8	110,3	119,7	107,4	111,4	116,8	116,1	
		gg. Vp. in %	9,6	5,7	2,3	3,6	2,6	-7,7	-1,7	-4,8	8,5	-10,3	3,7	4,8	-0,6	
		gg. Vj. in %	9,3	5,7	2,4	6,2	10,7	-5,9	-3,7	-12,4	-2,8	-2,8	-5,6	-0,9	-6,8	
Wohnungsbau		Index	117,4	126,1	131,1	131,6	141,3	136,3	121,8	128,2	123,8	113,9	127,8	136,9	133,0	
		gg. Vp. in %	18,6	7,4	4,0	-1,5	7,4	-3,5	-10,6	-7,7	-3,4	-8,0	12,2	7,1	-2,8	
		gg. Vj. in %	17,9	7,2	4,3	3,4	11,5	2,7	-9,3	-11,7	-10,3	-13,7	-4,1	5,9	4,7	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	105,1	110,0	111,6	116,1	116,0	104,1	108,4	101,5	117,7	104,2	103,2	106,8	107,7	
		gg. Vp. in %	5,3	4,7	1,5	6,8	-0,1	-10,3	4,1	-2,9	16,0	-11,5	-1,0	3,5	0,8	
		gg. Vj. in %	5,0	5,1	1,4	7,8	10,2	-10,9	-0,4	-12,9	1,5	4,0	-6,5	-4,7	-12,6	
Tiefbau		Index	99,3	102,2	104,4	104,8	106,4	104,1	100,9	95,8	101,4	103,3	98,0	94,2	95,8	
		gg. Vp. in %	-0,8	2,9	2,2	-0,9	1,5	-2,2	-3,1	-8,4	5,8	1,9	-5,1	-3,9	1,7	
		gg. Vj. in %	-0,3	2,5	2,1	-1,7	-0,2	3,3	-5,1	-8,4	-7,8	-3,4	-3,3	-8,9	-9,2	
Straßenbau		Index	96,5	98,2	103,4	103,2	110,1	100,7	96,3	92,7	102,2	93,3	93,3	90,1	93,1	
		gg. Vp. in %	-3,7	1,8	5,3	2,4	6,7	-8,5	-4,4	-12,2	10,2	-8,7	0,0	-3,4	3,3	
		gg. Vj. in %	-2,8	2,1	3,7	4,9	1,8	0,2	-4,5	-10,9	1,8	-9,7	-6,4	-15,4	-6,4	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	101,0	104,6	105,0	105,7	104,2	106,2	103,7	97,7	100,9	109,4	100,8	96,7	97,5	
		gg. Vp. in %	0,9	3,6	0,4	-2,7	-1,4	1,9	-2,4	-6,1	3,3	8,4	-7,9	-4,1	0,8	
		gg. Vj. in %	1,2	2,9	1,0	-4,8	-1,2	5,5	-5,4	-6,6	-13,6	0,7	-1,6	-4,9	-10,5	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	109,9	112,6	114,1	119,6	120,4	109,5	112,1	104,9	120,1	109,0	107,1	108,6	111,0	
		gg. Vp. in %	10,3	2,5	1,3	6,8	0,7	-9,1	2,4	-3,6	14,5	-9,2	-1,7	1,4	2,2	
		gg. Vj. in %	9,7	2,8	1,2	5,8	10,0	-6,0	0,0	-13,9	3,7	3,2	-6,7	-6,2	-12,5	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	93,2	97,9	100,4	98,9	100,0	98,7	95,6	91,1	95,5	98,3	92,9	89,7	90,1	
		gg. Vp. in %	-7,2	5,0	2,6	-2,8	1,1	-1,3	-3,1	-9,1	4,8	2,9	-5,5	-3,4	0,4	
		gg. Vj. in %	-6,2	4,4	2,4	-2,1	-3,0	1,0	-6,6	-5,6	-11,7	-4,4	-2,3	-8,4	-8,2	
<b>Baugenehmigungen (Neubau)<sup>2</sup></b>																
<b>Hochbau (veranschlagte Kosten)</b>		Mio. €	68220	70395	76490	18697	17832	20209	21008	6398	7783	6859	6365	7056	5772	
		gg. Vj. in %	15,8	3,2	8,7	5,6	7,2	4,4	-3,6	0,5	-5,1	2,6	-8,0	2,8	2,9	
Wohngebäude		Mio. €	37290	39266	43680	10656	10414	12102	12507	3957	4489	4096	3922	4114	3433	
		gg. Vj. in %	22,3	5,3	11,2	10,1	13,3	5,5	1,2	4,7	-2,3	6,5	0,0	8,5	3,3	
Nichtwohngebäude		Mio. €	30930	31129	32809	8041	7418	8107	8501	2441	3294	2764	2443	2942	2340	
		gg. Vj. in %	8,8	0,6	5,4	0,3	-0,2	2,7	-9,9	-5,5	-8,6	-2,6	-18,4	-4,1	2,5	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	22956	23531	23624	5964	5688	6064	6526	1843	2573	2044	1908	2300	1740	
		gg. Vj. in %	22,7	2,5	0,4	2,7	13,6	3,7	-4,1	-6,8	0,8	2,3	-15,2	6,8	1,1	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7975	7598	9185	2077	1731	2044	1975	598	721	720	535	642	600	
		gg. Vj. in %	-17,9	-4,7	20,9	-6,1	-28,7	-0,2	-25,0	-1,4	-31,5	-14,4	-27,9	-29,8	6,8	
Wohngebäude (Rauminhalt) <sup>3</sup>		Mio. m <sup>3</sup>	124	126	137	32,6	32,3	36,7	37,7	11,7	13,7	12,3	11,7	12,3	10,3	
		gg. Vj. in %	20,8	2,0	8,5	5,8	10,2	0,4	-2,0	-1,2	-3,4	1,6	-4,0	5,5	3,2	
		gg. Vp. in %	21,0	2,4	8,9	-6,2	7,4	-3,1	0,1	-3,4	4,7	-0,1	-5,2	6,2	-2,9	
<b>ifo Konjunkturtest<sup>4</sup></b>																
			2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	63,7	75,0	78,6	77,7	78,7	79,2	78,9	78,1	76,1	66,8	
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	24,7	2,7	3,0	4,0	4,0	4,0	3,0	3,0	6,0	19,0	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

## 2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>ifo Konjunkturtest<sup>1</sup></b>														
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>														
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	14,7	13,2	6,2	2,2	5,8	3,8	0,1	2,4	4,2	6,6
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,4	16,4	18,1	11,6	7,3	10,9	9,7	5,5	7,6	8,8	12,3
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,2	11,8	8,3	-0,6	-2,7	-0,2	-4,8	-5,1	-2,6	-0,3	1,0
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	19,3	17,8	10,2	4,2	10,0	7,6	1,8	3,7	7,1	9,3
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,9	22,9	24,0	17,6	10,9	16,6	16,0	8,7	11,3	12,7	15,9
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	15,7	11,9	3,1	-2,3	3,6	-0,5	-4,8	-3,7	1,5	2,9
<b>Vorleistungsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	2,6	7,9	13,5	19,9	17,0	11,5	5,5	10,9	8,4	2,9	4,6	8,9	9,2
Geschäftslage	Salden	14,7	7,8	20,2	23,4	24,0	20,7	12,7	20,3	18,3	12,4	12,7	12,9	14,1
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	16,6	10,2	2,7	-1,5	1,9	-1,0	-6,2	-3,2	5,0	4,5
<b>Investitionsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	21,9	23,7	11,6	3,1	12,8	7,9	1,6	2,7	4,9	11,6
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	25,0	29,0	19,4	8,3	20,4	16,6	6,1	8,7	10,2	16,9
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	18,9	18,5	4,1	-2,0	5,5	-0,4	-2,7	-3,1	-0,3	6,4
<b>Konsumgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	5,5	8,7	7,6	13,4	9,4	6,0	1,7	6,4	5,1	-1,4	1,5	5,0	4,3
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	19,2	16,9	11,1	10,4	7,2	11,9	4,5	12,2	14,6	14,8
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	7,8	2,1	1,0	-6,6	5,5	-1,5	-7,1	-8,5	-4,1	-5,7
<b>Bauhauptgewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,1	-3,0	0,2	-4,6	-3,9	-3,9	-3,6	-3,0	-3,1	-3,3	-5,3	-5,8
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-1,0	-3,0	-4,6	-4,5	-4,2	-4,6	-3,4	-4,7	-5,4	-6,4
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,4	-2,8	1,5	-6,3	-3,2	-3,3	-3,0	-1,4	-2,8	-1,9	-5,3	-5,1
<b>Dienstleistungen</b>														
Geschäftsklima	Salden	16,9	16,7	22,6	23,8	23,3	20,5	22,7	19,5	19,1	23,5	18,8	25,8	24,5
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,4	33,4	34,3	31,0	30,8	33,3	28,2	32,9	27,2	32,2	31,7
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	14,7	12,9	10,6	14,9	6,5	10,4	14,5	10,7	19,5	17,6
<b>ZEW-Konjunkturerwartungen<sup>2</sup></b>														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	47,5	63,1	43,8	5,5	44,3	25,4	3,2	3,3	10,0	22,4
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	54,7	35,4	14,2	14,3	8,6	6,9	-3,6	11,5	34,9	48,4

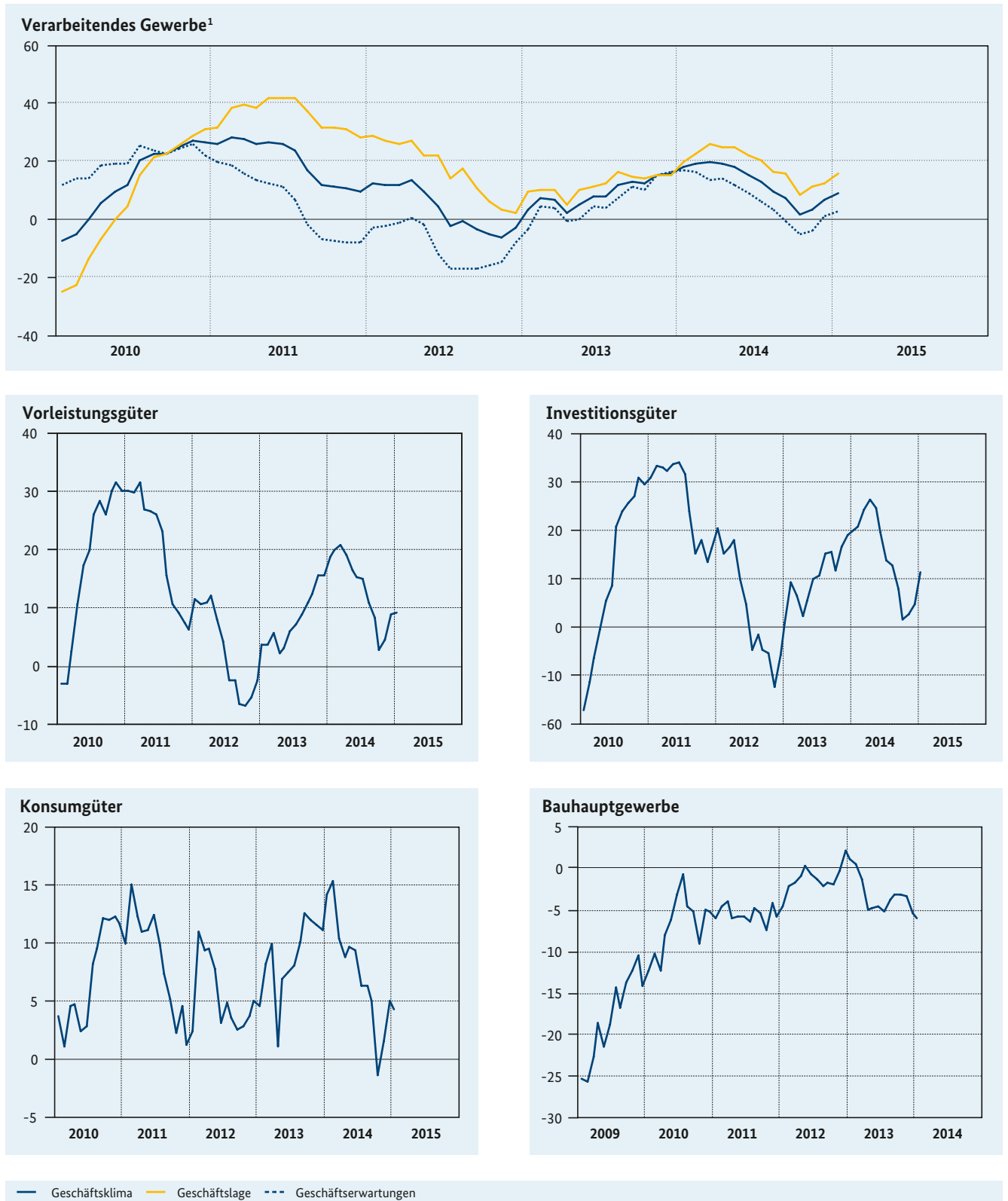
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

### 3. Privater Konsum

#### 3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2012			2013			2014			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung<sup>1</sup></b>														
Private Konsumausgaben <sup>1</sup>	Index	103,0	103,8	104,9	102,9	102,8	103,1	103,3	103,9	104,2	103,9	104,5	104,6	105,3
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,8	1,1	0,1	0,0	0,2	0,2	0,6	0,3	-0,3	0,5	0,1	0,7
	gg. Vj. in %	0,7	0,8	1,1	0,7	0,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	0,9	0,8	1,2
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1652	1681	-	412	413	414	417	420	423	422	426	428	433
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,0	1,8	-	0,2	0,1	0,4	0,6	0,8	0,8	-0,3	1,0	0,4	1,2
	gg. Vj. in %	2,0	1,8	-	1,8	1,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,1	2,1	2,4
<b>Einzelhandelsumsätze<sup>1</sup></b>														
		2012	2013	2014	2014				2015					
					1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
<b>Einzelhandel</b>	Index	100,9	101,3	103,0	102,8	102,6	102,6	104,1	101,6	103,6	104,1	104,7	-	-
<b>(ohne Handel mit Kfz)</b>	gg. Vp. In %	-0,2	0,4	1,7	1,8	-0,2	0,0	1,5	-1,7	2,0	0,5	0,6	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,8	1,7	1,0	1,0	3,1	-0,2	2,5	1,9	4,8	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,5	102,0	102,9	102,1	103,0	102,4	102,9	103,2	103,0	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,2	1,0	0,9	-0,8	0,9	0,6	0,5	0,3	-0,2	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,3	0,5	2,2	0,4	2,1	1,6	1,7	0,6	3,7	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,0	98,8	99,3	101,9	99,0	99,0	97,5	93,2	96,1	98,8	97,5	-	-
	gg. Vp. In %	-1,6	-0,2	0,5	4,0	-2,8	0,0	-1,5	-11,9	3,1	2,8	-1,3	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,2	0,4	5,8	-1,2	-1,3	-0,6	-9,0	-2,4	-2,0	2,1	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,7	117,5	122,4	117,6	121,3	123,2	127,5	126,6	126,8	128,9	126,9	-	-
	gg. Vp. In %	6,3	1,6	4,2	0,3	3,1	1,6	3,5	5,3	0,2	1,7	-1,6	-	-
	gg. Vj. in %	5,9	1,6	4,6	-0,6	4,5	4,0	9,1	2,2	7,9	9,9	9,5	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,7	99,7	99,4	100,5	98,9	98,3	100,1	98,1	99,3	100,1	101,0	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	-2,9	-0,3	2,0	-1,6	-0,6	1,8	-0,8	1,2	0,8	0,9	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	-0,2	1,1	-2,0	-1,3	1,7	-2,4	0,1	0,8	4,2	-	-
<b>Handel mit Kfz einschl.</b>	Index	103,3	102,1	-	105,9	104,2	104,6	-	103,6	104,6	104,0	-	-	-
<b>Instandhaltung und Reparatur</b>	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	-	1,7	-1,6	0,4	-	-2,0	1,0	-0,6	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	-	6,3	1,7	2,2	-	1,0	0,6	0,1	-	-	-
<b>Umsätze im Gastgewerbe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	102,2	100,7	-	101,9	100,8	102,1	-	102,3	102,9	103,3	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-1,5	-	0,9	-1,1	1,3	-	-0,9	0,6	0,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	-	1,6	0,8	0,6	-	1,5	1,6	1,9	-	-	-
<b>Pkw-Neuzulassungen<sup>2</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	in Tsd.	3083	2952	3037	712	827	743	755	260	275	250	230	211	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	5,6	-0,3	4,1	2,7	5,2	3,7	-1,8	6,7	2,6	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	259	313	273	254	89	96	82	77	66	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	7,4	-6,6	-2,5	-3,6	0,1	-5,1	-9,4	5,5	-9,1	-
<b>Verbraucherpreise<sup>3</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	104,1	105,7	106,6	106,3	106,5	107,0	106,7	107,0	106,7	106,7	106,7	105,5	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	1,2	1,1	0,8	0,5	0,8	0,8	0,6	0,2	-0,4	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	3,1	0,8	0,4	-0,2	0,9	0,7	0,0	-1,2	-1,3	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,6	1,4	1,4	1,3	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-0,6	-0,1	-0,8	-2,3	-1,1	-1,6	-1,4	-3,8	-5,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-0,9	-0,1	-0,7	-1,5	-0,8	-0,5	-0,8	-3,3	-4,5	-
<b>Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum</b>														
<b>ifo Geschäftsklima Einzelhandel<sup>4</sup></b>	Salden	0,6	1,8	2,9	7,5	7,7	0,4	-4,0	-1,5	-5,5	-2,3	-4,3	3,2	-
Geschäftslage	Salden	8,2	5,9	8,9	12,1	14,8	8,1	0,6	7,6	-1,2	-1,1	4,1	11,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,3	-2,9	3,1	0,8	-7,0	-8,5	-10,2	-9,7	-3,5	-12,3	-4,7	-
<b>GfK – Konsumklima<sup>5</sup></b>	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,2	8,5	8,8	8,5	8,6	8,4	8,5	8,7	9,0	9,3
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	40,0	48,7	48,4	50,4	48,1	47,8	45,6	46,0	47,8	49,7	52,6	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

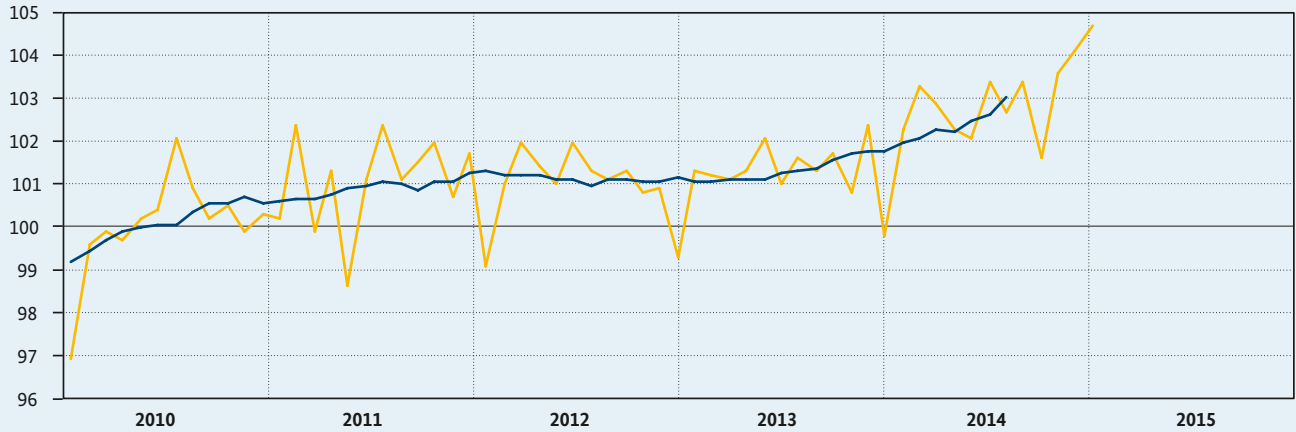
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.



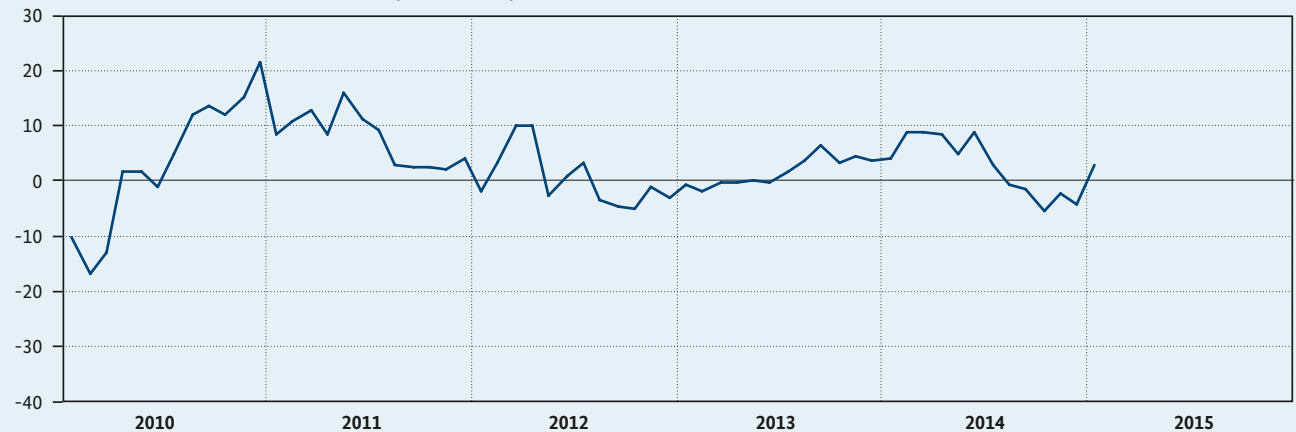
## 3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)<sup>1</sup>

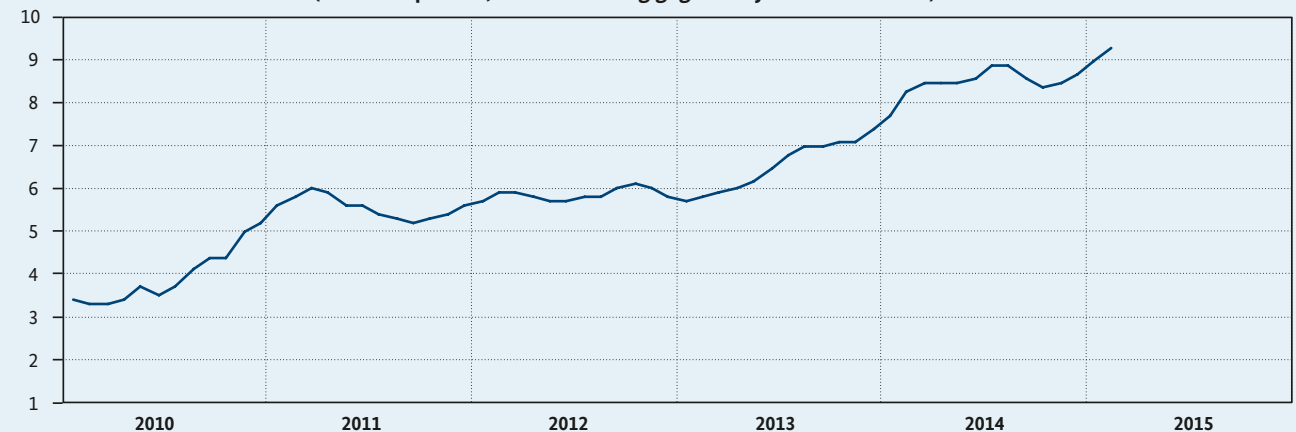


— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)<sup>2</sup>



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)<sup>3</sup>



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

## 4. Außenwirtschaft

### 4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2014				2014					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)<sup>1</sup></b>														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	198	190	219	52	51	58	58	20,7	17,9	19,8	22,0	16,5	19,5
	gg. Vp. in %	21,9	-4,1	15,0	1,8	-1,2	14,5	-0,5	22,0	-13,6	10,9	11,3	-25,1	18,2
Warenhandel	in Mrd. €	199	210	232	53	55	60	63	21,8	18,7	19,9	22,7	18,2	22,1
	gg. Vp. in %	23,7	5,7	10,3	-1,3	2,2	10,5	4,4	21,2	-14,3	6,5	13,9	-19,6	21,4
Ausfuhr	in Mrd. €	1076	1088	1126	276	277	284	290	96,4	91,6	96,3	97,7	94,2	97,9
	gg. Vp. in %	5,0	1,1	3,6	-0,1	0,5	2,7	1,9	4,3	-4,9	5,1	1,5	-3,6	3,9
Einfuhr	in Mrd. €	878	878	895	222	222	224	227	74,6	72,9	76,4	75,1	76,0	75,8
	gg. Vp. in %	1,5	0,0	1,9	0,2	0,0	0,8	1,3	0,2	-2,2	4,8	-1,8	1,2	-0,3
Dienstleistungen	in Mrd. €	-36	-48	-41	-8	-9	-11	-13	-3,2	-3,9	-3,9	-4,1	-4,3	-4,2
	gg. Vp. in %	8,9	32,4	-14,1	-30,1	10,9	17,5	14,2	-2,7	20,8	-0,8	6,0	4,6	-2,8
Einnahmen	in Mrd. €	188	197	206	51	51	52	52	17,2	17,2	17,3	17,5	17,1	17,3
	gg. Vp. in %	5,5	4,8	4,8	2,0	0,8	0,4	0,5	-2,3	0,1	0,5	1,3	-2,3	0,9
Ausgaben	in Mrd. €	224	245	247	59	61	63	64	20,4	21,1	21,1	21,6	21,4	21,4
	gg. Vp. in %	6,1	9,2	1,1	-4,2	2,3	3,0	2,9	-2,4	3,3	0,3	2,2	-1,0	0,2
Primäreinkommen	in Mrd. €	75	72	70	17	16	18	18	5,5	5,7	6,8	6,3	6,2	5,5
	gg. Vp. in %	6,2	-4,3	-3,0	-8,9	-3,7	9,3	0,8	7,2	2,9	19,4	-6,4	-2,1	-10,8
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-39	-43	-41	-11	-11	-9	-11	-3,4	-2,6	-3,0	-2,9	-3,7	-4,0
	gg. Vp. in %	10,7	11,7	-5,0	3,4	2,6	-16,4	16,7	19,4	-23,8	15,3	-4,0	26,6	9,8

#### Außenhandel nach Ländern<sup>2</sup>

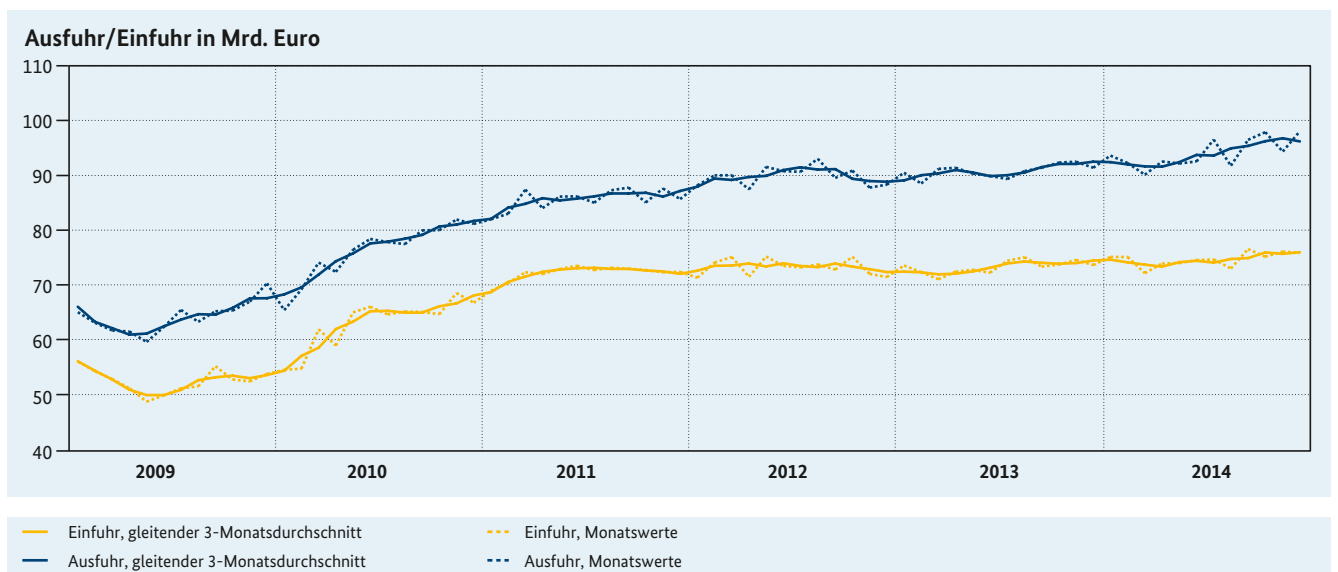
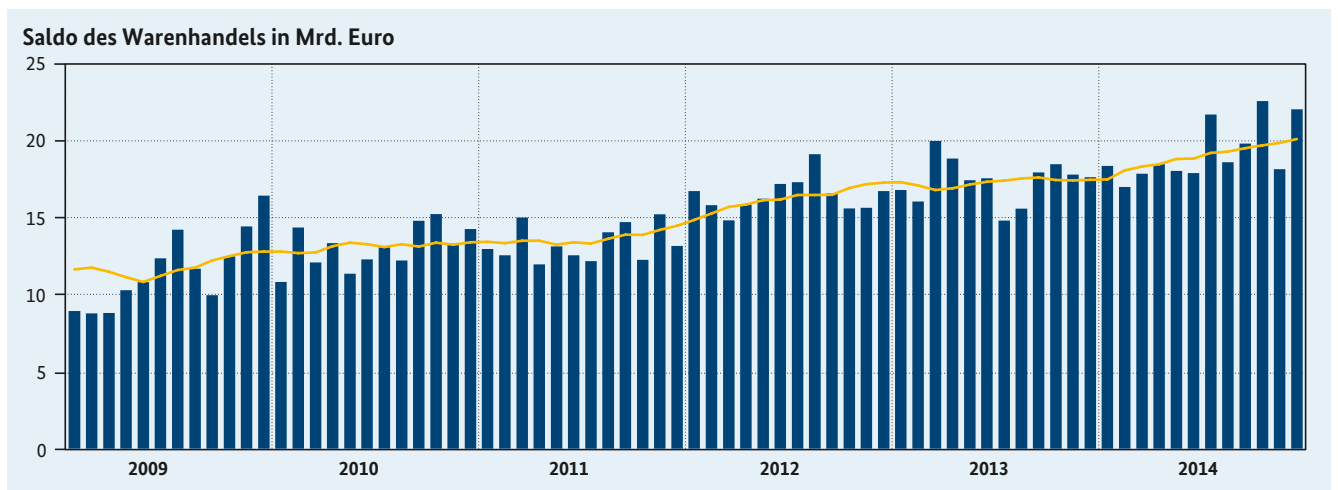
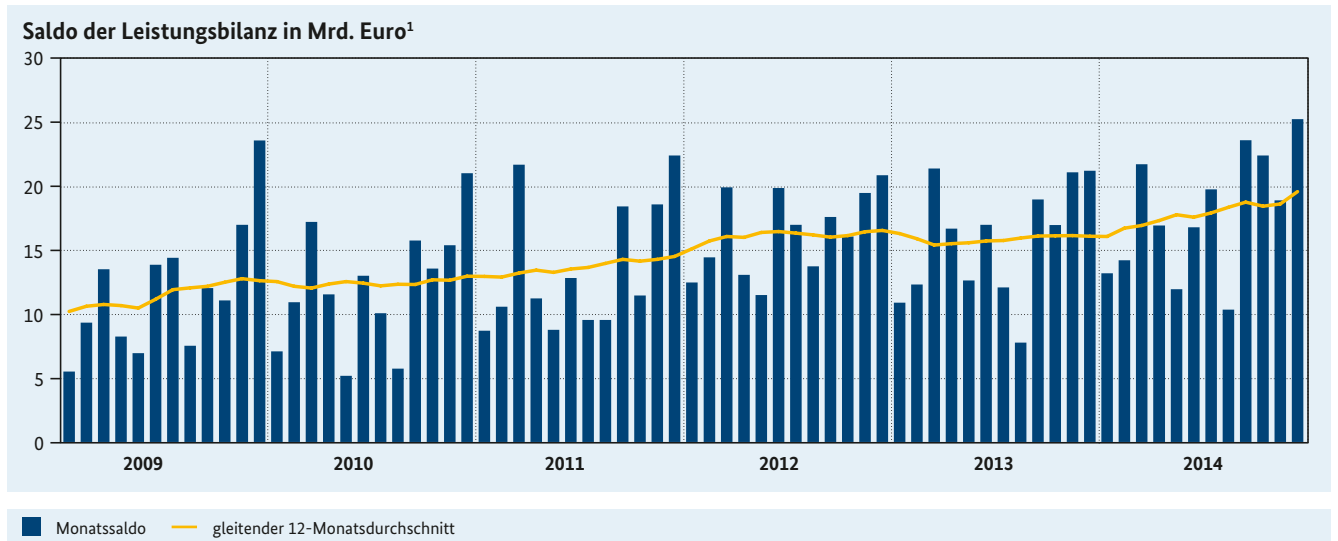
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	278	278	287	290	100,8	83,9	102,3	103,9	96,0	90,1
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	2,6	1,5	5,4	5,3	8,4	-1,1	8,3	5,0	1,6	10,0
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	165	163	163	167	56,9	47,7	58,7	59,7	56,2	50,8
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	5,0	4,2	6,4	6,0	9,7	1,9	7,1	4,0	5,1	9,5
Eurozone <sup>1</sup>	in Mrd. €	407	403	414	105	103	101	105	35,5	29,2	36,5	37,5	35,1	32,0
	gg. Vj. in %	-	-0,8	2,7	2,0	2,2	3,4	3,2	6,1	0,3	3,5	1,9	2,1	6,0
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	243	60	59	62	62	21,4	18,5	22,2	22,2	21,1	18,8
	gg. Vj. in %	-	2,0	10,3	10,6	8,0	11,6	11,1	16,2	4,6	13,8	7,8	10,4	16,2
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	114	116	124	123	43,9	36,2	43,6	44,2	39,8	39,3
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	-0,6	-2,1	4,1	4,4	6,8	-4,9	10,0	6,3	-3,0	10,5
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	231	227	228	231	77,3	70,0	80,3	81,9	78,1	71,1
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,0	3,5	0,5	2,1	2,1	0,6	-2,4	8,0	0,8	1,9	4,0
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	151	150	147	152	50,4	44,3	52,3	54,0	51,5	46,3
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,6	5,6	2,8	3,8	2,5	2,6	0,1	8,4	1,2	3,4	3,0
Eurozone	in Mrd. €	402	402	411	104	103	101	103	34,5	30,4	35,8	36,6	35,1	31,7
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,3	4,8	0,7	2,6	1,4	-0,9	0,4	8,5	-0,1	3,5	0,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	189	47	47	46	48	15,9	13,9	16,6	17,3	16,4	14,7
	gg. Vj. in %	-	3,3	6,6	7,5	7,7	6,4	4,9	11,1	-0,4	8,3	3,9	3,4	8,0
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	80	77	81	79	27,0	25,7	28,0	27,9	26,6	24,7
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,9	-0,3	-3,6	-0,9	1,4	-3,0	-6,5	7,1	-0,1	-1,1	6,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

## 4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5. Arbeitsmarkt

### 5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

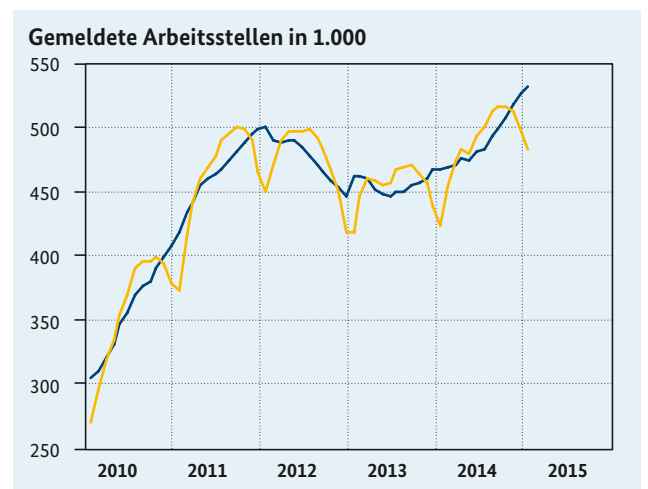
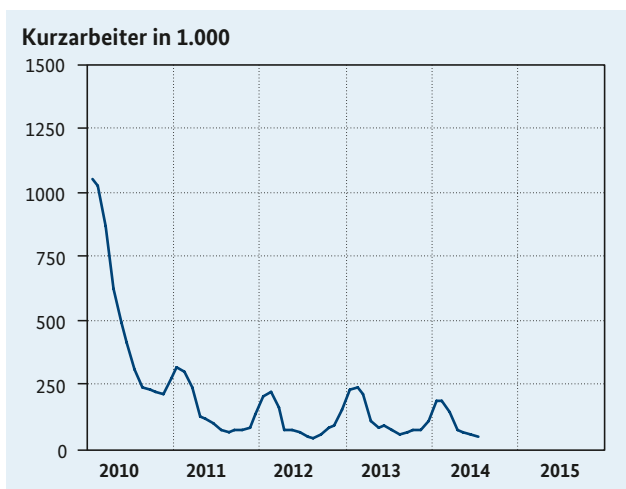
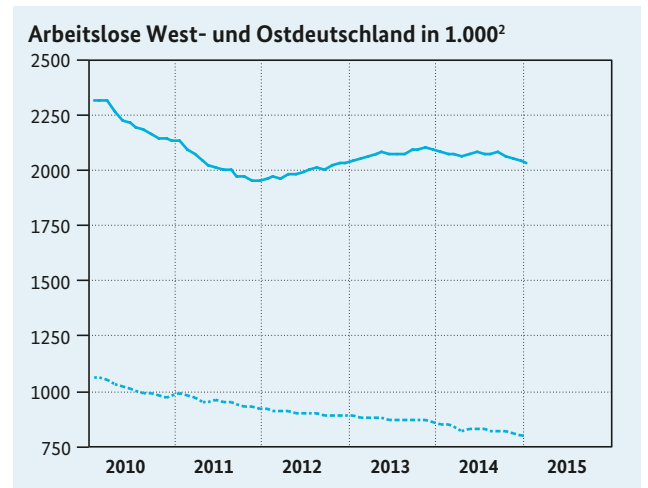
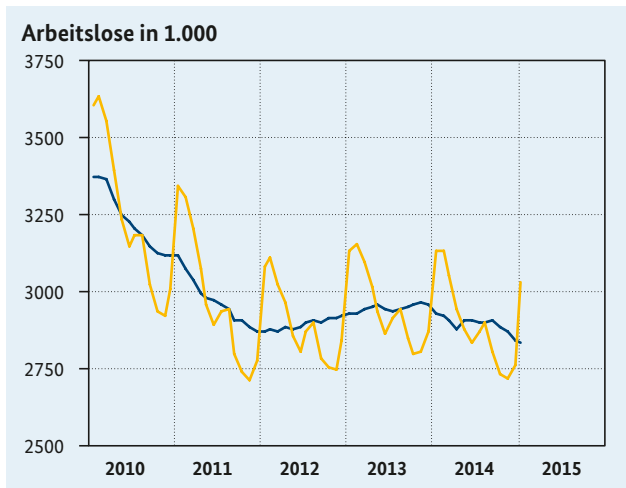
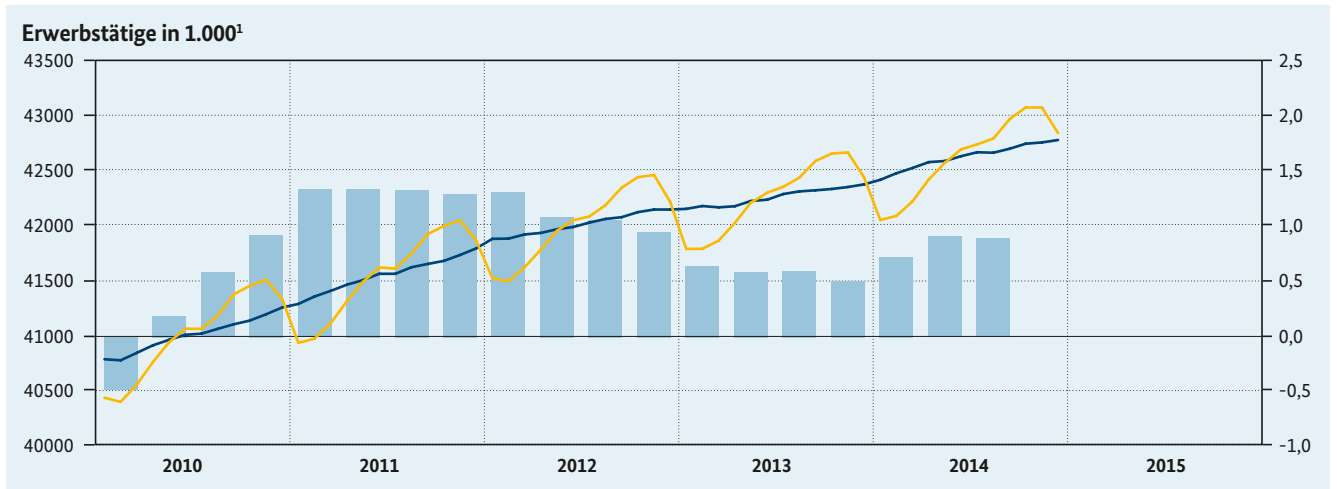
					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Ursprungszahlen</b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	in Tsd.	42033	42281	42652	42141	42586	42858	43023	42817	42993	43100	43101	42867	-
	gg. Vj. in Tsd.	+462	+248	+370	+307	+387	+376	+412	+357	+382	+420	+411	+404	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	-	29817	30120	30362	-	30305	30659	30700	30689	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	-	+450	+515	+494	-	+462	+494	+519	+539	-	-
Erwerbslose <sup>2</sup>	in Tsd.	2224	2182	2088	2266	2048	2033	2005	2110	2045	2009	2100	1906	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-94	-109	-117	-81	-68	+32	-65	-92	+25	-137	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,4	4,9	4,9	4,8	5,0	4,9	4,8	5,0	4,5	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	in Tsd.	2897	2950	2898	3109	2886	2860	2738	2902	2808	2733	2717	2764	3032
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-21	-55	-43	-89	-44	-41	-68	-89	-110	-104
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	2031	1986	1951	1892	1968	1923	1896	1882	1897	1989
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	+9	-10	-18	-44	-22	-22	-35	-43	-53	-43
SGB III	in Tsd.	902	970	933	1078	900	909	846	934	885	836	834	867	1043
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-30	-45	-25	-46	-22	-19	-33	-47	-57	-61
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	2192	2063	2073	1970	2105	2037	1974	1957	1980	2160
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	+22	-5	-1	-39	-2	0	-24	-39	-54	-47
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	917	823	788	767	797	771	758	760	783	871
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-43	-49	-42	-50	-42	-41	-45	-50	-56	-57
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	7,2	6,6	6,6	6,3	6,7	6,5	6,3	6,3	6,4	7,0
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	6,3	5,9	5,9	5,6	6,0	5,8	5,6	5,6	5,7	6,2
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	10,9	9,7	9,3	9,1	9,4	9,1	9,0	9,0	9,3	10,3
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	688	586	641	635	641	614	666	612	626	773
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	628	660	649	649	611	707	741	628	580	505
Kurzarbeit <sup>4</sup>	in Tsd.	67	77	-	58	56	37	-	32	38	46	44	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-	-43	-31	-20	-	-15	-18	-24	-23	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	4021	3807	3735	3649	3757	3692	3637	3638	3673	3862
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-98	-57	-102	-107	-128	-106	-101	-114	-129	-141	-157
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	452	487	512	510	515	518	517	515	498	485
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+9	+28	+41	+55	+44	+46	+51	+57	+57	+60
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>5</sup></b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	gg. Vp. in Tsd.	+463	+248	+370	+120	+127	+78	+84	-3	+36	+45	+13	+22	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	-	+161	+136	+103	-	-1	+64	+43	+45	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-182	-45	-88	-18	-22	0	-53	+1	-7	-19	-29	-30	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,1	5,0	5,0	4,9	5,0	5,0	4,9	4,9	4,8	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	gg. Vp. in Tsd.	-76	+53	-52	-42	-20	+2	-36	+1	+8	-23	-16	-25	-8
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-23	-14	+2	-12	-5	+6	-6	-6	-13	-4
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+66	-37	-20	-6	+1	-25	+6	+3	-18	-10	-12	-4
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-21	-5	+8	-24	+2	+10	-19	-10	-16	-5
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-52	-27	-46	-21	-16	-5	-13	-1	-1	-5	-5	-10	-4
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,8	6,7	6,7	6,6	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6	6,5
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	6,0	5,9	5,9	5,9	5,9	6,0	5,9	5,9	5,8	5,8
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,9	9,8	9,7	9,6	9,7	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-27	-36	-25	-43	-2	-1	-24	-18	-17	-15
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+8	+8	+15	+25	+10	+6	+8	+10	+9	+6
<b>Indizes</b>														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	107,6	106,8	106,5	106,3	107,3	106,1	107,1	105,2	106,6	108,2
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,6	101,2	100,1	100,2	101,0	100,4	100,1	100,5	100,9	101,6	101,8
BA-X Stellenindex	Index	166,3	158,9	168,8	164,0	165,0	169,0	177,3	169,0	171,0	175,0	176,0	181,0	183,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)    
 — Ursprungswerte    
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA  
— Arbeitslose Westdeutschland    
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 6. Preise

### 6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

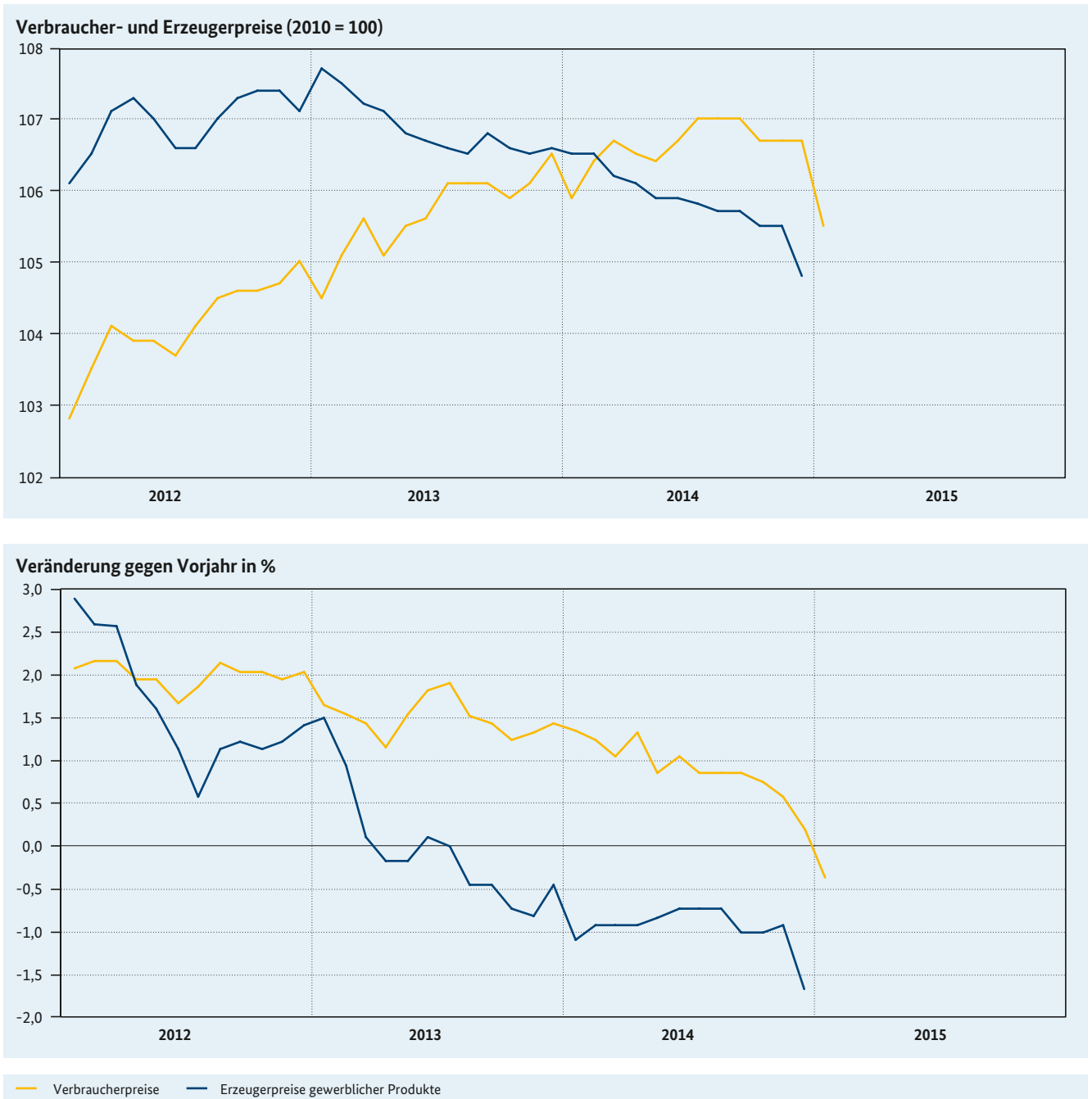
		2014			2014				2015					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Verbraucherpreise<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt (Ursprungszahlen)</b>	Index	104,1	105,7	106,6	106,3	106,5	107,0	106,7	107,0	107,0	106,7	106,7	106,7	105,5
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+1,1	+1,0	+0,8	+0,5	+0,8	+0,8	+0,8	+0,6	+0,2	-0,4
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	107,9	108,2	108,0	107,5	107,7	108,4	108,0	107,7	106,7	105,5
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	+0,7	+0,3	+0,2	-0,5	+0,2	+0,3	-0,1	-0,2	-1,2	-2,0
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	112,0	112,1	112,1	110,8	111,9	112,1	111,6	111,1	109,7	108,7
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	+0,9	+0,6	+0,2	-0,7	+0,2	+0,2	+0,1	-0,2	-2,0	-2,9
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	112,6	111,7	110,9	110,7	110,6	110,9	110,9	110,4	110,8	111,4
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	+3,0	+0,7	+0,4	-0,2	+0,3	+0,9	+0,7	0,0	-1,2	-1,3
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	120,2	120,1	120,0	117,6	120,0	120,0	118,8	118,4	115,6	113,3
Haushaltsenergie <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-0,6	-0,1	-0,7	-2,2	-0,5	-1,1	-1,6	-1,4	-3,8	-5,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	104,0	105,3	103,9	106,1	103,1	106,2	106,1	106,4	105,7	102,6
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+1,1	+0,5	+0,8	+0,5	+0,8	+1,0	0,0	+0,3	+1,1	+0,3
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	97,0	96,9	96,9	96,7	97,0	96,7	96,6	96,6	96,8	96,8
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,7	-0,7	-0,4	-0,5	-0,2	-0,5	-0,7	-0,6	-0,4	-0,3
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	104,8	105,0	106,1	106,0	106,3	105,8	105,6	105,8	106,6	105,6
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,7	+1,7	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5	+1,7	+1,4	+1,4	+1,2
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	104,8	105,2	105,5	105,9	105,6	105,6	105,8	105,9	106,0	106,1
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5	+1,5	+1,4	+1,6	+1,4	+1,4	+1,3
<b>Insgesamt ohne Energie</b>	Index	102,6	104,2	105,6	105,2	105,3	105,9	106,0	105,9	105,9	105,8	105,9	106,4	105,5
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,7	+1,3	+1,3	+1,0	+1,2	+1,3	+1,2	+1,0	+1,0	+0,8
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	116,1	116,9	116,6	112,5	116,4	116,5	114,8	113,5	109,1	105,6
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-2,0	-0,8	-1,9	-3,8	-1,9	-2,2	-2,3	-2,5	-6,6	-9,0
<b>Insgesamt (saisonbereinigt<sup>3</sup>)</b>	Index	104,1	105,7	106,6	106,4	106,7	106,9	106,6	106,9	107,0	106,8	106,8	106,3	105,9
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+1,2	+1,0	+0,8	+0,5	+0,8	+0,8	+0,8	+0,7	+0,2	-0,4
<b>HVPI<sup>4</sup></b>	Index	113,5	115,3	116,2	115,9	116,1	116,6	116,2	116,6	116,6	116,2	116,2	116,3	114,8
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+1,0	+1,0	+0,8	+0,4	+0,8	+0,8	+0,7	+0,5	+0,1	-0,5
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<sup>5</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	107,0	106,9	105,8	106,4	106,0	105,7	105,3	105,7	105,7	105,5	105,5	104,8	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-1,0	-0,8	-0,8	-1,2	-0,8	-1,0	-1,0	-0,9	-1,7	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,7	103,5	103,6	103,4	103,6	103,6	103,6	103,4	103,1	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-1,9	-1,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,6	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,3	103,4	103,5	103,7	103,5	103,6	103,7	103,7	103,7	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,6	+0,5	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	109,2	109,4	109,3	108,1	109,4	109,1	108,5	108,1	107,8	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	+1,3	+1,2	+0,5	-0,8	+0,6	+0,1	-0,5	-0,8	-1,1	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,4	105,6	105,8	105,9	105,8	105,9	105,9	105,9	105,9	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,2	+1,3	+1,2	+1,3	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	109,7	109,9	109,8	108,4	109,9	109,6	108,9	108,4	108,0	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	+1,3	+1,1	+0,3	-1,1	+0,4	0,0	-0,6	-1,1	-1,5	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	110,4	108,8	107,8	107,0	107,7	107,8	107,3	107,8	105,9	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-2,7	-2,7	-3,4	-3,9	-3,1	-3,8	-3,6	-3,1	-4,9	-
<b>Baupreise<sup>6</sup></b>														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	108,9	109,2	109,6	109,8	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+2,0	+1,7	+1,7	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	109,7	110,0	110,8	110,8	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,7	+1,2	+1,3	+1,1	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.



## 6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



## 6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2012			2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Weltmarktpreise für Rohstoffe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	125,1	122,5	113,8	121,6	124,1	117,4	91,9	117,3	112,4	102,7	94,1	78,9	65,5
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	-2,8	+5,4	-6,0	-24,9	-6,7	-10,9	-16,6	-22,0	-36,1	-45,5
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	108,0	116,8	100,4	98,5	101,8	95,5	97,6	99,5	98,4	94,8
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	-7,8	+3,0	-4,0	-2,7	-1,0	-7,1	-3,9	-0,8	-3,2	-5,0
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	91,1	90,0	90,5	84,5	91,5	88,6	86,1	85,1	82,3	78,4
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-7,7	-1,6	-0,8	-9,1	-1,3	-3,2	-7,2	-7,9	-12,3	-15,7
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	128,5	131,3	123,8	92,9	123,4	118,2	106,2	95,5	76,9	60,9
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	-1,7	+6,6	-6,7	-28,3	-7,7	-12,1	-18,7	-25,0	-41,2	-52,0
<b>Außenhandelspreise<sup>2</sup></b>														
<b>Einfuhrpreise insgesamt</b>	Index	108,7	105,9	103,6	104,5	103,9	103,6	102,4	103,5	103,8	103,5	102,7	101,0	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-2,8	-1,9	-1,7	-2,4	-1,9	-1,6	-1,2	-2,1	-3,7	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	113,1	112,2	111,1	111,3	111,1	111,4	111,3	111,0	111,5	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-0,6	-1,0	-0,4	-0,3	-0,2	0,0	+0,3	0,0	-1,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	103,7	103,1	102,9	101,5	102,7	103,1	102,7	101,9	100,0	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-3,0	-2,0	-1,9	-2,5	-2,1	-1,7	-1,4	-2,2	-3,9	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	113,7	111,5	109,1	101,6	108,5	109,0	106,8	103,1	94,9	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-7,9	-4,6	-6,7	-11,9	-7,4	-7,2	-7,3	-10,5	-17,8	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	100,6	100,4	100,9	101,5	100,9	101,2	101,4	101,5	101,5	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	-1,1	-1,0	-0,2	+0,7	-0,2	+0,1	+0,6	+0,7	+0,9	-
<b>Ausfuhrpreise insgesamt</b>	Index	104,9	104,3	104,0	103,9	103,9	104,2	104,1	104,1	104,3	104,2	104,2	103,9	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	-0,8	-0,5	0,0	+0,2	-0,1	+0,1	+0,3	+0,3	+0,1	-
<b>Terms of Trade</b>	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	99,4	100,1	100,5	101,7	100,6	100,5	100,7	101,5	102,9	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+1,9	+1,5	+1,7	+2,7	+1,8	+1,7	+1,6	+2,5	+3,9	-
<b>Wechselkurs des Euro</b>														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,37	1,37	1,33	1,25	1,33	1,29	1,27	1,25	1,23	1,16
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	+3,7	+4,9	0,0	-8,2	0,0	-3,3	-7,1	-7,6	-10,0	-14,6
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	140,8	140,0	137,7	143,0	137,1	138,4	136,9	145,0	147,1	137,5
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+15,5	+8,5	+5,1	+4,6	+5,2	+4,5	+2,6	+7,5	+3,8	-2,8
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,83	0,81	0,79	0,79	0,80	0,79	0,79	0,79	0,79	0,77
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-2,8	-4,2	-7,1	-6,1	-7,2	-6,0	-6,9	-5,6	-5,7	-7,3
<b>Effektive Wechselkurse des Euro<sup>3</sup></b>														
nominal	Index	98,0	101,7	102,3	104,0	103,9	101,7	99,6	102,0	100,5	99,6	99,6	99,7	95,9
	gg. Vj. in %	-5,3	+3,8	+0,6	+3,1	+2,9	-0,3	-3,4	-0,3	-1,6	-3,2	-3,0	-4,1	-7,3
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,6	98,9	98,6	100,7	100,1	97,9	95,6	98,2	96,7	95,8	95,7	95,3	91,6
	gg. Vj. in %	-5,1	+3,5	-0,4	+2,4	+1,9	-1,3	-4,4	-1,3	-2,5	-4,0	-3,8	-5,3	-8,6
<b>Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft<sup>4</sup></b>														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,1	98,4	98,5	99,2	98,9	98,4	97,5	98,4	98,1	97,5	97,7	97,4	95,7
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,4	+0,1	+1,4	+0,7	-0,3	-1,5	-0,3	-0,5	-1,3	-1,2	-1,9	-3,5
56 Länder	Index	88,9	90,9	91,6	92,7	92,2	91,2	90,3	91,3	90,6	90,2	90,2	90,4	88,5
	gg. Vj. in %	-3,1	+2,3	+0,7	+2,8	+2,0	-0,2	-1,8	-0,3	-0,9	-1,5	-1,6	-2,2	-4,3

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

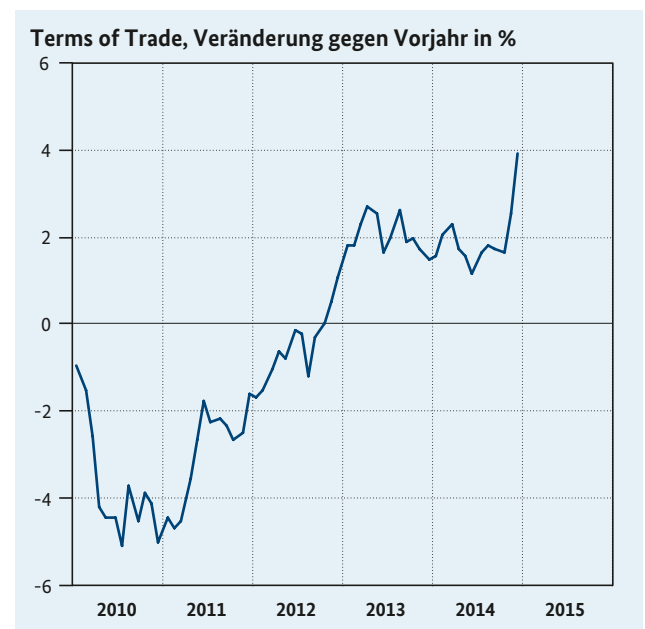
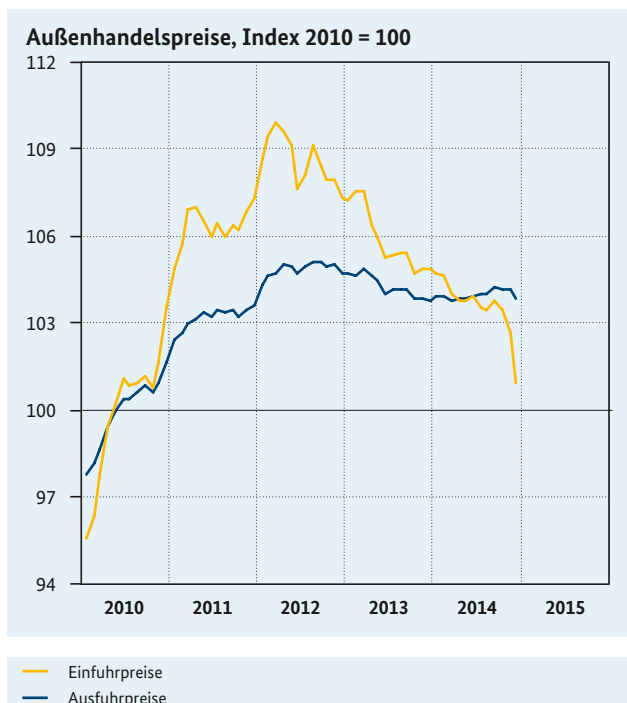
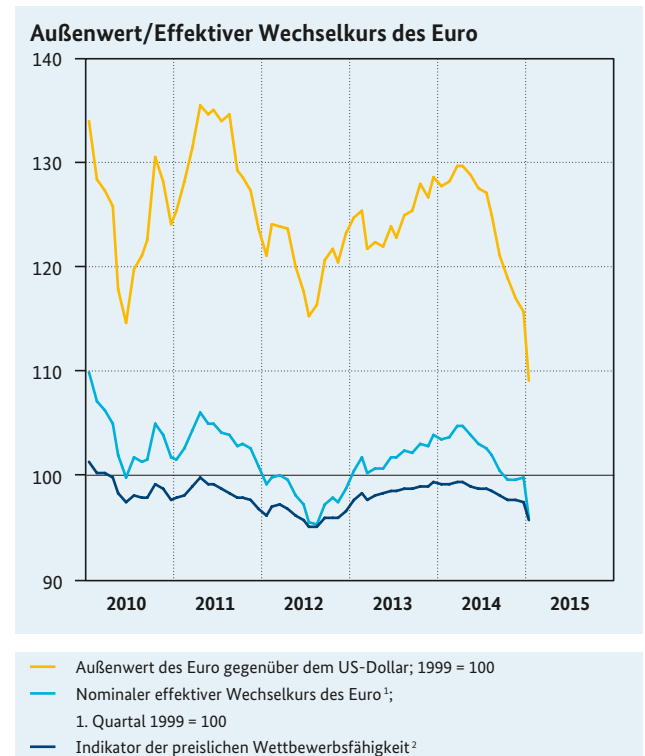
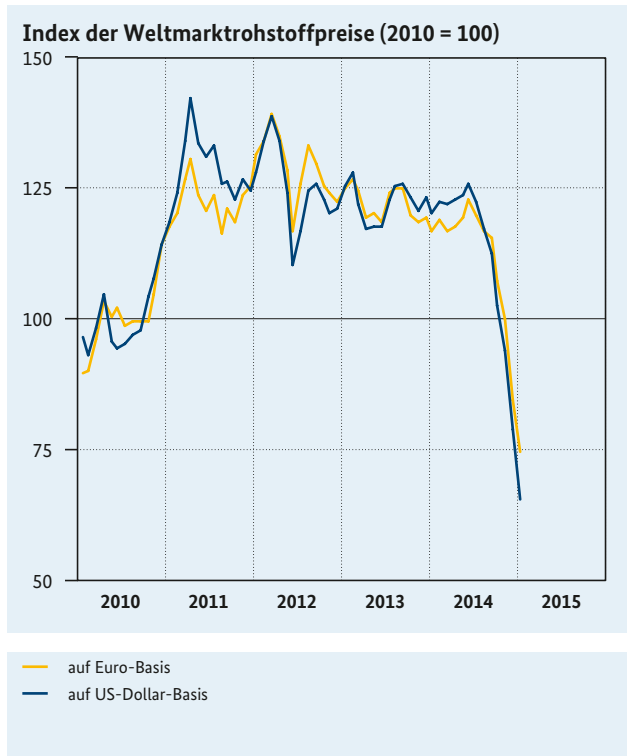
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

## 6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

## 7. Monetäre Entwicklung

### 7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Geldmarktsätze, Umlaufrenditen</b> (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	-	-	0,12	0,21	0,19	0,04	0,04	0,06	-0,01	0,02	0,04	0,06	-0,04
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,30	0,30	0,16	0,08	0,19	0,10	0,08	0,08	0,08	0,06
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,40	0,39	0,26	0,18	0,29	0,20	0,18	0,18	0,18	0,15
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,56	0,57	0,44	0,33	0,47	0,36	0,34	0,33	0,33	0,30
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	-	-	0,09	0,08	0,11	0,13	0,04	0,13	0,11	0,06	0,04	0,02	0,10
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,45	0,29	0,12	0,02	0,12	0,06	0,03	0,02	0,00	-0,08
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	1,01	0,74	0,51	0,29	0,48	0,44	0,35	0,29	0,22	0,09
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	1,61	1,35	0,99	0,70	0,95	0,92	0,79	0,72	0,59	0,39
<b>Geldmenge</b>														
Wachstum der Geldmenge M1 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	6,0	5,2	5,9	7,0	5,9	6,2	6,2	6,9	7,8	-
Wachstum der Geldmenge M2 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	2,3	2,1	2,7	3,2	2,7	3,0	2,7	3,3	3,5	-
Wachstum der Geldmenge M3 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,1	1,1	2,1	3,1	2,0	2,5	2,5	3,1	3,6	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	3,0	2,3	-	1,2	1,2	2,1	-	2,1	2,3	2,7	3,1	-	-
<b>Kredite</b>														
an den privaten Sektor im Euroraum <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-2,4	-2,6	-1,9	-1,2	-1,9	-1,9	-1,6	-1,4	-0,6	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-2,3	-2,0	-1,4	-0,8	-1,5	-1,3	-1,1	-1,0	-0,4	-
an den privaten Sektor in Deutschland <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+0,9	+0,1	+0,5	+1,4	+1,7	+1,4	+1,7	+1,5	+1,8	+1,9	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,7	0,0	+0,4	+1,1	+1,5	+1,2	+1,4	+1,3	+1,6	+1,5	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,1	-0,8	-0,1	+0,2	+0,2	+0,2	+0,5	+0,6	+0,9	-1,1	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,8	-5,2	-2,5	-2,1	-1,5	-2,3	-2,8	-2,8	-0,6	-1,0	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	-0,9	+2,2	+0,9	+2,1	+0,5	+2,1	+2,6	+2,8	+1,0	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	+0,3	+0,1	+0,7	+0,2	+0,8	+1,0	+1,1	+0,9	-1,5	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,4	+1,2	+1,2	+1,4	+1,4	+1,3	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,1	+2,0	+2,0	+2,1	+2,3	+2,1	+2,2	+2,3	+2,3	+2,4	-
<b>Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)</b>														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) <sup>4</sup>	Index	6857	8307	9537	9455	9705	9555	9433	9273	9639	8982	9490	9826	10123
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	+4,1	+2,6	-1,5	-1,3	-4,9	+3,9	-6,8	+5,7	+3,5	+3,0
Dow Jones Euro Stoxx (50) <sup>5</sup>	Index	2415	2793	3145	3091	3213	3172	3106	3089	3233	3030	3126	3162	3204
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	+2,3	+3,9	-1,3	-2,1	-3,2	+4,7	-6,3	+3,2	+1,1	+1,3
Standard & Poor's 500 <sup>5</sup>	Index	1379	1642	1931	1835	1901	1976	2013	1962	1994	1937	2046	2055	2029
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+3,6	+3,6	+4,0	+1,9	-0,6	+1,6	-2,8	+5,6	+0,5	-1,3
Nikkei 225 <sup>5</sup>	Index	9114	13540	15475	14994	14651	15564	16694	15359	15960	15390	17150	17542	17287
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+0,1	-2,3	+6,2	+7,3	-0,1	+3,9	-3,6	+11,4	+2,3	-1,5

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

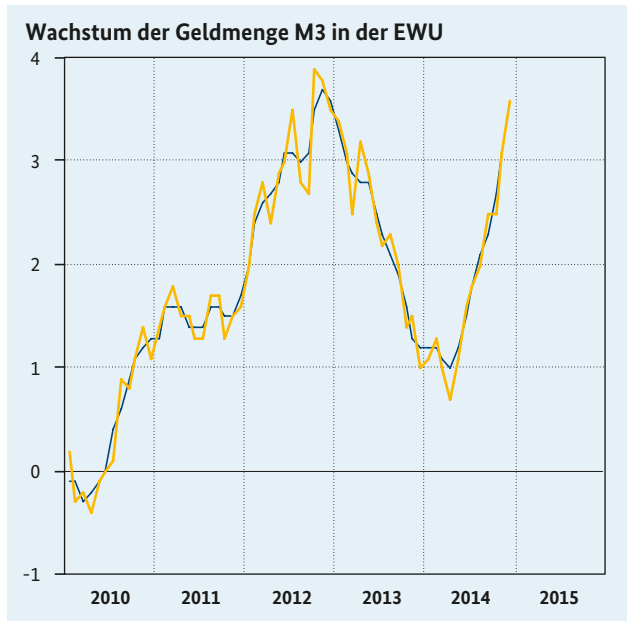
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

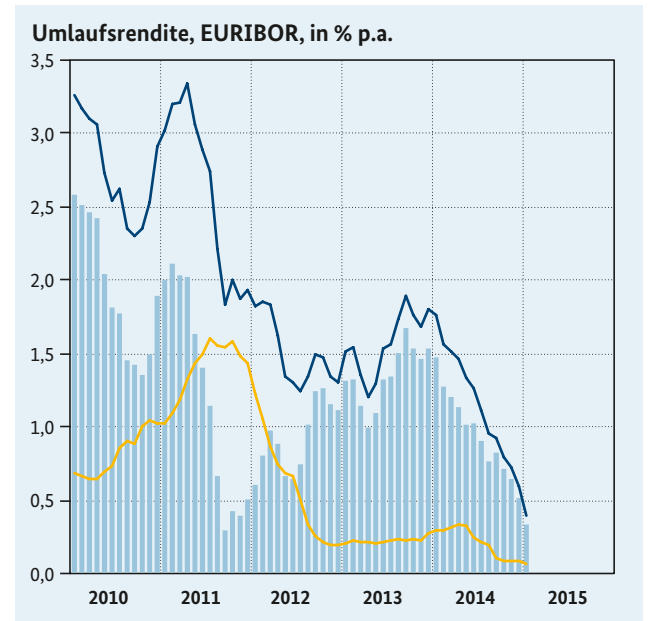
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

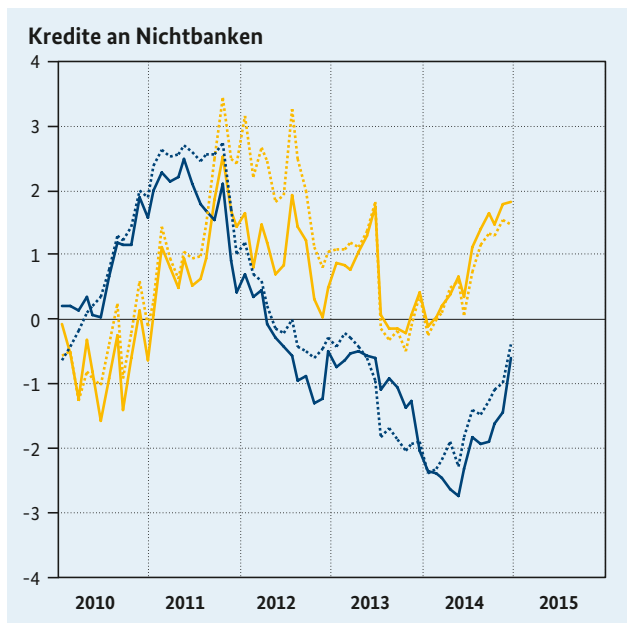
## 7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



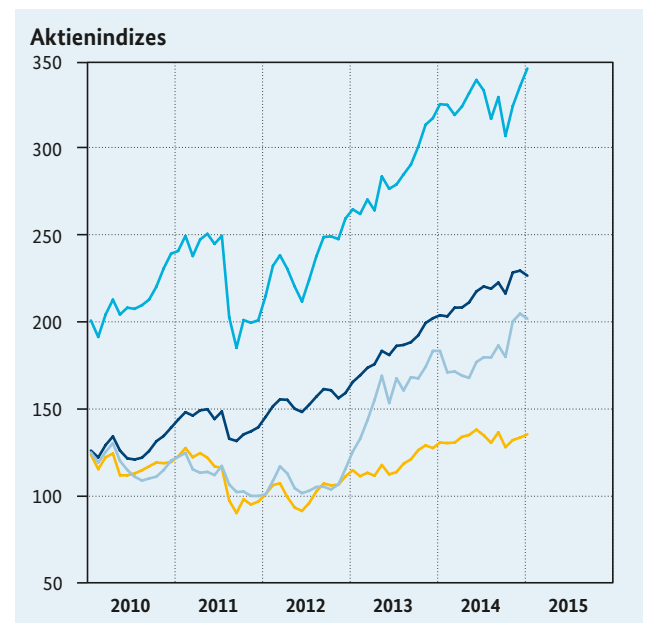
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %<sup>1</sup>  
 — monatlich  
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld<sup>2</sup>  
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit<sup>2</sup>  
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %  
 — Deutschland  
 — EWU  
 - - - Buchkredite Deutschland  
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100  
 — DAX 30<sup>3</sup>  
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)<sup>4</sup>  
 — Standard & Poor's 500<sup>4</sup>  
 — Nikkei 225<sup>4</sup>

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

## Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.



Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

#### **Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:**

Stefan Liebenberg  
(Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug)

Hans-L. v. Winterfeld und Martin Kalhöfer  
(Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen)

Dr. Nina Wunderlich und Matthias Möller  
(Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme)

Thomas Hinsch  
(Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt, Mathias Kesting,  
Miriam Trolldenier  
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an [sdw@bmwi.bund.de](mailto:sdw@bmwi.bund.de) richten.

# Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
<b>März 2014</b>	<p>Der Jahreswirtschaftsbericht 2014            Ohne Energieeffizienz keine Energiewende            Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr            Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft</p>
<b>April 2014</b>	<p>Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften</p>
<b>Mai 2014</b>	<p>Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft –            Aufschwung auf breitem Fundament            Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss            Regionale Wirtschaftspolitik            Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet            KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung</p>
<b>Juni 2014</b>	<p>Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) –            eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts            Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen            Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte</p>
<b>Juli 2014</b>	<p>Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik            Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse            Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien</p>
<b>August 2014</b>	<p>Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende            Neue Technologien gehen uns alle an            Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen            Start des EEG-Anlagenregisters</p>
<b>September 2014</b>	<p>Reform des EEG            Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung            Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft</p>
<b>Oktober 2014</b>	<p>Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland            Kohlendioxidspeicherung – Quo vadis?            Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann</p>
<b>November 2014</b>	<p>Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum            Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland            IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative            „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“            IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen            in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen            Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb</p>
<b>Dezember 2014</b>	<p>Usability für den Mittelstand            Witterungseffekte im Bausektor</p>

Ausgabe	Fachartikel
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik  
finden Sie im Internet unter  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>

---





